Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

27. April 1981 Nr. 18

Preis 1 DM D 21060 C

Südafrika – letzte Bastion der Kolonialherrschaft
In Südafrika stehen Wahlen an, die keine sind. Hinter einer Fassade von Reformgerede bleibt der harte Kern der nationalen Unterdrückung ... S. 6



Mit bloßen Händen gegen eine Supermacht
Einige Tage bei den Mudjahedin in der afghanischen Provinz Paktia. „Die Waffen sind schlecht und wenig, aber der Widerstandswille ist groß" ... S. 3

Über Theorie und Praxis der RAF, die Bewegung und uns
Der Tod des Sigurd Debus im Hungerstreik gegen mörderische Haftbedingungen war ein Sieg der Reaktion. Ein leichter dazu. Wie war er möglich? S. 7

Jugendhäuser in Frankfurt
Vor 10 Jahren wurden die ersten selbstverwalteten Jugendzentren erobert. Vieles ist heute fortgeschritten .. S. 12

Regionalteil .... Seiten 13-15



1. Mai Kampftag gegen Kapitalismus und Krieg

ges. In seinem Maiaufruf hatte sich der DGB noch ganz auf innere Angelegenheiten beschränkt. Wichtig genug sind sie: Arbeitslosigkeit, Angriff auf die Mitbestimmung und die Sozialversicherungen. Der Kampf für die sozialen Interessen der Arbeiterklasse, aller Lohnabhängigen und der Volksmassen insgesamt ist der Dreh- und Angelpunkt der Kämpfe der Arbeiterklasse und der Geschichte des 1. Mai.

Aber der Kapitalismus bringt nicht nur im Inneren den Klassengegensatz zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse hervor, er bringt auch international den Gegensatz zwischen den kapitalistischen Staaten und die Rivalität um Weltherrschaft hervor, und damit den imperialistischen Krieg, in dem die Arbeiter und die Volksmassen für die Interessen der Kapitalisten direkt aufeinandergehetzt werden, wie sie in der internationalen Konkurrenz der Kapitalisten indirekt gegeneinander ins Feld geführt und verschlissen werden.

Schon der Kampf für die sozialen Interessen, für Lohn, 7-Stunden-Tag, Arbeitslosenversicherung und andere Fragen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verlangt den internationalen Zusammenschluß der Arbeiter. Erst recht verlangt der Kampf gegen den imperialistischen Krieg den internationalen Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Völker.

Immer war der Kampftag der Arbeiterklasse, der 1. Mai, auch ein Kampftag für gleichberechtigte und freie Beziehungen zwischen den Völkern, ein Kampftag gegen den imperialistischen Krieg. In der Maivorbereitung der einzelnen Gewerkschaften wird in den letzten Wochen diese Seite des 1. Mai angesichts der Kriegsvorbereitungen und der wachsenden Rivalität der beiden Supermächte jetzt auch immer stärker betont. Durch „metall" wird der 1. Mai direkt als Kampftag für den Frieden propagiert.

Gerhard Beier schreibt in der Mainummer: „An der Stoßrichtung der Gewerkschaftsbewegung gegen Rüstung, Militarismus und Krieg ist nicht zu zweifeln. Es kommt darauf an, die richtige Erkenntnis des Notwendigen in praktische Politik umzusetzen. Die Verbindung von Maifeier und Friedensbewegung bietet dafür die beste Gelegenheit. Es geht nicht um einen Pazifismus der Leisetreterei, sondern um die lautstarke und wirkungsvolle Bekämpfung des Rüstungswettlaufs von allen Seiten. Das Maifest als Friedensfeier und als Kampftag gegen Krieg und Völkermord! Das ist der Grundgedanke des Weltfeiertags der Arbeit. Er tritt immer wieder in den Vordergrund, wenn das Kriegsgeschrei der Reaktionäre anschwillt und der Völkerfriede bedroht ist." Und am Ende des Artikels heißt es: „Maifeier, Friedensbewegung und Gewerkschaften stehen vor der Notwendigkeit, das Wahrscheinliche – den Weltkrieg – unmöglich zu machen: Friede dem Frieden! Krieg dem Krieg!"

Das eine ist, daß die Gewerkschaften in der Vorbereitung des 1. Mai die Notwendigkeit des Kampfes gegen Kriegsvorbereitungen und imperialistischen Krieg nicht nur anerkennen, sondern den Willen betonen, diesen Kampf zu führen. Das ist schon wichtig genug. Aber jeder weiß aus der Geschichte zweier Weltkriege, daß das allein nicht reicht. Um so wichtiger ist die Tatsache, daß in den Gewerkschaften immer offener die Debatte in Gang kommt, wie denn eigentlich der Kampf gegen den Krieg geführt werden soll und gegen wen.

Einen wichtigen Schritt stellt dabei die Erklärung des Bundesjugendausschusses des DGB dar. (s. Seite 11) Die Bundesrepublik dürfe sich nicht der Weltpolitik der USA unterwerfen. Zwar wird den Verhandlungen zwischen den Supermächten noch vorrangige Bedeutung eingeräumt. Über deren Charakter bestehen jedoch keine großen Zweifel, auch nicht über den Charakter der SU: „Eine Politik des Friedens ist darüber hinaus nur unter voller Achtung der territorialen Integrität und nationalen Souveränität der Staaten möglich. Die Gewerkschaftsjugend bekräftigt daher ihre Verurteilung des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan. Auch die Sowjetunion muß sich nicht nur an ihren Worten, sondern insbesondere an ihren Taten messen lassen."

Der Jugendausschuß des DGB fordert die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Europa und spricht sich strikt gegen Produktion und Stationierung von Neutronenbomben aus. Nicht so eindeutig spricht er sich gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen aus, die unmittelbar ansteht. Es heißt in der Erklärung: „In der Europäischen Gemeinschaft muß auch im Bereich der Abrüstung, der Entspannung und der Friedenssicherung eine gegenüber den beiden Supermächten unabhängige, an europäischen Interessen orientierte Politik entwickelt werden. Daß dies möglich ist, zeigt die Entwicklung einer eigenständigen Position der EG zur Situation in Nahost." Weit her ist es mit letzterer freilich nicht, und ob sie gegenüber dem Druck der USA standhält ist noch lange nicht heraus. Klar und eindeutig lehnt der Jugendausschuß des DGB die Beteiligung der Bundeswehr an einer „internationalen Eingreiftruppe" ab.

Mit solchen Stellungnahmen zur internationalen Lage hören die Gewerkschaften schon auf, politisch am Schwanz der Bourgeoisie, und das heißt der bürgerlichen Parteien, hin- und hergewedelt zu werden, und beginnen, eine eigene politische Position zu wichtigen Fragen der internationalen Politik zu entwickeln, die der Arbeiterbewegung auf diesem Gebiet eine selbständige Initiative eröffnet. Das wichtige daran ist gerade, daß politisch Stellung genommen wird und nicht abstrakt menschheitlich. Gerade dadurch werden Perspektiven für den Kampf sichtbar, auch wenn diese sicherlich noch weiter geklärt werden müssen. Aber eine eigenständige Position zeichnet sich ab und das ist das Wesentliche und macht die Position entwicklungsfähig, auch revolutionär.

Schroff treten die Widersprüche an diesem 1. Mai hervor, die der Kapitalismus mit Notwendigkeit hervortreibt: wachsende Arbeitslosigkeit bei wachsender Überarbeitung in den Betrieben; großartige Entwicklung der Produktivkräfte, die der Menschheit eine wachsende Verfügung über die Reichtümer der Natur ermöglichen, bei schrankenloser Verschwendung und Zerstörung dieser Reichtümer; wachsende Verbindung der Völker in ihrer Produktion und in ihrem Verkehr und zunehmende Rivalität um die Weltherrschaft, die die Völker erneut aufs Schlachtfeld treiben muß.

Wir haben mehr als dreißig Jahre friedliche Entwicklung des Kapitalismus hinter uns, und das ist dabei herausgekommen. Wer mag da sagen, daß die proletarische Revolution überholt sei, auch wenn sie an diesem 1. Mai immer noch erst von einer Minderheit der Arbeiterklasse bewußt ins Auge gefaßt wird!

Forderungen zum 1. Mai 1981

- ○ Sieben Stunden sind genug! 7-Stundentag! Verbot der Nacht- und Schichtarbeit!
- ○ Verteidigung der Arbeitslosenversicherung! Selbstverwaltung durch die Versicherten! Erhöhung der Kapitalistenbeiträge!
- ○ Demokratisches Volksbildungswesen! Einheitsschule!
- ○ Ausreichender Wohnraum für alle!
- ○ Kein Bau von Kernkraftwerken! Einstellung des Kernenergieprogramms!
- ○ Kampf den Kriegsvorbereitungen! Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen! Austritt aus der NATO! Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen! Auflösung von NATO und Warschauer Pakt!
- ○ Sofortiger Abzug der sowjetischen Aggressionstruppen aus Afghanistan!
- ○ Kampuchea dem kampucheanischen Volk! Freiheit für El Salvador!
- ○ Gewerkschaftliche und politische Freiheiten für die Völker der Türkei!
- ○ Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse und dem polnischen Volk!
- ○ Demokratischer Friedensvertrag! Blockfreiheit!
- ○ Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Radikaler Geist

ped. Das Lohnangebot in Hessen – 4,7% auf 13 Monate, dauerhafte Anhebung der untersten Lohngruppe von 81 auf 81,5% des Ecklohnes, sowie Einmalzahlungen von 125, 83 und 42 DM – ist von der Tarifkommission wie vom IGM-Vorstand abgelehnt worden. Für den Nordverbund, Niedersachsen, NRW und Hessen ist das Scheitern der Verhandlungen erklärt. Am Dienstag wird in Nordwürttemberg-Nordbaden verhandelt – wo Gesamtmetall bereits ein höheres Ergebnis zusagen mußte – und bei nicht ausreichendem Angebot wird der Vorstand dann über die Einleitung von Urabstimmung für Streik zu entscheiden haben.

Die Gründe für die Ablehnung des Hessen-Modells waren: Kein Ausgleich der Preissteigerungen, die verlängerte Laufzeit (Loderer: „Es springt zu wenig heraus ... es sind ja nur 4,338..% aufs Jahr gerechnet."), sowie die unzureichende soziale Komponente. Am Abend der Ablehnung referierte Lambsdorff vor einer Industriellentagung in Hamburg: Daß die Arbeitnehmer auch kürzer treten würden, da wäre er sicher, denn selbst bei einem Lohnabschluß von 5,1% müßten sie einen Reallohnverlust hinnehmen, da mit einer „durchschnittlichen Preissteigerungsrate von 5,5% sicher zu rechnen' ist. Sein Wort ins Ohr des IGM-Vorstandes. Daß man in der IG Metall sich einigt, was der von allen Ebenen und Flügeln verlangte Preissteigerungsausgleich denn nun definitiv in Prozenten ist, das wäre wirklich passend. Fünf-Prozent-Marken in den eigenen Reihen schwächen nur die Einheit. Die andere Notwendigkeit ist, die von Gesamtmetalls Knapp angegebene Marke für die dauerhafte Anhebung der untersten Lohngruppe auf nicht mehr als 82% des Ecklohnes, in all jenen Tarifbezirken, wo diese Lohngruppe noch darunter liegt, zumindestens durchzusetzen.

Wenn Lambsdorff ruhigen Gewissens selbst von einem 5,1%-Abschluß spricht, wie verträgt sich das mit der über die Ablehnung des hessischen Angebots galligen Presse? Der Vorwurf an den IGM-Vorstand lautet, die radikalen Geister, die er rief, nicht mehr bändigen zu können. Das Kapital, das diese Tarifbewegung der Arbeiterklasse für die ganze kommende Auseinandersetzung geschaffen hat, ist die Einbeziehung von erheblichen neuen Teilen der Metallarbeiter in die Klassenauseinandersetzung, in die Streikbewegung, die mit ihrer Breite von über 2 Millionen Beteiligten einmalig in der Geschichte der BRD ist. Und das ist zum anderen die ungebeugte Position *aller* Teile und Flügel der IG Metall, für das Gedeihen der „Volkswirtschaft" keinerlei Verzicht zu üben, eine *politische* Position, die stark ist, ganz unabhängig davon, wie weit man dieses Ziel *ökonomisch* letztendlich durchsetzen wird.

1. Mai Kampftag gegen Kapitalismus und Krieg

ges. In seinem Maiaufruf hatte sich der DGB noch ganz auf innere Angelegenheiten beschränkt. Wichtig genug sind sie: Arbeitslosigkeit, Angriff auf die Mitbestimmung und die Sozialversicherungen. Der Kampf für die sozialen Interessen der Arbeiterklasse, aller Lohnabhängigen und der Volksmassen insgesamt ist der Dreh- und Angelpunkt der Kämpfe der Arbeiterklasse und der Geschichte des 1. Mai.

Aber der Kapitalismus bringt nicht nur im Inneren den Klassengegensatz zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse hervor, er bringt auch international den Gegensatz zwischen den kapitalistischen Staaten und die Rivalität um Weltherrschaft hervor, und damit den imperialistischen Krieg, in dem die Arbeiter und die Volksmassen für die Interessen der Kapitalisten direkt aufeinandergehetzt werden, wie sie in der internationalen Konkurrenz der

Arbeit. Er tritt immer wieder in den Vordergrund, wenn das Kriegsgeschrei der Reaktionäre anschwillt und der Völkerfriede bedroht ist." Und am Ende des Artikels heißt es: „Maifeier, Friedensbewegung und Gewerkschaften stehen vor der Notwendigkeit, das Wahrscheinliche – den Weltkrieg – unmöglich zu machen: Friede dem Frieden! Krieg dem Krieg!"

Das eine ist, daß die Gewerkschaften in der Vorbereitung des 1. Mai die Notwendigkeit des Kampfes gegen Kriegsvorbereitungen und imperialistischen Krieg nicht nur anerkennen, sondern den Willen betonen, diesen Kampf zu führen. Das ist schon wichtig genug. Aber jeder weiß aus der Geschichte zweier Weltkriege, daß das allein nicht reicht. Um so wichtiger ist die Tatsache, daß in den Gewerkschaften immer offener die Debatte in Gang kommt, wie denn eigentlich der Kampf gegen

Einen wichtigen Schritt stellt dabei die Erklärung des Bundesjugendausschusses des DGB dar. (s. Seite 11) Die Bundesrepublik dürfe sich nicht der Weltpolitik der USA unterwerfen. Zwar wird den Verhandlungen zwischen den Supermächten noch vorrangige Bedeutung eingeräumt. Über deren Charakter bestehen jedoch keine großen Zweifel, auch nicht über den Charakter der SU: „Eine Politik des Friedens ist darüber hinaus nur unter voller Achtung der territorialen Integrität und nationalen Souveränität der Staaten möglich. Die Gewerkschaftsjugend bekräftigt daher ihre Verurteilung des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan. Auch die Sowjetunion muß sich nicht nur an ihren Worten, sondern insbesondere an ihren Taten messen lassen."

Der Jugendausschuß des DGB fordert die Errichtung einer atomwaffen-

rung von Neutronenbomben aus. Nicht so eindeutig spricht er sich gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen aus, die unmittelbar ansteht. Es heißt in der Erklärung: „In der Europäischen Gemeinschaft muß auch im Bereich der Abrüstung, der Entspannung und der Friedenssicherung eine gegenüber den beiden Supermächten unabhängige, an europäischen Interessen orientierte Politik entwickelt werden. Daß dies möglich ist, zeigt die Entwicklung einer eigenständigen Position der EG zur Situation in Nahost." Weit her ist es mit letzterer freilich nicht, und ob sie gegenüber dem Druck der USA standhält ist noch lange nicht heraus. Klar und eindeutig lehnt der Jugendausschuß des DGB die Beteiligung der Bundeswehr an einer „internationalen Eingreiftruppe" ab.

Mit solchen Stellungnahmen zur internationalen Lage hören die Gewerk-

samtmetall bereits ein höheres Ergebnis zusagen mußte – und bei nicht ausreichendem Angebot wird der Vorstand dann über die Einleitung von Urabstimmung für Streik zu entscheiden haben.

Die Gründe für die Ablehnung des Hessen-Modells waren: Kein Ausgleich der Preissteigerungen, die verlängerte Laufzeit (Loderer: „Es springt zu wenig heraus ... es sind ja nur 4,338..% aufs Jahr gerechnet."), sowie die unzureichende soziale Komponente. Am Abend der Ablehnung referierte Lambsdorff vor einer Industriellentagung in Hamburg: Daß die Arbeitnehmer auch kürzer treten würden, da wäre er sicher, denn selbst bei einem Lohnabschluß von 5,1% müßten sie einen Reallohnverlust hinnehmen, da mit einer „durchschnittlichen Preissteigerungsrate von 5,5% sicher zu rechnen' ist. Sein Wort ins Ohr des IGM-Vorstandes. Daß man in der IG Metall sich einigt, was der von allen Ebenen und Flügeln verlangte Preissteigerungsausgleich denn nun definitiv in Prozenten ist, das wäre wirklich passend. Fünf-Prozent-Marken in den eigenen Reihen schwächen nur die Einheit. Die andere Notwendigkeit ist, die von Gesamtmetalls Knapp angegebene Marke für die dauerhafte Anhebung der untersten Lohngruppe auf nicht

Gefesseltes und Entfesseltes

frb. Die Fesseln der Wirtschaft sind gefunden! Es sind das Nachtarbeitsverbot, die 5-Tage-Woche und die langen Mittagspausen. Man halte sich vor Augen, an 2 von 7 Tagen der Woche, an 16 oder wenigstens an 8 von 24 Stunden des Tages steht der Großteil der Anlagen still. Einfach so, gefesselte Wirtschaftskraft. Würden z.B. die Automobilunternehmen eine weitere Schicht einführen, zig Tausende fänden Beschäftigung. Nicht bloß in der Automobilindustrie, denn auch die Stahlwerke könnten wieder mehr liefern, mehr Reifen würden gebraucht, die Lackindustrie, die Elektroindustrie, die Textilindustrie fände neuen Absatz. Auch Autos, die jetzt auf Halde stehen, fänden Käufer, denn lang aufgeschobene Neuanschaffungen könnten endlich gemacht werden, und LKWs hätten einen neuen Markt, schließlich muß der zusätzliche Stahl usw. transportiert werden. Alles wäre wunderbar, könnte sich bloß ökonomischer Sachverstand gegen gewerkschaftliche Sonderinteressen durchsetzen. Die Bank will vom Industriellen auch Zins für 24 Stunden, weshalb also nicht auch rund um die Uhr arbeiten?

Das alles ist beileibe nicht nur ein Hirngespinst. So oder ähnlich könnte es in einem Regierungsprogramm von CDU/CSU und FDP stehen, wenn Schmidt seine Funktion nicht mehr erfüllt. Man brauche den vielfältig gefesselten Riesen Bundesrepublik Deutschland nur hinreichend zu entfesseln, und ein Neuaufbruch werde von selbst seinen Weg nehmen, sollen Lambsdorff und Genscher gesagt haben.

Der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ war's ein Leitartikel wert. Der Wohnungsbau werde durch restriktive Mieterschutz-Gesetze niedergehalten, der Kraftwerkbau durch zu viele Einspruchsrechte, die Kommunikationsindustrie durch fehlendes Privatfernsehen. Und dem Bundesverband Deutscher Banken ist's eine Anzeige wert. Auch Flughäfen und Autobahnen seien gefesselt, ergänzte er.

Was davon zu halten sei? Erstens machen die durch fehlende Baugenehmigungen zurückgehaltenen Investitionen selbst bei abenteuerlichsten Schätzungen nur einen Bruchteil dessen aus, was durch die kapitalistische Krise brach liegt. Zweitens ist es ein Glück, daß die Zerstörungswut des Kapitals hie und da gefesselt ist.

Streikbewegung an der FU Westberlin

Für Forderungen der Hausbesetzer, gegen Isolationshaft, gegen Verschärfung der Studienbedingungen

mir. „Wenn die Polizei Kreuzberg angreift, dann muß sie auch Dahlem angreifen“, mit dieser Losung wurde letzte Woche auf der bereits vierten Uni-VV an der FU seit Beginn des Semesters, die Uni-weiten Streikaktionen zur Unterstützung der Instandbesetzer beendet. Diese Aktionen nahmen vor drei Wochen ihren Anfang, als fünf besetzte Häuser von der Polizei durchsucht wurden. 155 Instandbesetzer, darunter der gesamte Besetzerrat wurden vorübergehend festgenommen. Daraufhin beschloß die Uni-VV mit ca. 2000 Teilnehmern eine Streikempfehlung an alle Fachbereiche. Ziemlich schnell einigte man sich auf folgende Forderungen: 1. Recht auf Wohnraum; 2. Einstellung aller Verfahren und Freilassung aller im Zusammenhang mit Hausbesetzungen Inhaftierten; 3. Keine weiteren Räumungen und Durchsuchungen der besetzten Häuser; 4. Keine Anwendung des § 129; 5. Erfüllung der Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen!

An mehren Fachbereichen, vor allem den sozialwissenschaftlichen, wurden Streikbeschlüsse gefaßt und Institute besetzt. Es wurden Arbeitsgruppen gebildet z. B. zum § 129, zum Hungerstreik, es wurde aufgerufen, bei den Instandbesetzungsarbeiten zu helfen, und Patenschaften von Fachschaften mit besetzten Häusern geschlossen. Gleichzeitig sollten demonstrative Aktionen dem Senat zeigen, daß die Besetzungen Sympathie und Unterstützung an den Universtitäten fanden und seine Isolierungsversuche nicht fruchten werden. Die Wohnungsnot vieler Studenten in Westberlin, die Abscheu vor der Bodenspekulation und vor allem die Verfolgungen durch die Staatsanwaltschaft mit Beschuldigungen von Diebstahl, Landfriedensbruch, bis zur Bildung krimineller Vereinigungen, erklären die gut besuchten Vollversammlungen und die vielfältigen spontanen Aktionen. Der Akademische Senat der FU wird auf Druck der Studenten in der kommenden Woche zusammentreten, um für den 7. Mai einen Hochschultag zu dem Thema Wohnungsnot und Instandbesetzungen zu beschließen.

Neben diesen Aktionen hat die Bewegung unter den Studenten gegen die Studien- und Prüfungsbedingungen keineswegs abgenommen. Seit Beginn dieses Semesters streiken an der FU die Biologiestudenten gegen die Versuche von Professoren und dem Präsidenten der FU, eine neue Studienordnung und Diplomprüfungsordnung zu erlassen. Der Streik der Studenten richtet sich gegen die Einschränkung der Prüferwahl, gegen die Einführung von Klausuren in den Praktika, dagegen, daß etwas anderes laut Studienordnung gelehrt wird, als dann laut Diplomprüfungsordnung geprüft wird, dagegen, daß Lehre- und Diplomstudiengang auseinandergerissen werden und für die Beibehaltung der Kleingruppenarbeit im Grundstudium. Ein Gespräch der Studenten mit Wissenschaftssenator Gaus führte dazu, daß die Studienordnung und die Diplomprüfungsordnung vor den Neuwahlen zum 10. Mai vom Senator nicht unterschrieben und damit in Kraft gesetzt werden. Damit ist der Versuch von Seiten der Professoren und des Uni-Präsidenten, den Streik erst zu ignorieren und dann durch die Unterschrift des Senators unter diese Ordnung die Studenten vor vollendete Tatsachen zu stellen, nicht aufgegangen. Biologie ist ein hartes NC-Fach wie Medizin. Die Fachbereichsleitung droht jetzt mit der Aberkennung des Semesters, weil bisher keine Lehrveranstaltung stattgefunden hat und sich auch nicht genügend Streikbrecher finden.

Die Vollversammlung der Mediziner hat eine dreitägigen Warnstreik aller Semester vom 27. – 29.4. beschlossen. Dieser Warnstreik soll den Forderungen aus Anlaß der hohen Durchfallquote im diesjährigen Physikum (siehe auch KVZ 17/81) Nachdruck verleihen. Von 520 Medizinstudenten, die in Westberlin zum Physikum angetreten sind, haben 178 (34,2%) bestanden. Auf einer Podiumsdiskusion nach dieser VV äußerte sich Gesundheitsenator Überhorst in der Richtung, daß das Multiple-Choice-Verfahren ersetzt werden soll und eine Gleitklausel wieder eingeführt werden soll.

Da paßt es wie die Faust aufs Auge, daß Uni-Präsident Lämmert am 29./30. April ein Symposium mit 70 geladenen Vertretern durchführen will, mit dem Thema: „Hochschulabschlußprüfungen im Widerstreit“. Die Vorgeschichte dieses Symposiums ist die Auffassung von Lämmert, daß die Notengebung an der FU zu gut ausfalle. Das würde den Hochschulabsolventen schaden. Mit dem Symposium soll jetzt Problembewußtsein gezeigt werden. Die Studentenbewegung an der FU wird ihre Probleme zeigen.

Großbritannien gegenwärtig „nicht am Tod von B. Sands interessiert“

lup. „Es ist nicht meine Gewohnheit und nicht üblich, Mitglieder des Parlaments eines fremden Landes zu treffen, um mit ihnen über einen Einwohner des Vereinigten Königreichs zu sprechen.“ Mit diesen Worten kommentierte M. Thatcher die Aufforderung dreier Mitglieder des Parlaments der irischen Republik, die nach einem Besuch des kürzlich ins britische Unterhaus nachgewählten IRA-Häftlings Bobby Sands die britische Premierministerin um ein dringendes Gespräch ersucht hatten. Dem zynischen Pochen der britischen Premierministerin darauf, daß es eine innere Angelegenheit des Vereinigten Königreichs sei, Vorkämpfer des irischen Befreiungskampfes in britischen Gefängnissen krepieren zu lassen, entspricht das Vorgehen der britischen Armee in Nordirland. Am Ostersonntag wurden zwei irische Jugendliche durch britische Streitkräfte umgebracht. Ein Armeefahrzeug war mitten in eine Demonstration hineingefahren.

Die offizielle britische Presse hat einhellig das Vorgehen der britischen Regierung gefeiert. „Das erste, was man über den Hungerstreik von Mr. Sands sagen muß“, schrieb die Financial Times, „ist, daß die Gewährung ei- siert sein. „Sein Tod würde erneut eine Nachwahl herbeiführen, und es ist durchaus möglich, wenn nicht sogar sicher, daß der republikanische Kandidat daraus erneut als Sieger hervorginge.“ Nicht daß der ehrenwerte Kommentator des ersten Blattes der britischen Finanzbourgeoisie irgendwelche Skrupel hätte, dem Tod eines IRA-Häftlings ins Auge zu sehen, bloß weil die britische Regierung sich weigert, den IRA-Gefangenen Zivilkleidung, wöchentliche Besuche und Postsendungen zuzugestehen. Bloß die neuerliche Demonstration, daß der Hungerstreik der Häftlinge die Entschlossenheit der irischen *Nation* verkörpert, ihre Souveränität zu erkämpfen und die britische Besatzerherrschaft abzuschütteln, das käme der britischen Regierung ungelegen.

Es geht der britischen Regierung ums Prinzip. Sie will demonstrieren, daß sie an ihrer Besatzerherrschaft über Nordirland unter allen Umständen festhalten wird. Und daß sie den Kampf für Irlands Unabhängigkeit stets als Verbrechen verfolgen wird, insbesondere, wenn er bewaffnete Aktionen einschließt. Welchen anderen Weg aber hat die irische Bevölkerung, wenn Großbritanien seine Herrschaft

Zugeständnisse im einzelnen in Aussicht gestellt – aber keine Aufhebung der Isolationshaft

gkr. Die Politiker hatten sich rasch zu Wort gemeldet, nachdem Sigurd Debus am vergangenen Donnerstag gestorben war. Wie mittlerweile auch durch die Obduktion festgestellt, höchstwahrscheinlich an den Folgen der Zwangsernährung. Zuerst vielleicht nicht ganz so naßforsch wie Berlins Justizsenator Meyer, aber doch auf der gleichen Linie: Eine Anerkennung der RAF-Gefangenen als Kriegsgefangene käme nicht in Betracht, dann könne man sie schießlich gleich standrechtlich erschießen, so würde man mit Partisanen ja auch verfahren. Vielleicht war hier der Wunsch der Vater des Gedankens. Aber daß auch mit weniger dreister Ablehnung des Kriegsgefangenenstatus für die RAF-Gefangenen die gerechte Forderung nach Aufhebung der Isolationshaft nicht niederzubügeln ist, war den Politikern schon längst klar. Meyers Äußerung wurde denn auch kaum noch in der Presse erwähnt. Eher kristallisierten

meinte, Bund und Länder müßten deutlich machen, daß der Staat gegenüber Gewalttätern nicht nachgiebig sei, sondern sich der Gewalt entschlossen entgegenstelle. Falsch sei jedoch „reine Demonstration der Stärke“. Über eventuelle Hafterleichterungen müsse im Einzelfall entschieden werden.

Justizminister Schmude hatte schon in seinem Antwortbrief auf die Interventionen von amnesty international geschrieben: „Sie (die zuständigen staatlichen Stellen) haben deshalb die geforderte Unterbringung der Gefangenen aus dem Terrorismusbereich in großen Gruppen als unannehmbar bezeichnet. Andere Maßnahmen zur Veränderung der Haftsituation im Sinne der Gefangenen sind damit nicht ausgeschlossen. Sie sind vielmehr für die Zeit nach Beendigung des Hungerstreiks zur Prüfung und Entscheidung in Aussicht genommen worden.“

Die Jusos bezeichneten die Forderung nach Kleingruppen als „durchaus

Holstein hatten jede weitere Hafterleichterung abgelehnt. Nachdem während des Hungerstreiks die Frage der Isolationshaft den Politikern noch von solcher Bedeutung war, daß sich die Länderjustizminister auf einer eigens hierzu durchgeführten Sitzung auf eine harte Haltung verständigten, sollen jetzt die Zugeständnisse wie überhaupt die Haftbedingungen eher herunter gespielt werden: dies sei ein Problem der Länder, eine Justizministerkonferenz, wie sie Hessen gewünscht hatte, werde es nicht geben. So Niedersachsens Justizminister Schwind, derzeit Vorsitzender der Justizministerkonferenz.

Die Unterstützung der Forderung nach Aufhebung der Isolationshaft, nach Zusammenlegung und Freilassung von Günter Sonnenberg ist nach wie vor zersplittert. Dennoch können bürgerliche Politiker nicht mehr in dem Maße wie noch vor Wochen spalten. Wallmann wollte zwar wie schon am 7.3. die Demonstration in Frank-

schlossen. Gleichzeitig sollten demonstrative Aktionen dem Senat zeigen, daß die Besetzungen Sympathie und Unterstützung an den Universtitäten fanden und seine Isolierungsversuche nicht fruchten werden. Die Wohnungsnot vieler Studenten in Westberlin, die

tor Gaus führte dazu, daß die Studienordnung und die Diplomprüfungsordnung vor den Neuwahlen zum 10. Mai vom Senator nicht unterschrieben und damit in Kraft gesetzt werden. Damit ist der Versuch von Seiten der Professoren und des Uni-Präsidenten, den

Auffassung von Lämmert, daß die Notengebung an der FU zu gut ausfalle. Das würde den Hochschulabsolventen schaden. Mit dem Symposium soll jetzt Problembewußtsein gezeigt werden. Die Studentenbewegung an der FU wird ihre Probleme zeigen.

am Tod von B. Sands interessiert“

lup. „Es ist nicht meine Gewohnheit und nicht üblich, Mitglieder des Parlaments eines fremden Landes zu treffen, um mit ihnen über einen Einwohner des Vereinigten Königreichs zu sprechen.“ Mit diesen Worten kommentierte M. Thatcher die Aufforderung dreier Mitglieder des Parlaments der irischen Republik, die nach einem Besuch des kürzlich ins britische Unterhaus nachgewählten IRA-Häftlings Bobby Sands die britische Premierministerin um ein dringendes Gespräch ersucht hatten. Dem zynischen Pochen der britischen Premierministerin darauf, daß es eine innere Angelegenheit des Vereinigten Königreichs sei, Vorkämpfer des irischen Befreiungskampfes in britischen Gefängnissen krepieren zu lassen, entspricht das Vorgehen der britischen Armee in Nordirland. Am Ostersonntag wurden zwei irische Jugendliche durch britische Streitkräfte umgebracht. Ein Armeefahrzeug war mitten in eine Demonstration hineingefahren.

Die offizielle britische Presse hat einhellig das Vorgehen der britischen Regierung gefeiert. „Das erste, was man über den Hungerstreik von Mr. Sands sagen muß“, schrieb die Financial Times, „ist, daß die Gewährung ei-nes politischen Status für ihn oder irgendein anderes Mitglied der provisorischen IRA außer Frage steht. Ein solcher Status existiert nicht.“ Gleichwohl, so fügte die Zeitung hinzu, „unter den gegenwärtigen Umständen“ könne die britische Regierung nicht gerade am Tod von Bobby Sands interes-

siert sein. „Sein Tod würde erneut eine Nachwahl herbeiführen, und es ist durchaus möglich, wenn nicht sogar sicher, daß der republikanische Kandidat daraus erneut als Sieger hervorginge.“ Nicht daß der ehrenwerte Kommentator des ersten Blattes der britischen Finanzbourgeoisie irgendwelche Skrupel hätte, dem Tod eines IRA-Häftlings ins Auge zu sehen, bloß weil die britische Regierung sich weigert, den IRA-Gefangenen Zivilkleidung, wöchentliche Besuche und Postsendungen zuzugestehen. Bloß die neuerliche Demonstration, daß der Hungerstreik der Häftlinge die Entschlossenheit der irischen Nation verkörpert, ihre Souveränität zu erkämpfen und die britische Besatzerherrschaft abzuschütteln, das käme der britischen Regierung ungelegen.

Es geht der britischen Regierung ums Prinzip. Sie will demonstrieren, daß sie an ihrer Besatzerherrschaft über Nordirland unter allen Umständen festhalten wird. Und daß sie den Kampf für Irlands Unabhängigkeit stets als Verbrechen verfolgen wird, insbesondere, wenn er bewaffnete Aktionen einschließt. Welchen anderen Weg aber hat die irische Bevölkerung, wenn Großbritanien seine Herrschaft über Nordirland auf Waffengewalt stützt. Den Iren geht es auch ums Prinzip, allerdings um ein völlig entgegengesetztes: Selbstbestimmungsrecht und nationale Unabhängigkeit. Die Durchsetzung der Forderungen der IRA-Häftlinge ist dazu ein bestimmter Schritt.

Zugeständnisse im einzelnen in Aussicht gestellt – aber keine Aufhebung der Isolationshaft

gkr. Die Politiker hatten sich rasch zu Wort gemeldet, nachdem Sigurd Debus am vergangenen Donnerstag gestorben war. Wie mittlerweile auch durch die Obduktion festgestellt, höchstwahrscheinlich an den Folgen der Zwangsernährung. Zuerst vielleicht nicht ganz so naßforsch wie Berlins Justizsenator Meyer, aber doch auf der gleichen Linie: Eine Anerkennung der RAF-Gefangenen als Kriegsgefangene käme nicht in Betracht, dann könne man sie schießlich gleich standrechtlich erschießen, so würde man mit Partisanen ja auch verfahren. Vielleicht war hier der Wunsch der Vater des Gedankens. Aber daß auch mit weniger dreister Ablehnung des Kriegsgefangenenstatus für die RAF-Gefangenen die gerechte Forderung nach Aufhebung der Isolationshaft nicht niederzubügeln ist, war den Politikern schon längst klar. Meyers Äußerung wurde denn auch kaum noch in der Presse erwähnt. Eher kristallisierten sich zwei unterschiedliche Taktiken in der vergangenen Woche heraus.

Auf der einen Seite: Von Hafterleichterungen zu reden, dabei aber im Grundsatz an der Isolationshaft festzuhalten. So der Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages Axel Wernitz (SPD), der in einem Interview des Deutschen Depeschen Dienstes

meinte, Bund und Länder müßten deutlich machen, daß der Staat gegenüber Gewalttätern nicht nachgiebig sei, sondern sich der Gewalt entschlossen entgegenstelle. Falsch sei jedoch „reine Demonstration der Stärke“. Über eventuelle Hafterleichterungen müsse im Einzelfall entschieden werden.

Justizminister Schmude hatte schon in seinem Antwortbrief auf die Interventionen von amnesty international geschrieben: „Sie (die zuständigen staatlichen Stellen) haben deshalb die geforderte Unterbringung der Gefangenen aus dem Terrorismusbereich in großen Gruppen als unannehmbar bezeichnet. Andere Maßnahmen zur Veränderung der Haftsituation im Sinne der Gefangenen sind damit nicht ausgeschlossen. Sie sind vielmehr für die Zeit nach Beendigung des Hungerstreiks zur Prüfung und Entscheidung in Aussicht genommen worden.“

Die Jusos bezeichneten die Forderung nach Kleingruppen als „durchaus erfüllbar“ und Justizsenator Meyer die Zusammenlegung in Gruppenbis zu zehn als „erträglich, vertretbar und – überwiegend – positiv“.

Demgegenüber hatte der innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion der CDU/CSU die Ankündigung Schmudes kritisiert, Baden-Württemberg, Bayern, aber auch Schleswig-

Holstein hatten jede weitere Hafterleichterung abgelehnt. Nachdem während des Hungerstreiks die Frage der Isolationshaft den Politikern noch von solcher Bedeutung war, daß sich die Länderjustizminister auf einer eigens hierzu durchgeführten Sitzung auf eine harte Haltung verständigten, sollen jetzt die Zugeständnisse wie überhaupt die Haftbedingungen eher herunter gespielt werden: dies sei ein Problem der Länder, eine Justizministerkonferenz, wie sie Hessen gewünscht hatte, werde es nicht geben. So Niedersachsens Justizminister Schwind, derzeit Vorsitzender der Justizministerkonferenz.

Die Unterstützung der Forderung nach Aufhebung der Isolationshaft, nach Zusammenlegung und Freilassung von Günter Sonnenberg ist nach wie vor zersplittert. Dennoch können bürgerliche Politiker nicht mehr in dem Maße wie noch vor Wochen spalten. Wallmann wollte zwar wie schon am 7.3. die Demonstration in Frank-furt zur Unterstützung der Forderungen verbieten, ein Verwaltungsgericht aber mußte das Verbot aufheben. Indirekt mußten damit auch die Versuche der staatlichen Machtorgane, die Unterstützung der Forderungen des Hungerstreiks nach § 129 a zu kriminalisieren, eingeschränkt werden. An der Demonstration nahmen etwa 2000 teil.

Umstrittene Tradition der Bundeswehr

bep. Nach einer Diskussionsveranstaltung des Verteidigungsministeriums zum Thema „Soldat und Gesellschaft“ verkündete Verteidigungsminister Apel, eine Überprüfung des Traditionsverständnisses und der Traditionspflege der Bundeswehr sei notwendig. Der Große Zapfenstreich sollte überarbeitet werden, feierliche Gelöbnisse sollten nur in Ausnahmefällen stattfinden, vielleicht „auch einmal in einem Industriebetrieb“. Der Traditionserlaß von 1965 solle aufgehoben werden; in ihm fehle der Hinweis auf die Friedenssicherung als Existenzgrundlage der bewaffneten Macht. Der Inspekteur des Heeres, Pöppel, widersprach Äußerungen von Diskussionsteilnehmern, die Bundeswehr könne sich auf keine positive Tradition berufen. Man dürfe die preußische Tradition nicht allein der DDR überlassen, ebensowenig dürfe man Kaiserreich und Wehrmacht aussparen. Er argumentierte damit im Sinne des geltenden Traditionserlasses, der die „gültigen Leistungen der deutschen Wehrgeschichte“ und militärische Tugenden und Leistungen hochhält ohne Ansehen der Ziele, für die sie vollbracht wurden, was dann beispielsweise in der Benennung von Schiffen und Kasernen nach Kriegshelden des 3. Reiches und Durchhaltegenerälen der faschistischen Wehrmacht seinen Ausdruck fand. Abgeordnete der CDU/CSU haben sich bereits gegen die Aufhebung des Erlasses ausgesprochen.

Prozeß gegen 11 Iraner wegen Nötigung

acm. Die 26. Strafkammer in Frankfurt führt gegenwärtig einen Prozeß gegen 11 Iraner durch, denen vorgeworfen wird, SAVAK-Agenten genötigt zu haben. Die CISNU stellt in einer Presseerklärung fest: „Zwei Jahre nach dem Sturz des Schah-Regimes stellen die westdeutschen Behörden, wohl aus altgewordener Gewohnheit, wieder iranische Antifaschisten auf die Anklagebank. Die SAVAK-Agenten, zu denen die Sicherheitsorgane laut Aussage des ehemaligen Regierungssprechers Grünewald vom Februar 76 seit 1959 gute Kontakte pflegten, sind als Zeugen geladen … Wir verurteilen das Vorgehen … und appellieren an alle Demokraten und Antifaschisten, nicht zuzulassen, daß SAVAK wieder als Kläger auftritt, sondern auf die Anklagebank verwiesen wird“.

Böse Prozeß: Staatsanwalt fordert 15 Jahre Haft

chs.Freiburg. Nach vier Jahren Haft steht R. Böse im Revisionsverfahren vor dem Freiburger Landgericht. Er war 1978 freigesprochen worden – das Bundesgericht hatte Revision beschlossen. R. Böse, dem vorgeworfen wird, 1975 auf der Rheinfelder Intensivstation zuerst fünf und im Revisionsverfahren dann sieben Menschen mit einer Überdosierung des Herzstärkungsmittels Lanitop umgebracht zu haben, konnte in dem sechsmonatigen Revisionsverfahren erneut nichts nachgewiesen werden! Gemäß seinem Auftrag konstatierte der Staatsanwalt Moers: „Mord war es keiner; zur Debatte steht fahrlässige Tötung, fahrlässige Körperverletzung, Totschlag.“ Der Antrag des Staatsanwaltes lautete: 15 Jahre Freiheitsstrafe, lebenslanges Berufsverbot, der Haftbefehl bleibt aufrechterhalten. – Ein Zusammenschluß bestehend aus: Arbeitskreis Böse der Fachschaft Jura, Vertreter der Fachschaft Medizin, Kommunistischer Bund Westdeutschland und Bund Westdeutscher Kommunisten bereitet für den 1. Mai ein Transparent für Freilassung und Freispruch vor.

Hamburger SPD über NATO-Rüstung gespalten

bep. 23 von 69 SPD-Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft haben zusammen mit Jusos, Jungdemokraten, Gewerkschaftern, Christen und einer Reihe von anderen Personen und Organisationen, von denen einige der DKP nahestehen, einen Aufruf gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen unterzeichnet, der als Anzeige in der Hamburger „Morgenpost“ veröffentlicht wurde. Die zunächst in derselben Form geplante Veröffentlichung einer Gegenerklärung zur Unterstützung der Politik des Bundeskanzlers, entworfen von Bürgermeister Klose und unterzeichnet von 37 SPD-Abgeordneten, unterblieb schließlich. – „Vorwärts“-Herausgeber Egon Bahr hat entgegen der Position der USA und der Bundesregierung vorgeschlagen, nicht nur die landgestützten Mittelstreckenraketen, sondern auch andere amerikanische, britische und französische Atomwaffenträger in Abrüstungsverhandlungen einzubeziehen.

Gegenseitige Persilscheine für NAZI-Vergangenheit

gkr. Nachdem schon beim CDU-Parteitag darüber spekuliert wurde, ob Filbinger ins Präsidium zurückkehren werde, hat nun ein enger Parteifreund, Bruno Heck, ehemals Familienminister, für ein Buch verantwortlich gezeichnet mit dem Titel: „Der ‚Fall‘ und die Fakten“. Filbinger mußte nach Aufdeckung seiner Tätigkeit als Marinerichter im Dritten Reich, der sogar noch nach der bedingungslosen Kapitulation Todesurteile gegen Marineangehörige fällte, seinen Hut als baden-württembergischer Ministerpräsident im Herbst 1978 nehmen. Er habe sich ungeschickt verteidigt und seine Parteifreunde zeigten mangelnde Loyalität, da selber schon im Kampf um die Nachfolge, so die Erkenntnis des Buches.

Mit leeren Händen gegen eine Supermacht

Ein schwedischer Journalist berichtete in „Gnistan" vom 10. April 1981 über den afghanischen Widerstandskampf

Wir trafen ihn einige zig Kilometer von der Grenze entfernt – den 10jährigen Jungen mit der Steinschleuder. Er stand in einem Talgang in der Provinz Paktia. Nur wenige Monate vorher hatten die sowjetischen Truppen versucht, das Tal zu besetzen, doch sie scheiterten.

Steinschleuder? Man sagte, daß sie als Waffe benutzt werden könnte. Jemand hatte gehört, daß ein sowjetischer Soldat in Kabul ins Auge getroffen wurde und erblindet ist.

Vielleicht ist der Bericht über die Steinschleuder in Kabul wahr, vielleicht nicht, und der Junge mit der Steinschleuder hatte doch keinen russischen Soldaten damit beschossen.

Aber die Steinschleuder sagt etwas über Afghanistan aus. Dasselbe sagte uns der Guerillakommandant Abdul Qaium Sherifzade, der 3000 Mann befehligte, davon 50 bewaffnet: „Die Waffen sind wenig, schlecht und unzureichend. Aber der Widerstandwille ist stark."

Afghanistan ist das Land, das zu unterwerfen noch niemandem gelungen ist.

•

Der Bus tastete sich vorwärts in den steinigen Flußbetten, ständig bergauf, an den letzten pakistanischen Grenzposten vorbei. Vom Flüchtlingslager setzten wir unsere Reise zu Fuß fort. Ein Kamel trug die Ausrüstung. Nach einem Marsch von einigen Stunden erreichten wir den Bergkamm, der die Grenze bildet.

Vor uns im Nebel lag Afghanistan.

Am Vortag hatten wir uns mit fünfzehn afghanischen Partisanen – Mudjahedin – in einem Bus zusammengedrängt. Verkleidet hatten wir sieben Polizeikontrollen passiert, bevor wir in der Abenddämmerung unser Etappenziel, die Stadt Paraschinar, nahe der Grenze, erreichten. Dort lag das Distrikthauptquartier der Islamischen Nationalen Front Afghanistans, der Organisation, die für unseren Besuch stand.

Am Abend saßen wir auf dem Boden um eine Petroleumlampe und redeten über den Krieg der Sowjets in Afghanistan. Die Berichte handelten von der Einheit und Entschlossenheit, vom Mangel an Waffen und von erfolgreichen Kämpfen gegen die gottlosen sowjetischen und prosowjetischen Truppen, von Kriegslist und von Shaihids, Märtyrer im heiligen Krieg, Ji-

Afghanistan ist das Land, das zu unterwerfen noch niemandem gelungen ist.

•

Der Bus tastete sich vorwärts in den steinigen Flußbetten, ständig bergauf, an den letzten pakistanischen Grenzposten vorbei. Vom Flüchtlingslager setzten wir unsere Reise zu Fuß fort. Ein Kamel trug die Ausrüstung. Nach einem Marsch von einigen Stunden erreichten wir den Bergkamm, der die Grenze bildet.

Vor uns im Nebel lag Afghanistan.

Am Vortag hatten wir uns mit fünfzehn afghanischen Partisanen – Mudjahedin – in einem Bus zusammengedrängt. Verkleidet hatten wir sieben Polizeikontrollen passiert, bevor wir in der Abenddämmerung unser Etappenziel, die Stadt Paraschinar, nahe der Grenze, erreichten. Dort lag das Distrikthauptquartier der Islamischen Nationalen Front Afghanistans, der Organisation, die für unseren Besuch stand.

Am Abend saßen wir auf dem Boden um eine Petroleumlampe und redeten über den Krieg der Sowjets in Afghanistan. Die Berichte handelten von der Einheit und Entschlossenheit, vom Mangel an Waffen und von erfolgreichen Kämpfen gegen die gottlosen sowjetischen und prosowjetischen Truppen, von Kriegslist und von Shaihids, Märtyrer im heiligen Krieg, Ji-
had.

Sulimanzai, ein ausdrucksstarker Erzähler vom Gardez-Distrikt in der Provinz Paktia, war einer von denen, die berichteten:

„Als ich in Quetta war (eine Stadt in Pakistan, an der Straße nach Afghanistans zweitgrößter Stadt Kandahar), traf ich einen alten Mann, der vier Söhne hatte. Sie waren alle Mudjahedin, und sie hatten ihm gesagt, er solle zu Hause bleiben und sie kämpfen lassen.

Aber eines Tages traf er auf einen Soldaten und griff ihn mit einem Knüppel an. Der Soldat glaubte, daß weitere Mudjahedin um ihn herum waren. Er bekam Angst und warf das Gewehr von sich. Als der Mann damit weglief, schoß ihm ein anderer Soldat in den Fuß. Mit Schußwunde und Gewehr schleppte er sich zum Hauptquartier unserer Organisation in Quetta."

Mit solchen Berichten stärkten Sulimanzai und die anderen Männer ihren Mut und ihre Opferbereitschaft. Der Erzähler war Said und spielte die Rolle eines politischen Kommissars der Organisation, deren Führer Saiyyid Ahmed Gailani ist. Der schwarze, graumelierte Bart verstärkte den kraftvollen und volksnahen Eindruck.

Druckkocher als Bomben

Ein anderer Erzähler, Aziz Rahman, ein junger Mann mit lockigem Haar, kurzgeschnittenem Bart und lebhaften Augen fährt fort. Er könnte ein radikaler europäischer Student gewesen sein. Später erfuhren wir, daß er der Sohn von einem der politischen Ratgeber Gailanis war.

Er berichtete, wie die Russen die Mineralvorkommen Afghanistans hinter dem Rücken der afghanischen Behörden kartografisch erfaßt haben, und wie das Volk mit primitiven Waffen die Invasionstruppen bekämpft.

„In Ghazni gibt es einige schmale Gassen. Als eine Kolonne durch die Stadt zog, warfen Leute brennende Decken herunter und gossen Benzin auf die Kampffahrzeuge, so daß sie Feuer fingen. Dort sprengt man auch Brücken dadurch, daß man Drucktöpfe mit Wasser füllt, die Ventile zustopft und dann die Töpfe unter den Brücken aufs Feuer setzt. Solche „Afghanistanbomben sind effektiver als amerikanische Bomben, die zum Sprengen von Brücken konstruiert sind."

Fröschen ähnlich

Die Straßen hinunter vom Grenzpaß waren übersät mit Splittern von den

melierte Bart verstärkte den kraftvollen und volksnahen Eindruck.

Druckkocher als Bomben

Ein anderer Erzähler, Aziz Rahman, ein junger Mann mit lockigem Haar, kurzgeschnittenem Bart und lebhaften Augen fährt fort. Er könnte ein radikaler europäischer Student gewesen sein. Später erfuhren wir, daß er der Sohn von einem der politischen Ratgeber Gailanis war.

Er berichtete, wie die Russen die Mineralvorkommen Afghanistans hinter dem Rücken der afghanischen Behörden kartografisch erfaßt haben, und wie das Volk mit primitiven Waffen die Invasionstruppen bekämpft.

„In Ghazni gibt es einige schmale Gassen. Als eine Kolonne durch die Stadt zog, warfen Leute brennende Decken herunter und gossen Benzin auf die Kampffahrzeuge, so daß sie Feuer fingen. Dort sprengt man auch Brücken dadurch, daß man Drucktöpfe mit Wasser füllt, die Ventile zustopft und dann die Töpfe unter den Brücken aufs Feuer setzt. Solche „Afghanistanbomben sind effektiver als amerikanische Bomben, die zum Sprengen von Brücken konstruiert sind."

Fröschen ähnlich

Die Straßen hinunter vom Grenzpaß waren übersät mit Splittern von den
gängigsten sowjetischen Tretminen. Das Mochbel-Tal, in das wir hineingingen, ist für die Guerillas eine der wichtigsten Verbindungslinien mit Pakistan.



Mehrere Versuche sind gemacht worden, eine repräsentative Institution zu schaffen, die das afghanische Volk repräsentieren kann. Mumasila Jargan ist eine Versammlung von Häuptlingen und angesehenen Männern, die der König oder der Präsident früher zusammenzurufen pflegten in schweren Zeiten. Der provisorische Jargan hat zum Kampf gegen die russische Invasion aufgerufen und an die verschiedenen Organsiationen appelliert, sich zuammenzuschließen. Drei der sechs etablierten afghanischen Organisationen in Pakistan arbeiten mit Jargan zusammen, aber die „Fundamentalisten" lehnen ihn als selbsternannte Versammlung ohne Bedeutung ab. Innen in Afghanistan beginnt man, eine neue Administration aufzubauen aus den Führern, die wirklich an der Spitze des Widerstandskampfes stehen. Sie befürworten die Zusammenarbeit mit allen, die sich der sowjetischen Invasion widersetzen.



Die Tretminen sehen aus wie Frösche. Sie werden vom Hubschrauber in einem „Ball mit vielen Türen" hinuntergeworfen. Die Türen öffnen sich über dem Boden und aus jeder der Türen werden drei Minen aus Kunststoff oder aus Leichtmetall herausgeschleudert; manchmal sind sie in Chemikalien getränkt, die schwere Ätzungen auf der Haut verursachen.

Anfang Februar versuchten die Sowjets und die Regierungstruppen Mochbel einzunehmen. Sie setzten mehrere hundert Fahrzeuge und Kampfhubschrauber in einer großen Offensive ein.

Die Bevölkerung versteckte sich in Berghöhlen, trotz des kalten Winters. Zwischen 5000 und 7000 Mann führten einen erbitterten Kampf gegen die Eindringlinge; Mann gegen Mann, die leichtbewaffneten Partisanen stürmten zu Fuß gegen die Fahrzeugkolonnen. Einige hatten panzerbrechende Waffen.

Sie töteten Kinder

Die Taktik der Russen ist, die Angriffe auf die Häuser der Bürgermeister und die Schulen zu konzentrieren, die oft als Hauptquartiere oder Treffpunkte der Widerstandskämpfer fungieren. So will man das Volk spalten und die natürlichen Führer isolieren.

Einer dieser Führer ist Gulpai Khan. Während der Offensive gegen Mochbel wurde sein Haus heftig angegriffen. Wir trafen ihn in den Ruinen seines Hauses.

„Als die sowjetischen Truppen hierherkamen, hielten viele Fahrzeuge an unserem Haus an. Wir sagten den Kindern, sie sollten das Haus nicht verlassen, da wir umzingelt waren. Sie schossen auf uns unten vom Tal her, und wir verließen das Haus, um das Feuer erwi-

auf der Haut verursachen.

Anfang Februar versuchten die Sowjets und die Regierungstruppen Mochbel einzunehmen. Sie setzten mehrere hundert Fahrzeuge und Kampfhubschrauber in einer großen Offensive ein.

Die Bevölkerung versteckte sich in Berghöhlen, trotz des kalten Winters. Zwischen 5000 und 7000 Mann führten einen erbitterten Kampf gegen die Eindringlinge; Mann gegen Mann, die leichtbewaffneten Partisanen stürmten zu Fuß gegen die Fahrzeugkolonnen. Einige hatten panzerbrechende Waffen.

Sie töteten Kinder

Die Taktik der Russen ist, die Angriffe auf die Häuser der Bürgermeister und die Schulen zu konzentrieren, die oft als Hauptquartiere oder Treffpunkte der Widerstandskämpfer fungieren. So will man das Volk spalten und die natürlichen Führer isolieren.

Einer dieser Führer ist Gulpai Khan. Während der Offensive gegen Mochbel wurde sein Haus heftig angegriffen. Wir trafen ihn in den Ruinen seines Hauses.

„Als die sowjetischen Truppen hierherkamen, hielten viele Fahrzeuge an unserem Haus an. Wir sagten den Kindern, sie sollten das Haus nicht verlassen, da wir umzingelt waren. Sie schossen auf uns unten vom Tal her, und wir verließen das Haus, um das Feuer erwi-
dern zu können.

Da kam Artilleriefeuer von woanders her und schlug im Haus ein. Drei Kinder starben. Dann kamen Hubschrauber und warfen Brandbomben. Die übrigen zwei Kinder liefen aus dem Haus heraus und wurden auch getötet. Außerdem wurden mehr als zehn Haustiere getötet und Ausrüstung für eine halbe Million Afs zerstört (1 DM = ca. 23 Afs).

In dem niedergebrannten Haus lag der Koran in Tuch eingewickelt. Er war nicht verbrannt, und das Glas, worauf er lag, war nicht gesprungen. Das Volk sah dies als Zeichen für Allahs Größe an und als Beweis für die Gerechtigkeit ihres Kampfes."

Sieben feindliche Fahrzeuge wurden erobert, weitere sechs wurden zerstört, doch vom Feind geborgen. Die Schlacht um das Mochbel-Tal dauerte sieben Tage, dann waren die Invasionstruppen in ihre Quartiere in Khowst, der Hauptstadt der Paktia-Provinz, zurückgetrieben.

Nach den Kämpfen führte man die Familien über die Grenze nach Pakistan. Zwei Kinder starben in der strengen Kälte. Einige der zerstörten Fahrzeuge wurden auseinandergenommen und zerlegt über die Grenze getragen, um sie u.a. zur Herstellung von Waffen zu verwenden.

Spuren von Angriffen

Das erste Gebäude, auf das wir unten im Tal treffen, ist ein Schuppen, der früher einige kleine Geschäfte beherbergte. Jetzt sind nur noch die verkohlten Holzwände übrig.

Auf einem Berghang vor uns zeigte einige verstreute Höfe. Dort zeigte man uns Spuren von den Angriffen der Kampfhubschrauber – u.a. eine Bombe, die nicht detoniert war. Tief in den Boden eingedrungen, mit den Heckflossen über dem Boden, hing sie noch immer als Bedrohung über dem Hof. Jeden Augenblick konnte sie explodieren, und keiner wußte, wie sie zu entschärfen war. Vielleicht könnte man sie sprengen, indem man sie durch ein Kamel an einem langen Seil heraufziehen ließ?

Wir aßen Mittag im Dorf – ein einfaches Mittagessen aus Hirsebrei und zerlassenem Hammelfett. Die Gastfreundschaft war groß, wie überall, wohin wir kamen. Aber wir bemerkten, daß der Führer unserer Gruppe für die Bewirtung bezahlte. Die Widerstandsbewegung fällt der Bevölkerung nicht zur Last.

Die Sägen stehen still

Um die Höfe herum liegen kleine künstlich bewässerte Ackerflächen mit frischem Gemüse. An den steinigen Berghängen wächst ein schütterer Wald aus Sandelbäumen. Der Holzabbau ist der wichtigste Wirtschaftszweig in dieser Gegend.

Resul Khan ist einer unser Begleiter, ein einflußreicher Mann in seinem Dorf.

„Wir hatten ein gutes Heim, Äcker und auch Autos, mit denen wir Holzstämme zum Verkauf nach Kabul fuhren. Dies alles haben wir verlassen, um in Zelten und Hütten auf der anderen Seite der Grenze zu wohnen. Aber wir werden um unser Land kämpfen, bis der Feind vertrieben ist. Ich bitte Euer Land, uns zu helfen, damit wir siegen können und ein besseres Leben schaffen als vorher."

Der Krieg hat Probleme für die Holzwirtschaft geschaffen. Das mo-

man sie sprengen, indem man sie durch ein Kamel an einem langen Seil heraufziehen ließ?

Wir aßen Mittag im Dorf – ein einfaches Mittagessen aus Hirsebrei und zerlassenem Hammelfett. Die Gastfreundschaft war groß, wie überall, wohin wir kamen. Aber wir bemerkten, daß der Führer unserer Gruppe für die Bewirtung bezahlte. Die Widerstandsbewegung fällt der Bevölkerung nicht zur Last.

Die Sägen stehen still

Um die Höfe herum liegen kleine künstlich bewässerte Ackerflächen mit frischem Gemüse. An den steinigen Berghängen wächst ein schütterer Wald aus Sandelbäumen. Der Holzabbau ist der wichtigste Wirtschaftszweig in dieser Gegend.

Resul Khan ist einer unser Begleiter, ein einflußreicher Mann in seinem Dorf.

„Wir hatten ein gutes Heim, Äcker und auch Autos, mit denen wir Holzstämme zum Verkauf nach Kabul fuhren. Dies alles haben wir verlassen, um in Zelten und Hütten auf der anderen Seite der Grenze zu wohnen. Aber wir werden um unser Land kämpfen, bis der Feind vertrieben ist. Ich bitte Euer Land, uns zu helfen, damit wir siegen können und ein besseres Leben schaffen als vorher."

Der Krieg hat Probleme für die Holzwirtschaft geschaffen. Das mo-
derne aus Deutschland stammende Sägewerk in Jaji steht still. Der Mangel an Holz und Bäumen hat den Preis für Holz in Kabul von 12 Afs für sieben Kilo vor dem Krieg auf 60 Afs heutzutage getrieben. Gleichzeitig sind die Einkommen der Bevölkerung unverändert (nur die Löhne der Offiziere sind von 4000 – 5000 Afs im Monat auf das Doppelte gestiegen).

Kein Holz an Karmal

„Wir waren Holzverkäufer und fuhren unsere Produkte nach Kabul. So verdienten wir viel Geld", berichtet Lajmur Khan im Dorf Marichel, wo wir nach einem Tagesmarsch in steinigem Gelände übernachteten. „Aber wenn wir jetzt nach Kabul kommen, fangen sie uns und arrestieren uns. Deshalb können wir unseren Handel nicht fortsetzen. Sie sind ungläubig und kennen deshalb keine Gnade mit uns."

Eine andere Begründung gab uns Khial Jan, Dorfschullehrer. „Wir wollen unser Holz nicht nach Kabul fahren, da wir im Krieg mit dem Karmal-Regime stehen und eine islamische Regierung in Afghanistan errichten wollen."

Man wollte uns den Eindruck vermitteln, daß alles normale Leben durch den Krieg verhindert wird, daß kein Holzabbau mehr möglich ist. Aber so einfach ist offenbar die Wahrheit nicht. Als wir in der Nacht nach Marichel fuhren, passierten wir drei mit Holzstämmen vollbeladene Lastwagen. Auf die Frage, wohin sie sollten, bekamen wir keinen Bescheid. „Geringe Mengen Holz werden über die Grenze nach Pakistan transportiert", war die einzige Antwort.

Einige Tage später fuhren wir mit dem Bus über einige Dörfer in der Provinz Paktia. Der Chauffeur war erst kürzlich von Kabul zurückgekommen und konnte uns über die dortige Lage berichten: „Die Regierung zieht die jungen Männer in der Nacht mit Gewalt in die Armee ein. An einem Abend warteten sie vor einem Kino und zwangsrekrutierten alle Männer unter den Zuschauern. Nicht nur die jungen Männer, sondern alle Männer, die sie finden, ohne zu fragen, ob sie bereits ihren obligatorischen Militärdienst absolviert haben. Sie dringen auch in die Häuser ohne Erlaubnis ein. Sie haben Moscheen zerstört und sie sind Feinde unserer Religion.

In den Stadtteilen Kartinao und Kutesingi hört man jede Nacht Schüsse. Die meisten Männer sind Mudjahedin, und unser Volk ist der Meinung, daß sie sich für eine große Idee opfern. Das Volk in Afghanistan ebenso wie die, die das Land verlassen haben, wollen ein islamisches Regime haben. Alle Menschen in Kabul sagen, daß die Sowjets sofort das Land verlassen müssen."

Als wir wieder hinauf, der Grenze zu, gingen, kamen wir bei einer Scheune an einem Mann und einem Jungen vorbei. Der Mann sagte zu unseren Begleitern, er sei froh darüber, Russen bei ihnen zu sehen, aber bald bekam er mit, daß wir Journalisten aus dem Westen waren. Als wir weitergehen wollten, kamen einige Männer hinzu, die der Junge geholt hatte. Sie hatten sich in einem Hinterhalt versteckt, und kamen jetzt hervor, als sie hörten, daß wir keine Russen waren.

Unsere Begleiter berichteten, daß sich zwei deutsche Journalisten nach Afghanistan ohne Begleitung von Mudjahedin hineinbegeben hätten. Sie wurden für Russen gehalten und getötet. Mehrere Journalisten sind auf dieselbe Weise in der Umgebung von Kabul getötet worden.

In dem feuchten Nieselregen schleppten wir uns den Bergkamm hinauf. Wir sind in die regenreiche Frühlingsperiode hineingekommen, wo der Schnee schmilzt und die Pflanzen zu sprießen beginnen.

Während des Winters waren die Verhältnisse für die Mudjahedin schwierig. Es kam zu Gefechten, aber im



sich zwei deutsche Journalisten nach Afghanistan ohne Begleitung von Mudjahedin hineinbegeben hätten. Sie wurden für Russen gehalten und getötet. Mehrere Journalisten sind auf dieselbe Weise in der Umgebung von Kabul getötet worden.

In dem feuchten Nieselregen schleppten wir uns den Bergkamm hinauf. Wir sind in die regenreiche Frühlingsperiode hineingekommen, wo der Schnee schmilzt und die Pflanzen zu sprießen beginnen.

Während des Winters waren die Verhältnisse für die Mudjahedin schwierig. Es kam zu Gefechten, aber im



Nicht-explodierte russische Granate.

Großen und Ganzen hatte der Feind die Initiative. Wenn der Schnee weg ist und der Regen aufhört, wird sich die Lage verändern.

Russisches Skelett

Naß und dampfend vom anstrengenden Marsch passieren wir den Gipfel. Einige hundert Meter auf der pakistanischen Seite liegen die Skelette zweier russischer Soldaten. Eindringlinge oder erschossene Kriegsgefangene? Die Antwort werden wir wohl nicht bekommen.

Ein Stück weiter hinunter sehen wir die ersten Lehmhäuser. Einfache Behausungen für Flüchtlinge, die von den pakistanischen Behören nicht registriert sind, und die in keiner Statistik auftauchen.

Offiziell gibt es über 1,6 Mio. Flüchtlinge in Pakistan und eine weitere halbe Million im Iran. Jeder siebte Afghane ist gezwungen worden, sein Land zu verlassen.

Wir haben einige Tage im vom Krieg heimgesuchten Afghanistan verbracht und mehr über die Bedingungen des Widerstandskampfes erfahren. Als wir wieder zurück nach Parachinar kamen, trafen wir den Chef des Hauptquartiers der Organisation, Inzergol: „Kommt in einem Monat zurück, dann beginnen harte Kämpfe im ganzen Land", sagte er.

Parlamentswahlen und Politik der Einheitsfront

löh. Woher rührt das Abschneiden des KBW in Frankfurt, fragt w.s. in seinem Leserbrief (KVZ 17, S. 4), in Kritik an meinem Artikel zum Ausgang der Hessischen Kommunalwahlen (KVZ 14/81, S. 3), in dem auf diese Frage nicht eingegangen werde, sondern nur die Tatsache der 308 Stimmen für den KBW erwähnt wird, wogegen es bei der letzten Kommunalwahl 800 waren. Wie andere Genossen auch, meine ich, daß wir unsere bisherige Praxis in den Parlamentswahlen kritisch überprüfen müssen, d.h. die Taktik der eigenständigen Kandidatur des KBW. Wir müssen überprüfen, ob das schlechte Abschneiden bei den Kommunalwahlen in Frankfurt und allgemein bei vorangegangenen Wahlen nicht auch seine Ursachen hat in der eigenständigen Kandidatur selbst und der damit verbundenen Politik. Dies muß im Zusammenhang geschehen mit einer sorgfältigen Auswertung der Ergebnisse der Bündnispolitik, die wir bekanntlich in den Hessischen Kommunalwahlen versucht haben (1), ähnlich wie jetzt in Westberlin.

Gesichtspunkte unserer Politik in den Hessischen Kommunalwahlen

Daß wir in Hessen angestrebt haben, in Wahlbündnissen zu kandidieren, war nicht verbunden mit einer Untersuchung und Kritik unserer früheren Politik zu dieser Frage, sondern indirekt ein Ergebnis der V. ordentlichen DK des KBW und der geleisteten Kritik am Sektierertum. Auch haben wir keine konkrete Untersuchung der konkreten Situation vorgenommen, was aber unserer Erfahrung nach wesentliche Voraussetzung ist, um in Wahlen eine korrekte Politik der Einheitsfront zu machen.

Zu Beginn des Wahlkampfes war ein Teil der Genossen der Meinung, daß wir auf Grundlage der „Resolution zur Lage, zu den Programmpunkten und zur Taktik“ vom 6.10.79 (2) Wahlbündnisse anstreben sollten. Diese Meinung ging an der Wirklichkeit vorbei. Unabhängig davon, wie man heute die Resolution in ihrer Gesamtheit und im einzelnen sieht, war jedenfalls sicher, daß auf dieser Grundlage keine Bündnisse zustande kommen werden. Die subjektiven Bedingungen waren nicht vorhanden, unser Einfluß und die Stellung der verschiedenen politischen Kräfte. Vor allem aber war die Resolution nicht für die Hessischen Kommunalwahlen geschrieben, also für diesen Zweck kein konkretes Mittel, obzwar einige Elemente in der Resolution enthalten sind, die es uns besser ermöglichten, auf der Ebene der Städte Politik zu machen. Es ist dann verschiedentlich, heute meine ich zurecht, kritisiert worden, daß die Festlegung „Wahlbündnisse auf Grundlage der Resolution“ uns behindert, eine wirkliche Politik der Einheitsfront zu entfalten, und im Ergebnis darauf hinauslaufen werden, wieder bei einer Kandidatur des KBW zu landen.

Ohne konkrete Vorstellung über die Situation hatten wir dementsprechend auch bloß einen schwachen Begriff von den Kräften, mit denen wir eine Ein-

aussetzung ist, um in Wahlen eine korrekte Politik der Einheitsfront zu machen.

Zu Beginn des Wahlkampfes war ein Teil der Genossen der Meinung, daß wir auf Grundlage der „Resolution zur Lage, zu den Programmpunkten und zur Taktik“ vom 6.10.79 (2) Wahlbündnisse anstreben sollten. Diese Meinung ging an der Wirklichkeit vorbei. Unabhängig davon, wie man heute die Resolution in ihrer Gesamtheit und im einzelnen sieht, war jedenfalls sicher, daß auf dieser Grundlage keine Bündnisse zustande kommen werden. Die subjektiven Bedingungen waren nicht vorhanden, unser Einfluß und die Stellung der verschiedenen politischen Kräfte. Vor allem aber war die Resolution nicht für die Hessischen Kommunalwahlen geschrieben, also für diesen Zweck kein konkretes Mittel, obzwar einige Elemente in der Resolution enthalten sind, die es uns besser ermöglichten, auf der Ebene der Städte Politik zu machen. Es ist dann verschiedentlich, heute meine ich zurecht, kritisiert worden, daß die Festlegung „Wahlbündnisse auf Grundlage der Resolution“ uns behindert, eine wirkliche Politik der Einheitsfront zu entfalten, und im Ergebnis darauf hinauslaufen werden, wieder bei einer Kandidatur des KBW zu landen.

Ohne konkrete Vorstellung über die Situation hatten wir dementsprechend auch bloß einen schwachen Begriff von den Kräften, mit denen wir eine Ein-

heit anstreben müssen, weil sie in gewissem Umfang Repräsentanten bestimmter Bewegungen sind, wie wir in der Frage, auf welcher Grundlage können Wahlbündnisse hergestellt werden, unsicher waren. Letzteres muß sich m.E. hauptsächlich orientieren an den konkret existierenden Fronten zwischen den Volksmassen und dem Staat und eine Einheit zwischen der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung zum Ausdruck bringen. Jedenfalls meine ich nicht, daß große Programme vonnöten sind, eher klare Forderungen, die die *konkreten* Interessen der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung widerspiegeln. Welche Forderungen es im einzelnen sind, muß in jeder Wahl konkret neu entschieden werden und sich an den Umständen orientieren, unter denen diese Wahl stattfindet. So waren auch in den Hessischen Kommunalwahlen die Programme der Bündnisse von Ort zu Ort verschiedeen, entsprechend der konkreten Bedingungen.

Daß wir keine klare Vorstellung von den Kräften hatten, mit denen wir eine Einheit über bestimmte Punkte anstreben müssen, zeigt sich schon daran, daß wohl die wenigsten Genossen mit dem relativen Wahlerfolg der Grünen bzw. Bürgerinitiativen gerechnet haben, wie er dann tatsächlich eingetreten ist. (4) Die Grünen und Bürgerinitiativen sind von den wenigsten einfach als Parteiorganisation gewählt worden, mit ihren dementsprechenden Interessen, vielmehr als eine Art *Front*, die selbst Ausdruck bestimmter Klassenauseinandersetzungen zwischen den Volksmassen und dem Staat ist, so z.B. der Kämpfe gegen die Startbahn West, die Wiederaufbereitungsanlage, die Müllverbrennungsdeponie etc. Mit den Stimmen für die Grünen sollten die bürgerlichen Parteien geschwächt und die eigenen Interessen gestärkt werden, sollten die Bedingungen, die *Kräfteverhältnisse* zuungunsten des Staates und zugunsten der eigenen Forderungen verändert werden. Dabei ist es zunächst einmal ein untergeordneter Gesichtspunkt, daß sich diese Interessen in der Wahl der Grünen niedergeschlagen haben. Das ist bloß eine Erscheinung, an der man nicht kleben bleiben sollte, denn sie kann überwunden werden durch eine Politik der Einheitsfront, in deren Rahmen wir uns auch nur die Luft verschaffen können, ihre Weltanschauung prinzipiell zu kritisieren, wie die Massen die Möglichkeit der praktischen Erfahrungen haben als notwendige Voraussetzung, um den beschränkten Charakter der Grünen abzuschütteln. Wesentlich ist m.E. gerade auch in Überwindung und Korrektur unserer bisherigen Taktik und Vorstellung zu den Parlamentswahlen, daß die Massen offensichtlich davon ausgehen, mit den Wahlen Kräfteverhältnisse zu verändern und diese Veränderung im Parlament widerzuspiegeln. Und weiter, daß sich dies ausdrückt in Stimmen für Organisationen, die als Repräsentanten bestimmter Bewegungen, auch einer bestimmten Einheit, gelten. Gerade in den Zentren der Kämpfe, wo die Fronten am schroffsten offen liegen, war der Stimmanteil der Grünen und Bürgerinitiativen am höchsten und die Verluste der bürgerlichen Parteien am größten.

Wir hatten in den Wahlen unsere Politik mit dem Begriff „Wahlbündnisse links von der SPD“ umschrieben. Heute meine ich, daß dies zu gewissen Einseitigkeiten in der Hinsicht geführt hat, sich auf bestimmte Organisationen zu fixieren, daß dem ein verengter Begriff über die Politik der Einheitsfront zugrunde lag. Die Taktik der Einheitsfront ist in einem Land wie der BRD mit einer starken bürgerlichen Arbeiterpartei strategisch entscheidend, um die *Mehrheit* der Arbeiterklasse für die Proletarische Revolution zu gewinnen. Und die Mehrheit der Arbeiterklasse gewinnen schließt ein, daß keine schroffen Spaltungslinien in der Arbeiterbewegung produziert werden, etwa in einen kommunistischen Teil und einen sozialdemokratischen. Vielmehr muß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung für den Kommunismus gewonnen werden, ausgehend von und auf Basis ihrer sozialdemokratischen Vorstellungen. Dazu sind Einheitsfront und auch Kompromisse, um diese Einheitsfront herzustellen, erforderlich. Anders kann ich mir praktisch auch die Überwindung reformistischer Positionen in der Arbeiterbewegung nicht vorstellen, oder höchstens so, daß nur eine Minderheit für den Kom-

Kämpfe, wo die Fronten am schroffsten offen liegen, war der Stimmanteil der Grünen und Bürgerinitiativen am höchsten und die Verluste der bürgerlichen Parteien am größten.

Wir hatten in den Wahlen unsere Politik mit dem Begriff „Wahlbündnisse links von der SPD“ umschrieben. Heute meine ich, daß dies zu gewissen Einseitigkeiten in der Hinsicht geführt hat, sich auf bestimmte Organisationen zu fixieren, daß dem ein verengter Begriff über die Politik der Einheitsfront zugrunde lag. Die Taktik der Einheitsfront ist in einem Land wie der BRD mit einer starken bürgerlichen Arbeiterpartei strategisch entscheidend, um die *Mehrheit* der Arbeiterklasse für die Proletarische Revolution zu gewinnen. Und die Mehrheit der Arbeiterklasse gewinnen schließt ein, daß keine schroffen Spaltungslinien in der Arbeiterbewegung produziert werden, etwa in einen kommunistischen Teil und einen sozialdemokratischen. Vielmehr muß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung für den Kommunismus gewonnen werden, ausgehend von und auf Basis ihrer sozialdemokratischen Vorstellungen. Dazu sind Einheitsfront und auch Kompromisse, um diese Einheitsfront herzustellen, erforderlich. Anders kann ich mir praktisch auch die Überwindung reformistischer Positionen in der Arbeiterbewegung nicht vorstellen, oder höchstens so, daß nur eine Minderheit für den Kom-

munismus gewonnen wird, aber nicht die übergroße Mehrheit, was historisch z.B. in der Weimarer Republik zu schweren Niederlagen der Arbeiterbewegung geführt hat und dem Ansehen des Kommunismus schadete. (3)

Eine Politik der Einheitsfront muß von vorneweg die sozialdemokratischen Arbeiter einbeziehen können, ja eigentlich die Mehrheit der SPD. Ganz abgesehn davon, ob wir zum Zeitpunkt des Kommunalwahlkampfes große Möglichkeiten gehabt haben, eine solche Politik der Einheitsfront zu machen, war jedenfalls eine wichtige Schwäche unserer Politik, daß wir in die Auseinandersetzungen nicht die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung einbezogen haben, sondern diese „links“ liegen gelassen wurde. Das Ergebnis war, daß die SPD, was sich schon früh abzeichnetete, die Arbeiterbewegung nicht wird mobilisieren können, die Arbeiterbewegung außer der SPD keinen Bezugspunkt hatte und in gewissen Umfang ein Bruch der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung im Wahlergebnis zum Ausdruck kam. Wir hatten schon im letzten Artikel zu den Kommunalwahlen geschrieben, daß in den Arbeitervierteln die Stimmen für die Grünen am niedrigsten waren. Die Schlußfolgerung, die wir daraus ziehen können, besteht m.E. darin, daß wir auch in Wahlen die Politik der Einheitsfront so entfalten müssen, daß Bündnisse mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung möglich sind. Denn wenn die Grünen die Repräsentanten eines großen Teils der demokratischen Bewegung sind, ist die Sozialdemokratie schon lange Repräsentant der Arbeiterbewegung in Deutschland und der BRD. Und wenn wir Bündnisse mit den Grünen anstreben, sollte man die Möglichkeit der Bündnisse mit der SPD, bzw. deren Untergliederungen, keineswegs ausschließen. Jedenfalls meine ich, daß diese Frage aufgeworfen werden muß und nicht von vorneherein negiert werden kann.

Zurück zur Kandidatur des KBW in Frankfurt. Da in Frankfurt kein Bündnis zustande gekommen war, mußten wir die Frage entscheiden, ob wir als KBW kandidieren. Wir sind dabei von der Vorstellung ausgegangen, mit einer eigenständigen Kandidatur einen Bezugspunkt für die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung darzustellen und revolutionäre Propaganda besser entfalten zu können. Das Wahlergebnis zeigt, daß wir keinen Bezugspunkt für die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung in der Wahl darstellten, und eine revolutionäre Propaganda hätten wir sicherlich auch ohne eine eigenständige Kandidatur entfalten können. Sicherlich spielt für das Wahlergebnis unsere Politik als KBW eine Rolle. M.E. ist dies aber nicht der einzige Grund für das schlechte Wahlergebnis. Weder kann man sagen, daß die Grünen, die ins Parlament gekommen sind, in irgendwelchen Bewegungen am Ort größer repräsentiert wären, schon gar nicht an

ßen Teils der demokratischen Bewegung sind, ist die Sozialdemokratie schon lange Repräsentant der Arbeiterbewegung in Deutschland und der BRD. Und wenn wir Bündnisse mit den Grünen anstreben, sollte man die Möglichkeit der Bündnisse mit der SPD, bzw. deren Untergliederungen, keineswegs ausschließen. Jedenfalls meine ich, daß diese Frage aufgeworfen werden muß und nicht von vorneherein negiert werden kann.

Zurück zur Kandidatur des KBW in Frankfurt. Da in Frankfurt kein Bündnis zustande gekommen war, mußten wir die Frage entscheiden, ob wir als KBW kandidieren. Wir sind dabei von der Vorstellung ausgegangen, mit einer eigenständigen Kandidatur einen Bezugspunkt für die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung darzustellen und revolutionäre Propaganda besser entfalten zu können. Das Wahlergebnis zeigt, daß wir keinen Bezugspunkt für die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung in der Wahl darstellten, und eine revolutionäre Propaganda hätten wir sicherlich auch ohne eine eigenständige Kandidatur entfalten können. Sicherlich spielt für das Wahlergebnis unsere Politik als KBW eine Rolle. M.E. ist dies aber nicht der einzige Grund für das schlechte Wahlergebnis. Weder kann man sagen, daß die Grünen, die ins Parlament gekommen sind, in irgendwelchen Bewegungen am Ort größer repräsentiert wären, schon gar nicht an

führender Stelle, noch kann man sagen, daß der politische Einfluß des KBW so klein ist, wie er in den 308 Stimmen zum Ausdruck kommt. Eher muß man den Widerspruch sehen, daß, solange der KBW sich an Parlamentswahlen beteiligt, die Stimmergebnisse immer weit unter dem wirklichen politischen Einfluß lagen.

In den Landtagswahlen 1974 in Hessen haben wir das erste Mal kandidiert. Man kann wahrlich nicht sagen, daß wir in kämpfenden Bewegungen isoliert gewesen wären, sondern wir kamen gerade aus diesen und haben als Kommunisten darin gearbeitet. Wir bekamen 2700 Stimmen. Wir hatten mit wesentlich mehr gerechnet, weil wir dachten, unser politischer Einfluß würde sich in der Wahl für den KBW widerspiegeln. Das war überhaupt nicht der Fall. Z.B. haben wir zum damaligen Zeitpunkt in Hessen 8000 KVZ verkauft. Die schlechten Stimmergebnisse müssen einen Zusammenhang mit unserer eigenständigen Kandidatur selbst haben und damit, daß diese von den Massen nicht unterstützt wird.

Abstrakte Propaganda oder konkrete revolutionäre Politik?

Lenin hat in der Auseinandersetzung mit den „linken“ Kommunisten in Deutschland, Anfang der 20er Jahre, die Position einer Nichtbeteiligung der Kommunisten an den Parlamentswahlen kritisiert und sich entschieden für eine solche Beteiligung ausgesprochen. (5) Er hat gleichzeitig keinen Zweifel daran gelassen, daß es eine konkrete Frage der konkreten Situation ist, in welcher Form diese Wahlbeteiligung geschehen soll. Zum selben Zeitpunkt hat er nämlich den englischen Kommunisten vorgeschlagen, ein Bündnis mit der sozialdemokratischen Partei, der Labour Party, einzugehen, und, wenn das nicht klappen sollte, zu ihrer Wahl aufzurufen. (6) Es ging ihm dabei anscheinend vor allem um die Entwicklung der englischen Arbeiterklasse zur selbständigen politischen Partei, die notwendigerweise verbunden sein mußte mit der Förderung der Einsicht, daß die Labour Party dies nicht ist, vor allem nicht ihre Führung.

Mir kommt es hier nur darauf an, zu zeigen, daß, wenn eine Wahlbeteiligung der Kommunisten richtig ist, keineswegs eine selbständige Parteikandidatur geschlußfolgert werden kann, sondern die Form der Wahlbeteiligung von den konkreten Umständen abhängt, die wir selbst analysieren und einschätzen müssen.

Richtigerweise gingen wir davon aus, daß der Parlamentarismus bei den Massen nicht erledigt ist. M.E. fälschlicherweise gingen wir aber weiter davon aus, in den einzelnen Dokumenten mehr oder minder ausgeprägt, daß das kommunistische Programm zur Abstimmung stehen würde, daß der Wahlkampf einfach ein Propagandafeldzug für den Kommunismus sei, der an den Kräfteverhältnissen nichts rüt-

(5) Er hat gleichzeitig keinen Zweifel daran gelassen, daß es eine konkrete Frage der konkreten Situation ist, in welcher Form diese Wahlbeteiligung geschehen soll. Zum selben Zeitpunkt hat er nämlich den englischen Kommunisten vorgeschlagen, ein Bündnis mit der sozialdemokratischen Partei, der Labour Party, einzugehen, und, wenn das nicht klappen sollte, zu ihrer Wahl aufzurufen. (6) Es ging ihm dabei anscheinend vor allem um die Entwicklung der englischen Arbeiterklasse zur selbständigen politischen Partei, die notwendigerweise verbunden sein mußte mit der Förderung der Einsicht, daß die Labour Party dies nicht ist, vor allem nicht ihre Führung.

Mir kommt es hier nur darauf an, zu zeigen, daß, wenn eine Wahlbeteiligung der Kommunisten richtig ist, keineswegs eine selbständige Parteikandidatur geschlußfolgert werden kann, sondern die Form der Wahlbeteiligung von den konkreten Umständen abhängt, die wir selbst analysieren und einschätzen müssen.

Richtigerweise gingen wir davon aus, daß der Parlamentarismus bei den Massen nicht erledigt ist. M.E. fälschlicherweise gingen wir aber weiter davon aus, in den einzelnen Dokumenten mehr oder minder ausgeprägt, daß das kommunistische Programm zur Abstimmung stehen würde, daß der Wahlkampf einfach ein Propagandafeldzug für den Kommunismus sei, der an den Kräfteverhältnissen nichts rüt-

tele und die Stimmen kaum eine Rolle spielen. Aber wenn man auf der einen Seite anerkennt, daß der Parlamentarismus bei den Massen nicht erledigt ist, muß man sich andererseits darauf einstellen, daß die Massen davon ausgehen, Kräfteverhältnisse in und mit den Wahlen zu verändern, und zwar an bestimmten konkreten Punkten, zu umkämpften Tagesfragen. Im Grunde genommen ist das auch eine viel korrektere Vorstellung davon, wie das Parlament zu einer Tribüne des Klassenkampfes zu machen ist. Ich glaube, daß wir in unserer Praxis letztlich die richtige Einschätzung, daß der Parlamentarismus bei den Massen nicht erledigt ist, aufgegeben haben. Kaum anders ist zu erklären, warum wir davon ausgingen, das kommunistische Programm stünde zur Abstimmung und der Wahlkampf beschränke sich auf einen Propagandafeldzug für den Kommunismus. In den Wahlen muß natürlich u.a. auch Propaganda für den Kommunismus gemacht werden. Eine konkrete revolutionäre Politik muß aber die Bedingungen berücksichtigen, unter denen sich eine solche revolutionäre Propaganda entfalten muß und Vorstellungen entwickeln, wie das bei den Massen überhaupt greifen kann. So wie die Dinge liegen, geht das m.E. in den Parlamentswahlen nur über den Weg, daß wir die konkreten, unmittelbaren Interessen der Massen unterstützen und unsererseits alles tun, daß Vertreter solcher Positionen ins Parlament kommen, unabhängig davon, ob es nun Kommunisten sind oder nicht. Daß dies keineswegs eine eingeschränkte Politik ist, sondern eine revolutionäre Politik unter konkreten Bedingungen, sieht man auch darin, daß dies doch die einzige Möglichkeit sein wird, daß der Parlamentarismus tatsächlich durch die Massen überwunden und politisch erledigt wird. Dazu muß man ja erst die Erfahrung gemacht haben, daß letztenendes die eigenen Interessen über das Parlament nicht zum Ausdruck gebracht werden können, weil es nur eine Form der politischen Herrschaft der Bourgeoisie ist, und diese Herrschaft aber selbst in Frage gestellt werden muß.

Keine richtige Konsequenz wäre es, würden wir nun zukünftig zwar als KBW, halt nur unter eingeschränkteren Forderungen, kandidieren. Denn offensichtlich ist es so: Wenn Teile der Massen ihre Stimmen nicht mehr bürgerlichen Parteien geben, sondern Kräften links davon, so bezieht sich dies auf solche Kräfte, die eine bestimmte Front in der Klassenauseinandersetzung repräsentieren. Und Fronten in solchen Kämpfen sind immer bestimmte Formen von Einheitsfronten, in denen man sich auf bestimmte Forderungen einigt und die Differenzen der Einheit unterordnet. Dies ermöglicht ja überhaupt erst eine maximale Breite der Einheit, bis hin zur Sozialdemokratie. Und es ist klar, wenn man bestimmte Interessen und Forderungen in Parlamentswahlen zum Ausdruck bringen will, daß man sich dann auf diejenigen bezieht, die sie vermeintlich oder tatsächlich repräsentieren, zumal ja auch in einem breiten Wahlbündnis die Möglichkeit, ins Parlament zu kommen, besser ist als in einem kräftemäßig eingeschränkten. Wir müssen nicht nur in Wahlen alles tun, damit

den und politisch erledigt wird. Dazu muß man ja erst die Erfahrung gemacht haben, daß letztenendes die eigenen Interessen über das Parlament nicht zum Ausdruck gebracht werden können, weil es nur eine Form der politischen Herrschaft der Bourgeoisie ist, und diese Herrschaft aber selbst in Frage gestellt werden muß.

Keine richtige Konsequenz wäre es, würden wir nun zukünftig zwar als KBW, halt nur unter eingeschränkteren Forderungen, kandidieren. Denn offensichtlich ist es so: Wenn Teile der Massen ihre Stimmen nicht mehr bürgerlichen Parteien geben, sondern Kräften links davon, so bezieht sich dies auf solche Kräfte, die eine bestimmte Front in der Klassenauseinandersetzung repräsentieren. Und Fronten in solchen Kämpfen sind immer bestimmte Formen von Einheitsfronten, in denen man sich auf bestimmte Forderungen einigt und die Differenzen der Einheit unterordnet. Dies ermöglicht ja überhaupt erst eine maximale Breite der Einheit, bis hin zur Sozialdemokratie. Und es ist klar, wenn man bestimmte Interessen und Forderungen in Parlamentswahlen zum Ausdruck bringen will, daß man sich dann auf diejenigen bezieht, die sie vermeintlich oder tatsächlich repräsentieren, zumal ja auch in einem breiten Wahlbündnis die Möglichkeit, ins Parlament zu kommen, besser ist als in einem kräftemäßig eingeschränkten. Wir müssen nicht nur in Wahlen alles tun, damit

solche Einheitsfronten aus den gegenwärtig existierenden Ansätzen entstehen, sondern uns dabei auch in der gegenwärtigen Situation vor allem bewähren in der Herstellung der Verbindung der Arbeiterbewegung mit der demokratischen Bewegung.

---

(1) Siehe dazu: Kommunismus und Klassenkampf 3/81, Kommunalwahlen in Hessen, S. 64 ff.
(2) Kommunismus und Klassenkampf 9/80, S. 46 ff.
(3) siehe dazu: Kampf um das Programm der Revolution in Deutschland. Der Weg der KPD.
(4) Die Wahlergebnisse hatte ich im einzelnen schon aufgeführt in KVZ 14/81, S. 3. Die Grünen bekamen im Landesmaßstab 130000 Stimmen, daß entspricht 4,3%.
(5) Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, S. 48 ff., Peking 1973
(6) ebenda, S. 78 ff.
(7) Man kann natürlich nicht alle Dokumente des KBW über einen Leisten schlagen. Sie sind unterschiedlich und setzen verschiedene politische Schwerpunkte. Es hat jetzt keinen Sinn, in einzelnen zu den verschiedenen Dokumenten Stellung zu nehmen. Ich will die m.E. wichtigsten erwähnen: Die Aufgaben des KBW im Wahlkampf in Hessen, Kommunismus und Klassenkampf 3/74, S. 192 ff. Einige Erfahrungen aus dem Landtagswahlkampf in Hessen, Kommunismus und Klassenkampf 1/75 S. 74 ff. Auswertung der Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Dokumente des ZK des KBW, Kühl-Verlag, S. 15 ff. Februar 1976. Materialien zur Auseinandersetzung in der marxistisch-leninistischen Bewegung Westdeutschlands, Februar 1976, Verlag Kühl. 1. außerordentliche DK. des KBW, Referat des Sekretärs des ZK, März 1976. Beschluß des ZK des KBW zu den Bundestagswahlen, Kommunismus und Klassenkampf 9/80, S. 30 ff.

Sowjetunion verstärkt ihre militärische Präsenz in Kampuchea

lup. Die Sowjetunion hat in Unterstützung der vietnamesischen Aggression gegen Kampuchea ihre eigene militärische Präsenz im Verlauf des vergangenen Jahres zunehmend verstärkt. Angaben der japanischen Zeitung ,,Mainichi Shimbun" zufolge erreicht die Zahl der sowjetischen Berater im März diesen Jahres 500, 250% mehr als noch ein Jahr zuvor. Die sowjetischen Berater sind unter anderem damit beschäftigt, ein militärisches Kommunikationsprojekt im Westen Kampucheas aufzubauen, und sowjetische Transportflugzeuge organisieren den Nachschub der vietnamesischen Aggressionstruppen. Ungefähr 300 sowjetische Berater bauen den kampucheanischen Tiefseehafen Kompong Som aus, um der sowjetischen Flotte neben dem vietnamesischen Hafen Da Nang einen weiteren Stützpunkt in den südostasiatischen Gewässern zu sichern. Im Oktober letzten Jahres hatte bereits der sowjetische Flugzeugträger Minsk für einige Zeit in Kompong Som angelegt, nachdem er eine Zeitlang im Golf von Siam in der Nähe der thailändischen Territorialgewässer gekreuzt war. Zwei weitere sowjetische Kriegsschiffe haben Kompong Som im letzten Dezember aufgesucht.

Die kampucheanischen Guerillastreitkräfte haben im Verlauf der gegenwärtigen Regenzeit drei große neue Kampfgebiete im Norden und Westen des Landes eröffnet und ihre Aktivitäten auf fast alle Teile des Landes ausgedehnt, erklärte der Außenminister des Demokratischen Kampuchea, Ieng Sary, während eines Staatsbesuchs in Ägypten. Khieu Samphan erklärte anläßlich des 6. Jahrestages der Befreiung Kampucheas am 17. April 1975, Guerillastreitkräfte würden zunehmend in das Gebiet um die historischen Monumente bei Angkor Wat eindringen und immer wieder die Nationalstraße 6 unterbrechen, die Phnom Penh mit Angkor Wat verbindet. Diese Angabe bestätigte kürzlich ein Reporter der ,,Neuen Zürcher Zeitung" aus Phnom Penh. Es sei zunehmend schwieriger, Besuchserlaubnisse für verschiedene Teile Kampucheas von den Behörden in Phnom Penh zu erhalten, und die Monumente bei Angkor Wat seien nicht mehr über die Route entlang der Nationalstraße 6, sondern nur noch über eine längere Route entlang der Nationalstraße 5 südlich des Tonle Sap zu erreichen. Vor allem in den ländlichen Gebieten würden die Guerillastreitkräfte in großem Umfang operieren, was nur durch die Unterstützung der ,,Roten Khmer" durch die Dorfbevölkerung erklärt werden könne.

Ein vietnamesisches Motorboot auf dem Mekong in Zentral-Kampuchea wurde am 11. April durch einen Angriff der Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea versenkt, wobei 11 vietnamesische Soldaten getötet wurden, berichtetete der Rundfunksender des Demokratischen Kampuchea am 18. April. Es war dies der erste erfolgreiche Angriff der kampucheanischen Streitkräfte von dieser Größenordnung im Zentrum Kampucheas.

Begins und Haddads Krokodilstränen im ZDF

chm. Am Donnerstag Abend hatten der israelische Ministerpräsident Begin und sein Lakai, Major Haddad, einen denkwürdigen Auftritt im Zweiten Deutschen Fernsehen: Mit Leichenbittermiene trat Begin vor die versammelten Journalisten und erklärte, man müsse unbedingt die Zivilisten im Libanon schonen. Es ist wohl selten solch ein Zynismus im ZDF zu sehen gewesen: Mitten im Krieg, den Israel gegen die Palästinenser und die Libanesen nicht nur im Südlibanon, sondern im ganzen Libanon führt, tritt der Oberbefehlshaber der israelischen Armee auf und redet von Schonung und von Zivilbevölkerung. Auf der Sitzung des israelischen Generalstabs, die am Dienstag in seiner Anwesenheit stattfand, hatte Begin nichts einzuwenden gegen die Forderung des stellvertretenden Kriegsministers Zippori, nun endlich ,,härtere Maßnahmen" im Libanon zu ergreifen. Die israelischen Angriffe über Ostern gegen den Libanon waren die bisher schärfsten seit dem 5. Nahostkrieg von 1978, wo sie mit 30000 Soldaten in den Südlibanon einmarschiert sind.

Die israelischen Truppen versuchen mit allen Mitteln, den Stützpunkt der palästinensischen Freiheitskämpfer, die Kreuzritterburg Beaufort Castle zu stürmen. Beaufort Castle liegt mitten in der südlibanesischen Ebene. Das gesamte Nordgaliläa ist von dort einzusehen und auch mit Raketen erreichbar. Sie ist entscheidend für die Verteidigung des gesamten Süden des Libanon sowohl gegen die israelischen Truppen als auch gegen die Milizen Haddads. Von dort aus können aber auch Angriffe aus den israelischen Wehrdörfern in Nordgaliläa zurückgeschlagen werden. Jetzt hat Haddad Israel aufgefordert, endlich was zu unternehmen gegen diese strategisch günstige Stellung der PLO. Seit dieser Aufforderung haben sie ihre Luftangriffe gegen Beaufort Castle und die umliegenden Dörfer und Flüchtlingslager Nabatiyeh und Rashidiyeh verstärkt.

In dem Abschlußkommuniqué der 15. Sitzung des Palästinensischen Nationalrates, die am 19.4. in Damaskus zu Ende ging, ist von der ,,äußersten Ernsthaftigkeit der gegenwärtigen Umstände im Libanon für die PLO" die Rede. Das Dokument betont die Bedeutung des Bündnisses sowohl mit Syrien als auch mit der libanesischen Nationalen Bewegung. Der Nationalrat hat den Beschluß des Exekutivkomitees bestätigt, die allgemeine Mobilmachung für alle Palästinenser auszurufen, die außerhalb ihrer Heimat leben. Er fordert auch die Unterstützung der anderen arabischen Staaten bei der Abwehr des jetzigen Angriffs, der auf die Vernichtung der palästinensischen Existenz im Zufluchtland Libanon abzielt.

Türkische Militärregierung verschärft Unterdrückung des kurdischen Volkes

chm. Die türkische Militärregierung hat im März eine Bilanz ihrer bisherigen Tätigkeit im Kampf gegen den Terrorismus ,,von rechts und links" veröffentlicht: 32537 Personen seien bisher verhaftet, 3453 politische Verbrechen seien aufgeklärt worden. 1893 davon bestehen im Verteilen von Flugblättern und Plakatieren, 202 Demonstrationen und 37 studentische Aktionen. Im März allein wurden 2352 Linke und 43 Rechte verhaftet. Die englischsprachige türkische Zeitung ,,Turkish Daily News" hat eine feste Rubrik ,,Law and Order", genauso wie sie eine Rubrik ,,Außenpolitik" und eine ,,Wirtschaft" hat. Eine Legitimierung finden die Generäle in den §§ 141 und 142 StGB, die mit Zuchthaus zwischen acht und fünfzehn Jahren jeden bestrafen, ,,wer in der Absicht, die Diktatur einer Gesellschaftsklasse über eine andere Gesellschaftsklasse zu errichten oder eine Gesellschaftsklasse zu unterdrücken oder die wirtschaftliche und soziale Grundordnung des Landes zu zerstören, Vereinigungen ... organisiert oder zu organisieren versucht oder die Tätigkeit solcher Vereinigungen reguliert oder befehligt oder leitet oder Instruktionen erteilt ... (§ 141, Abs. 2) ,,Mit Zuchthaus von einem bis drei Jahren wird bestraft, wer aus rassistischen Gründen und in der Absicht, die durch die Verfassung garantierten öffentlichen Rechte teilweise oder völlig zu beseitigen oder das Nationalgefühl zu unterdrücken oder zu schwächen, Vereinigungen organisiert ... usw. (s.o.) (§ 141, Abs. 4) ,,Das gleiche gilt für den, der für die o.g. Zwecke Propaganda in irgendeiner Form betreibt." (§ 142, Abs. 4) Skrupel, Gesetze zu verschärfen, hat die Militärregierung allerdings keine: So wurde in den letzten Tagen die Vorbeugehaft – per Gesetz – von 30 auf 90 Tage erhöht. 90 Tage ohne Rechtsanwalt, ohne Kontakt zu den Angehörigen, der Willkür der Folterknechte unter menschenunwürdigen Bedingungen ausgeliefert.

Mammutprozesse rollen an

Offensichtlich beginnt jetzt eine Phase von Mammutprozessen. So soll bald die Anklageerhebung gegen ca. 500 Mitglieder der seit September verbotenen Gewerkschaft DISK erfolgen. 309 Mitglieder sind im April verhaftet worden. In der vergangenen Woche wurde der Prozeß gegen die kurdische Organisation PKK (Kurdische Arbeiterpartei – nicht Kurdische Befreiungsfront, wie dies fälschlicherweise in KVZ 18/81 stand) eröffnet. 447 Angeklagte gibt es, von denen der Staatsanwalt behauptet, sie seien alle Mitglieder der PKK. Gegen 97 hat er die Todesstrafe gefordert. Es ist der erste einer Serie von 2331 geplanten Prozessen allein gegen die PKK.

Die Kurden – eine unterdrückte Nationalität in der Türkei

Schon am 20.9.80, eine Woche nach dem Militärputsch, schrieb die ,,WELT", daß in den kurdischen Gebieten täglich zwischen 400 und 500 Menschen verhaftet würden. Die Fußballstadien aller größeren kurdischen Städte waren überfüllt. Der Bau neuer Gefängnisse hatte schon begonnen. – In Türkisch-Kurdistan, geographisch fast identisch mit Südanatolien, lebt die Mehrheit der 9 Mio. Kurden, die es in der Türkei gibt. Sie sind Teil des in den vier Staaten Syrien, Iran, Irak und Türkei zersplitterten kurdischen Volkes. Türkisch-Kurdistan ist der ärmste und rückständigste Teil der Türkei. Es ist fast ausschließlich Agrargebiet. Die Mehrheit der Bevölkerung sind Bauern, teilweise noch in Stämmen organisiert, wo der Großgrundbesitzer zugleich Stammeshäuptling ist. Kurdische Arbeiter gibt es fast nur außerhalb Türkisch-Kurdistan, da 99% der türkischen Industrie in der mittleren und in der Westregion der Türkei konzentriert sind. Von den 1,4 Mio. türkischen Arbeitern in der BRD sind ca. 100000 kurdischer Abstammung. Sogar das Erdöl, das dort gefördert wird, wird im Westen raffiniert. Die Analphabetenrate liegt über 75%. Den Kurden ist es verboten, ihre eigene Sprache zu sprechen, die eigene Kultur und Geschichte zu pflegen. Beides fällt unter ,,separatistische Bestrebungen" und ist nach den §§ 141 und 142 strafbar. In den ersten fünf Pflichtjahren der Grundschule werden die kurdischen Kinder in türkische Internate gesteckt, damit aus ihnen türkische Patrioten werden. Schlimmer ist es allerdings für einen Kurden noch, kein türkisch zu können, weil er sonst keine Arbeit findet, außer auf dem Land, wo ein Bauer nicht mehr als 250 TL (= 6,90 DM) am Tag verdient.





Einheiten der verhaßten Konter-Guerilla – Jandarma

Die Militärs schüren den türkischen Chauvinismus

Jeder der drei Militärputsche hat den Kurden eine Verschärfung der Unterdrückung eingebrockt, immer mit dem Vorwurf des Separatismus begründet gegen die Einheit der türkischen Nation und des türkischen Staates. Im Gegensatz zur kurdischen nationalen Bewegung im Iran und Irak, die das Selbstbestimmungsrecht für das kurdische Volk im Rahmen des bestehenden Staatsgebietes fordert, ist eine Forderung der Mehrheit der sehr zersplitterten kurdischen Nationalbewegung in der Türkei die Unabhängigkeit. Manche Organisationen sehen danach die Perspektive in einer Föderation mit einer demokratischen Türkei, andere wiederum fordern die Ausgliederung aller vier kurdischen Teile aus dem Irak, dem Iran, Syrien und der Türkei und die Errichtung eines einheitlichen Kurdistan. Es ist schwierig, ein klares Bild von den vorhandenen Organisationen zu bekommen – es sind wohl insgesamt sechs. Schwierig ist es vor allem, ihren Einfluß unter den kurdischen Massen einzuschätzen. Als einzige scheint die PKK, auf die sich der Hauptangriff zur Zeit konzentriert, die Taktik der sofortigen bewaffneten Aktion verfolgt zu haben, seit ihrer Gründung im Jahre 1976. Sie begründete dies damit, daß dies der einzige Weg sei, um das Bewußtstein der Bauern zu wecken, ihnen zu zeigen, daß die Kolonialmacht (gemeint ist die türkische Regierung) schwach sei. Am Anfang soll sie einen gewissen Erfolg auch erzielt haben. Aber spätestens mit der Verhängung des Kriegsrechts im Mai '80, die verbunden war mit einem Belagerungszustand vor allem durch Einheiten der verhaßten, von der CIA ausgebildeten Konter-Guerilla, der Jandarma, stellte sich die Falschheit dieser Theorie heraus.

Was die Lage in Türkisch-Kurdistan besonders gefährlich macht, ist, daß es an die SU grenzt, einige der kurdischen Organisationen, so z.B. die Nationaldemokratische Einheitsfront Kurdistans (UDG), die einen Zusammenschluß aus drei Organisationen darstellt, 1980 entstanden, auch offen die Politik der SU unterstützen.

Die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für das kurdische Volk durch die türkische Regierung, die brutale Unterdrückung seiner nationalen Bestrebungen schafft der SU vielfältige Möglichkeiten der Infiltration und der Einmischung.

Duarte fordert mehr Hilfe von den USA

chm. Nach einem Treffen mit dem republikanischen Senator Dornan erklärte Napoleon Duarte, der christdemokratische Vorsitzende der Militärjunta von El Salvador, daß die Armee mehr militärische Ausrüstung von den USA brauche. Vor allem brauche sie Hubschrauber, um eine wirksame Kontrolle des Landes zu gewährleisten. Nach der Offensive der FMLN im Januar hatte die Junta erklärt, sie habe das Land unter Kontrolle und brauche keine Waffen mehr von den USA. Die USA haben inzwischen die Aufforderung Duartes nach mehr Waffenlieferungen abgelehnt, weil die Junta über genügend Waffen verfüge. Dornan erklärte nach seinem Besuch, daß er sich dafür einsetzen werde, die Wirtschaftshilfe an El Salvador, die jetzt 62 Mio. $ beträgt, zu verdoppeln.

USA blockieren Sanktionen gegen Südafrika

lup. Großbritanien und die USA haben im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ihr Veto gegen Anträge angekündigt, die Sanktionen gegen den südafrikanischen Kolonialstaat fordern. Entsprechende Anträge waren von der afrikanischen Gruppe in der UNO eingebracht und auf einer Konferenz des Verbindungsbüros der Außenminister der Blockfreien in Algier vorbereitet worden. Die Blockfreien beantworten damit die Haltung Südafrikas, an der die Verhandlungen über die Unabhängigkeit Namibias unter der Schirmherrschaft der UNO Anfang des Jahres gescheitert waren. Falls die Anträge der Blockfreien im Sicherheitsrat der UNO durch ein Veto blockiert werden, wollen sie eine Sondersitzung der UNO-Generalversammlung einberufen.

Zimbabwe: Fortschritte im Aufbau der nationalen Armee

lup. Anläßlich des 1. Jahrestages der Unabhängigkeit Zimbabwes hat der Präsident Zimbabwes, Canaan Banana, die beiden früheren Kommandeure der Guerillastreitkräfte ZANLA und ZIPRA, Rex Nhongo und Lookout Masuku, zu Generalleutnants der Nationalen Armee Zimbabwes ernannt. Dies ist ein weiterer Schritt zur Ersetzung europäischer Offiziere an der Spitze der zimbabwischen Armee durch Afrikaner, nachdem bereits der zurückgetretene General Walls in seiner Funktion als Oberkommandierender der Armee durch ein Mitglied der Regierung, Emmerson Munangagwa, ersetzt worden war. Munangagwa erklärte, daß die Nationale Armee Zimbabwes aus nunmehr 21 integrierten Bataillonen bestünde und eine Stärke von mehr als 20000 Mann habe. Die Integration der ehemaligen Guerillastreitkräfte und der rhodesischen Streitkräfte in die Nationale Armee Zimbabwes soll Ende Juli oder August abgeschlossen sein.

USA verhindern Abschluß der Seerechtskonferenz

frb. Mit Zustimmung hat die Bundesregierung auf die Obstruktionspolitik der US-Regierung, die jetzt die ergebnislose Unterbrechung der 3. UN-Seerechtskonferenz erzwungen hat, reagiert. Ursprünglich war geplant, die Konferenz mit dieser Sitzung zum Abschluß zu bringen, das Vertragswerk liegt ausgearbeitet vor. Die USA aber haben sich außerstande erklärt, den bisherigen Vereinbarungen zuzustimmen. Erst im Frühjahr 1982 sei die neue Regierung so weit eingearbeitet, daß sie ein Urteil abgeben könne. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Absichten der amerikanischen Bergbaumonopole diesen Sinneswandel bewirkt haben. Sie wollen sich möglichst viel unter den Nagel reißen, ehe andere Länder den Meeresbergbau aufnehmen können oder sie verpflichtet werden, auch die anderen Länder an den Vorteilen aus dem Meeresbergbau teilhaben zu lassen. Die Bundesregierung hat sich besonders darüber empört, daß die Unternehmen ihre Technologie preisgeben sollten.

Suslow interventiert vor der ZK-Sitzung der PVAP

hku. Für Mittwoch ist die 10. ZK-Sitzung der PVAP einberufen. Auf der Tagesordnung stehen die ,,Programmgrundsätze" für den ao. Parteitag und Veränderungen im Parteistatut. Auf Parteiversammlungen der Großbetriebe, in Hunderten von Resolutionen und auf der Konferenz in Torun hat die Parteilinke die Beschleunigung der Erneuerung und Demokratie in der Partei durch Änderung der Wahlordnung gefordert. Dagegen hat Suslow, Politbüromitglied der KPdSU, in Warschau interveniert. Er zeigte sich besorgt, daß ,,keine offensiven Aktionen der Partei" begonnen haben. Im gemeinsamen Kommunique ist viel die Rede vom Kampf gegen Anarchie und Doppelherrschaft. Kania sucht offensichtlich noch einen Weg, mit beiden Seiten den Bruch zu vermeiden.

Verhaftungen in der Ukraine und in Litauen

gek. In Kaunas sind der Ingenieur Waiciunas und der Arbeiter Juraiwicius wegen Mitarbeit an der ,,Chronik der litauischen Kirche", einem im Untergrund erscheinenden Informationsdienst, verhaftet worden. Beide sind Mitglieder der ,,Helsinki"-Gruppe in Kaunas, die gänzlich zerschlagen worden sein soll. In Lwow ist der ukrainische Dissident Iwan Kandyba ebenfalls verhaftet und angeklagt worden. Er wurde bereits 1961 als Gründungsmitglied der ,,Unabhängigen Union der ukrainischen Arbeiter und Bauern" zu 15 Jahren Lagerhaft verurteilt; diese Gruppe hatte das verfassungsmäßige Recht des Austritts aus der Union der Sowjetrepubliken gefordert.

Südafrika

Die Kolonialfestung ist erschüttert

Bothas angeblicher Reformwille und die forcierte Schaffung von „Bantustanrepubliken“. Die „liberale Opposition“ will durch eine nationale Konvention die Zukunft des Kolonialregimes sichern. Der Sieg des Volkes von Zimbabwe hat auch den Kampf des azanischen Volkes für nationale Unabhängigkeit gestärkt.

lup. Am 29. April werden in der Südafrikanischen Republik vorgezogene Parlamentswahlen stattfinden. Um Wahlen freilich – auch im modernen bürgerlichen Sinne – handelt es sich dabei ebensowenig wie bei dem südafrikanischen Kolonialstaat um eine Republik. Es handelt sich um eine Abstimmung unter den Angehörigen der unterdrückenden Nation, den 4,45 Mio. Weißen, die die soziale Basis der imperialistischen Herrschaft über die azanische Nation bilden. Daß die 23 Mio. Afrikaner – darin eingeschlossen 3,2 Mio. Farbige – auf Dauer und unter allen Umständen aller politischen Rechte einschließlich des Wahlrechts beraubt bleiben sollen, das ist einheitliche Absicht aller kandidierenden Parteien. Wie das gesichert werden soll, ist der eigentliche Streitpunkt dieser Wahlen. Zwar ist es keine Frage, daß die seit 33 Jahren regierende Nationalpartei unter P.W. Botha auch in Zukunft das herrschende Regime stellen wird. Weder die ganz rechten Parteien, wie die Herstigte Nasionale Party, noch die neue National Conservative Party unter Mulder, der zusammen mit Vorster 1979 über einen Korruptionsskandal im Informationsministerium stürzte, sind eine ernsthafte Herausforderung für die Nationalpartei, noch die sogenannten liberale Opposition PFP, die gegenwärtig über 18 von 165 Sitzen verfügt. Die ganz rechten Parteien und Teile der regierenden Partei gehen davon aus, daß jede Lockerung der Apartheid-Gesetzgebung das „Ende der Herrschaft des weißen Mannes“ wäre und das „Bollwerk der freien Welt in Afrika“ zum Einsturz bringen werde. Die liberale Opposition geht davon aus, daß ohne Zugeständnisse der Kolonialstaat auf Dauer nicht zu retten sein wird. Sie vertritt das Konzept einer „föderativen Republik“, deren Elemente durch die verschiedenen Bevölkerungsgruppen gebildet werden sollen, ein Konzept, das in seiner weitestgehenden Formulierung hinter den Zugeständnissen zurückbleibt, mit denen die Rhodesische Front 1978/79 vergeblich versuchte, das rhodesische Kolonialregime zu retten. Botha wird

der eigentliche Streitpunkt dieser Wahlen. Zwar ist es keine Frage, daß die seit 33 Jahren regierende Nationalpartei unter P.W. Botha auch in Zukunft das herrschende Regime stellen wird. Weder die ganz rechten Parteien, wie die Herstigte Nasionale Party, noch die neue National Conservative Party unter Mulder, der zusammen mit Vorster 1979 über einen Korruptionsskandal im Informationsministerium stürzte, sind eine ernsthafte Herausforderung für die Nationalpartei, noch die sogenannten liberale Opposition PFP, die gegenwärtig über 18 von 165 Sitzen verfügt. Die ganz rechten Parteien und Teile der regierenden Partei gehen davon aus, daß jede Lockerung der Apartheid-Gesetzgebung das „Ende der Herrschaft des weißen Mannes“ wäre und das „Bollwerk der freien Welt in Afrika“ zum Einsturz bringen werde. Die liberale Opposition geht davon aus, daß ohne Zugeständnisse der Kolonialstaat auf Dauer nicht zu retten sein wird. Sie vertritt das Konzept einer „föderativen Republik“, deren Elemente durch die verschiedenen Bevölkerungsgruppen gebildet werden sollen, ein Konzept, das in seiner weitestgehenden Formulierung hinter den Zugeständnissen zurückbleibt, mit denen die Rhodesische Front 1978/79 vergeblich versuchte, das rhodesische Kolonialregime zu retten. Botha wird

von bedeutenden Teilen der westlichen Presse der „Mut zu vorsichtigen Reformen des Apartheid-Regimes“ attestiert, die auf die Dauer die Spannungen zwischen den Rassen verringern würden und zugleich den Befürchtungen der Weißen Rechnung trügen. Die vorgezogenen Wahlen dienten ihm dazu, sich ein besseres Mandat für die Fortsetzung dieser Politik zu schaffen und seine Position gegenüber dem rechten Flügel der Nationalpartei, den „Verkrampte“ („Verbohrte“) zugunsten der „Verligte“ (den „Aufgeklärten“) zu stärken. Was hat es mit diesem angeblichen Reformwillen auf sich?

Kern des Kolonialregimes ist die Eigentumsfrage

Die Apartheid-Gesetzgebung macht keineswegs das Wesen des südafrikanischen Kolonialregimes aus. Das Wesen dieser Unterdrückung ist die Eigentumsfrage, die Enteignung der azanischen Volksmassen von ihrem Land, was sie aus weitgehend selbständigen Bauern in koloniale Lohnsklaven verwandelt hat, ihre Zusammenpferchung in elenden Reservaten, die weit davon entfernt sind, ihnen noch eine Existenz als Bauern zu ermöglichen, und die bloß ein nahezu unerschöpfliches Reservoir billiger Arbeitskräfte bilden. Und auf der anderen Seite die Konzentration des Eigentums an Grund und Boden wie an den industriellen Produktionsmitteln in den Händen der Angehörigen der unterdrückenden Nation. Die Apartheid-Struktur Südafrikas ist bloß eine mögliche politische Form, diese Kolonialherrschaft zu sichern. Und soweit Botha Reformen dieser Apartheid-Gesetzgebung eingeleitet hat, bezog sich dies auch bloß auf die unbedeutenden Seiten dieser Angelegenheit, wie die Möglichkeit, Restaurants auch für Schwarze und Farbige zu öffnen, die Einführung von machtlosen Verwaltungsorganen in den schwarzen Vorstädten, eine Arbeitsgesetzgebung, die die erstarkende afrikanische Arbeiterbewegung unter die Kontrolle der Regierung bringen sollte, und schließlich die Einführung eines Präsidentschaftsrates, der Vorschläge zu einer Reform der Verfassung ausarbeiten soll. Bei letzterem handelt es sich um ein reines Beratungsgremium, und auch in diesem sind lediglich Farbige und Asiaten, ausdrücklich aber keine Schwarzen vertreten.

Forcierte Schaffung von „Bantustan-Republiken“

Die wesentlicheren Punkte der Apartheid-Politik, die Gründung sogenannter Bantustan-Republiken, die Zusammenpferchung der Afrikaner in diesen Reservaten, ihre Vertreibung aus den „schwarzen Flecken“ jener Gebiete, die in Zukunft ausschließlich weiß werden sollen, all das hat Botha mit um so größerer Brutalität vorangetrieben. Das Ziel Bothas ist die Schaffung eines südafrikanischen Staatenbundes, bestehend aus einer ausschließlich weißen südafrikanischen Republik, in dem die afrikanischen Lohnsklaven Ausländer sind, jederzeit ausweisbar, absolut rechtlos, und einem Ring von Bantustan-Republiken, ökonomisch völlig lebensunfähig, auf Gedeih und Verderb dem Diktat des Kolonialregimes ausgeliefert, bis hin zu den Staatsfinanzen. Wie etwa die Ciskei, die Ende dieses Jahres in eine verlogene „Unabhängigkeit“ entlassen werden soll. Sie umfaßt ein Gebiet von 5000 km², mit 660000 Bewohnern bereits jetzt die bevölkertste Region Südafrikas. Hinzukommen werden aber noch mindestens 1,5 Mio. weitere Xhosa, einem der azanischen Stämme, die mit der Entlassung der Ciskei in die Unabhängigkeit deren Staatsbürger werden und die südafrikanische Staatsbürgerschaft verlieren sollen. In Industriebetrieben innerhalb der Ciskei arbeiten nicht

Die wesentlicheren Punkte der Apartheid-Politik, die Gründung sogenannter Bantustan-Republiken, die Zusammenpferchung der Afrikaner in diesen Reservaten, ihre Vertreibung aus den „schwarzen Flecken“ jener Gebiete, die in Zukunft ausschließlich weiß werden sollen, all das hat Botha mit um so größerer Brutalität vorangetrieben. Das Ziel Bothas ist die Schaffung eines südafrikanischen Staatenbundes, bestehend aus einer ausschließlich weißen südafrikanischen Republik, in dem die afrikanischen Lohnsklaven Ausländer sind, jederzeit ausweisbar, absolut rechtlos, und einem Ring von Bantustan-Republiken, ökonomisch völlig lebensunfähig, auf Gedeih und Verderb dem Diktat des Kolonialregimes ausgeliefert, bis hin zu den Staatsfinanzen. Wie etwa die Ciskei, die Ende dieses Jahres in eine verlogene „Unabhängigkeit“ entlassen werden soll. Sie umfaßt ein Gebiet von 5000 km², mit 660000 Bewohnern bereits jetzt die bevölkertste Region Südafrikas. Hinzukommen werden aber noch mindestens 1,5 Mio. weitere Xhosa, einem der azanischen Stämme, die mit der Entlassung der Ciskei in die Unabhängigkeit deren Staatsbürger werden und die südafrikanische Staatsbürgerschaft verlieren sollen. In Industriebetrieben innerhalb der Ciskei arbeiten nicht

mehr als 1% der erwerbstätigen Bevölkerung, 40% gehen als Wanderarbeiter in die weißen Gebiete Südafrikas, wobei oft die Hälfte des Lohns für die Fahrtkosten zwischen Schlafstelle und Arbeitsplatz draufgeht. 25% bis 35% sind arbeitslos. Knapp 100000 Xhosa sind seit den 60er Jahren in das Gebiet der Ciskei zwangsvertrieben worden, meist ehemalige Landarbeiter, die von ihren Farmern gefeuert worden waren. Im gesamten Gebiet Südafrikas sind – Angaben einer Veröffentlichung des UNO-Zentrums gegen Apartheid zufolge – seit 1970 3 Millionen Afrikaner zwangsumgesiedelt worden, in jährlich steigender Rate, und es wird geschätzt, daß Umsiedlungen von weiteren 1,7 Mio. Afrikanern durch das Kolonialregime im Zuge seiner Bantustan-Politik geplant sind.

Die „liberale Opposition“ gegen die Apartheid-Politik

Es gibt aber eine Reihe von Gründen, die das herrschende Kolonialregime womöglich dazu zwingen werden, in der kommenden Zeit die eine oder andere marginale Reform des Apartheid-Systems durchzuführen. Vor allem von den Besitzern bzw. Filialleitern der großen imperialistischen Monopole wird auf solche Änderungen gedrängt. Ein Grund ist, daß das starre Festhalten an der Bantustan-Politik auf die Dauer für die Entwicklung einer modernen Industrie, die Ausplünderung der südafrikanischen Naturreichtümer und die Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskräfte auf großer Stufenleiter Grenzen setzt. Eine solche moderne Industrie läßt sich auf die Dauer nicht entwickeln auf Basis eines ausschließlich europäischen Facharbeiterkaders



Aus einer Fabrik der AEG in Johannisburg. Mit über 650 Mio. DM westdeutschen Direktinvestitionen ist Südafrika einer der Schwerpunkte des Kapitalexports der BRD in der 3. Welt.

einerseits und billigen afrikanischen Arbeitskräften andererseits, die Tag für Tag zig km aus den Bantustans herangeschafft werden und bei jeder größeren Streikaktion gefeuert werden können. In gewissem Umfang sind die imperialistischen Eigentümer der Produktionsmittel gezwungen, einen einigermaßen dauerhaften, erfahrenen afrikanischen Facharbeiterkader heranzubilden. Zu diesem Zweck müssen sie unter Umständen die starre Handhabung der Paßgesetze und der Staatsbürgerschaft lockern und jedenfalls einem Teil der afrikanischen Arbeiter die südafrikanische Staatsbürgerschaft geben. Auf der anderen Seite müssen sie versuchen, eine afrikanische Mittelklasse herauszubilden, auf die sich ihre Kolonialherrschaft stützen kann, wollen sie diese auf Dauer sichern. Traditionell zielen diese Versuche der Schaffung einer afrikanischen Mittelklasse auf den farbigen Teil der afrikanischen Bevölkerung, der formell anderen Bedingungen unterliegt als die Schwarzen, in den letzten Jahren zunehmend aber auch auf die schwarze Bevölkerung selber. Der Spaltung der Farbigen von den Schwarzen dient unter anderem Bothas Projekt des Präsidentschaftsrates. Der Rekrutierung einer schwarzen Mittelklasse dienen unter anderem Verordnungen, die Schwarzen in den afrikanischen Vororten der großen Städte gewisse Geschäfts- und Wirtschaftstätigkeiten erlauben, die Einrichtung sogenannter Selbstverwaltungsorgane in den afrikanischen Vororten, überhaupt die vor allem von der

können. In gewissem Umfang sind die imperialistischen Eigentümer der Produktionsmittel gezwungen, einen einigermaßen dauerhaften, erfahrenen afrikanischen Facharbeiterkader heranzubilden. Zu diesem Zweck müssen sie unter Umständen die starre Handhabung der Paßgesetze und der Staatsbürgerschaft lockern und jedenfalls einem Teil der afrikanischen Arbeiter die südafrikanische Staatsbürgerschaft geben. Auf der anderen Seite müssen sie versuchen, eine afrikanische Mittelklasse herauszubilden, auf die sich ihre Kolonialherrschaft stützen kann, wollen sie diese auf Dauer sichern. Traditionell zielen diese Versuche der Schaffung einer afrikanischen Mittelklasse auf den farbigen Teil der afrikanischen Bevölkerung, der formell anderen Bedingungen unterliegt als die Schwarzen, in den letzten Jahren zunehmend aber auch auf die schwarze Bevölkerung selber. Der Spaltung der Farbigen von den Schwarzen dient unter anderem Bothas Projekt des Präsidentschaftsrates. Der Rekrutierung einer schwarzen Mittelklasse dienen unter anderem Verordnungen, die Schwarzen in den afrikanischen Vororten der großen Städte gewisse Geschäfts- und Wirtschaftstätigkeiten erlauben, die Einrichtung sogenannter Selbstverwaltungsorgane in den afrikanischen Vororten, überhaupt die vor allem von der

liberalen Opposition propagierten Konzepte einer Machtteilung zwischen Schwarzen und Europäern. Die Versuche, zwischen Farbigen und Schwarzen zu spalten, verlieren aber immer mehr ihre Basis durch die Bildung einer afrikanischen Nation Azanias, die im Widerstand gegen das Kolonialregime entstanden ist und die zunehmend auch subjektiv Schwarze und Farbige gleichermaßen umfaßt. Konkret vereitelt wurden diese Manöver vor allem durch die Streiks der Schüler und Studenten in der Kap-Provinz im letzten Sommer, deren Besonderheit darin bestand, daß sie vor allem von den farbigen Studenten ausgingen, gleichzeitig aber von der gesamten afrikanischen Jugend und Bevölkerung unterstützt wurden.

Suche nach einer „inneren Lösung“ und einem azanischen Muzorewa

Trotzdem ist die Möglichkeit, daß das Kolonialregime vorübergehend über eine „interne Lösung“ eine Spaltung der azanischen Nation zustandebringt, nicht prinzipiell auszuschließen. Das von der liberalen Opposition lancierte, 1980 vorübergehend auch von Botha in Aussicht gestellte Manöver einer Allparteienkonferenz zielt vor allem ab auf die Inkatha-Bewegung unter dem Häuptling Buthelezi, einer tribalistischen Organisation, die vorgibt, den größten azanischen Stamm der Zulus zu repräsentieren. Wenngleich Buthelezi sich gegen die Bantustans in der bestehenden Form ausgesprochen hat, hat er doch stets seine prinzipielle Bereitschaft zu Verhandlungen mit dem Kolonialregime bekundet und den bewaffneten Kampf als Mittel zur Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit abgelehnt. Das von Buthelezi, aber auch von Teilen der afrikanischen Kirchenführung verfochtene Konzept läuft auf eine „Teilung der Macht“ zwischen der unterdrückten azanischen Nation und den kolonialen Eroberern hinaus und kommt den Konzepten der liberalen Opposition zumindest entgegen.

Buthelezi wiederum unterhält immer wieder teils öffentliche, teils geheime Verbindungen mit dem ANC. Der ANC ist die älteste Befreiungsorganisation Azanias. Er wurde bereits 1912 gegründet. Er geriet allerdings bereits früh unter den Einfluß liberaler und reformistischer europäischer Politiker und später unter den Einfluß der südafrikanischen KP. Mit dem Verbot in Südafrika und der Verwandlung der KP Südafrikas in eine direkte Agentur der Sowjetunion geriet auch der ANC vor allem durch seinen Auslandsflügel immer mehr unter den Einfluß der Sowjetunion, deren Expansionismus er inzwischen in seinem in der DDR redigierten Organ „Sechaba“ bedingungslos unterstützt. Der reformistische Charakter des ANC kam vor allem auf seinem Kongreß in Kliptown 1955 zum Durchbruch, wo er das Konzept des nationalen Befreiungskampfes der azanischen Nation aufgab zugunsten einer Freiheitscharta, deren oberster Grundsatz darin besteht, daß „Südafrika allen gehört, die darin leben, Schwarzen und Weißen.“ Auf eine interne Lösung, die neben Kräften wie Buthelezi

zwischen der unterdrückten azanischen Nation und den kolonialen Eroberern hinaus und kommt den Konzepten der liberalen Opposition zumindest entgegen.

Buthelezi wiederum unterhält immer wieder teils öffentliche, teils geheime Verbindungen mit dem ANC. Der ANC ist die älteste Befreiungsorganisation Azanias. Er wurde bereits 1912 gegründet. Er geriet allerdings bereits früh unter den Einfluß liberaler und reformistischer europäischer Politiker und später unter den Einfluß der südafrikanischen KP. Mit dem Verbot in Südafrika und der Verwandlung der KP Südafrikas in eine direkte Agentur der Sowjetunion geriet auch der ANC vor allem durch seinen Auslandsflügel immer mehr unter den Einfluß der Sowjetunion, deren Expansionismus er inzwischen in seinem in der DDR redigierten Organ „Sechaba“ bedingungslos unterstützt. Der reformistische Charakter des ANC kam vor allem auf seinem Kongreß in Kliptown 1955 zum Durchbruch, wo er das Konzept des nationalen Befreiungskampfes der azanischen Nation aufgab zugunsten einer Freiheitscharta, deren oberster Grundsatz darin besteht, daß „Südafrika allen gehört, die darin leben, Schwarzen und Weißen.“ Auf eine interne Lösung, die neben Kräften wie Buthelezi

auch den ANC einschließen soll, spekulieren die liberale Opposition und die Kräfte um Harry Oppenheimer, dem Chef einer der größten Bergwerksgesellschaften, was unter anderem darin zum Ausdruck kam, daß die Kampagne „Freiheit für Mandela“ gerade von diesen Kräften ausdrücklich unterstützt wurde. Mandela ist der in Robben Island internierte Führer des ANC. Nur wenn man frühzeitig mit den „authentischen nationalen Führern das Gespräch aufnimmt“, so erklärten diese Kräfte, könne man eine Entwicklung wie in Zimbabwe vermeiden. Daß der ANC unter Umständen zu einer „nationalen Übereinkunft“ bereit wäre, dem widersprechen auch nicht die vom ANC durchgeführten bewaffneten Aktionen wie etwa der Angriff auf die Kohleverflüssigungsanlage Sasol II. Es waren im wesentlichen spektakuläre Einzelaktionen, darauf abgestellt, international Aufmerksamkeit zu erregen. Die Bedingungen für die Aufnahme eines ernsthaften, langandauernden bewaffneten Befreiungskampfes haben diese Aktionen durch Aufdecken illegaler Verbindungen eher gefährdet. Trotzdem ist wenig wahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit die Spaltung der nationalen Befreiungsbewegung über eine „interne Lösung“ gelingt. Durch geringere Zugeständnisse als die Aufgabe der Bantustan-Politik, die Abschaffung der Paßgesetze und die Verwirklichung des Prinzips „Ein Mann – eine Stimme“ wird es kaum gelingen, relevante Organisationen der azanischen Nation in eine solche Lösung einzubeziehen. Daß an all diesen Punkten Zugeständnisse ausgeschlossen sind, gehört aber zu den ehernen Grundsätzen der regierenden Nationalpartei.

Die afrikanischen Gewerkschaften – Teil der nationalen Befreiungsbewegung

Südafrika ist die letzte und bedeutendste Bastion der imperialistischen Kolonialherrschaft in Afrika. Die Entwicklung des Befreiungskampfes des azanischen Volkes war stets aufs engste verbunden mit den Kämpfen gegen die Kolonialherrschaft in den übrigen Teilen des afrikanischen Kontinents. Die ersten großen Massenkämpfe nach dem 2. Weltkrieg, die Kampagne gegen die Paßgesetzgebung, die der PAC 1960 führte und die das Kolonialregime schließlich mit dem Massaker von Sharpeville blutig unterdrückte, fanden in dem Jahr statt, in dem der größte Teil der afrikanischen Länder seine Unabhängigkeit erkämpfte. Die Kämpfe in Soweto waren auch ein Reflex auf den Sieg des nationalen Befreiungskampfes in den portugiesischen Kolonien. Die Unabhängigkeit Zimbabwes im April 1980 bildete neuerlich einen Faktor, der zu einem Neuaufschwung des Befreiungskampfes in Azania beitrug. Offiziellen Angaben des Kolonialregimes zufolge fanden 1980 insgesamt 207 Streiks statt, mehr als doppelt soviel wie im Vorjahr, bei 175000 durch Streiks ausgefallenen Arbeitstagen. Wichtigstes Ergebnis dieser Streikbewegung, die sich auch 1981 fortsetzte, war die Herausbildung und Stärkung selbständiger afrikanischer Gewerkschaften, was zu verhindern gerade das Ziel der Reform der Arbeitsgesetze durch das Kolonialregi-

ste Bastion der imperialistischen Kolonialherrschaft in Afrika. Die Entwicklung des Befreiungskampfes des azanischen Volkes war stets aufs engste verbunden mit den Kämpfen gegen die Kolonialherrschaft in den übrigen Teilen des afrikanischen Kontinents. Die ersten großen Massenkämpfe nach dem 2. Weltkrieg, die Kampagne gegen die Paßgesetzgebung, die der PAC 1960 führte und die das Kolonialregime schließlich mit dem Massaker von Sharpeville blutig unterdrückte, fanden in dem Jahr statt, in dem der größte Teil der afrikanischen Länder seine Unabhängigkeit erkämpfte. Die Kämpfe in Soweto waren auch ein Reflex auf den Sieg des nationalen Befreiungskampfes in den portugiesischen Kolonien. Die Unabhängigkeit Zimbabwes im April 1980 bildete neuerlich einen Faktor, der zu einem Neuaufschwung des Befreiungskampfes in Azania beitrug. Offiziellen Angaben des Kolonialregimes zufolge fanden 1980 insgesamt 207 Streiks statt, mehr als doppelt soviel wie im Vorjahr, bei 175000 durch Streiks ausgefallenen Arbeitstagen. Wichtigstes Ergebnis dieser Streikbewegung, die sich auch 1981 fortsetzte, war die Herausbildung und Stärkung selbständiger afrikanischer Gewerkschaften, was zu verhindern gerade das Ziel der Reform der Arbeitsgesetze durch das Kolonialregi-

me war. Alle drei afrikanischen Gewerkschaftsbünde, die sich in den verschiedenen Regionen Südafrikas herausgebildet haben, erklären den bestehenden Gewerkschaftsgesetzen zum Trotz ausdrücklich, daß sie ihre Aufgaben nicht auf Lohnauseinandersetzungen beschränkt sehen, sondern im Zusammenhang des allgemeinen Ziels der nationalen Befreiung Azanias. Und ein bedeutender Teil dieser Gewerkschaften lehnt es aus prinzipiellen Gründen ausdrücklich ab, sich durch das Kolonialregime offiziell registrieren zu lassen.

Die Entwicklung der azanischen Gewerkschaftsbewegung wird nicht direkt das Kolonialregime gefährden, und die Streikbewegung wird es nicht zerschlagen. Azania wird nur durch einen langandauernden Befreiungskampf schließlich seine nationale Befreiung erringen, und dieser Befreiungskampf wird nicht in den Städten seinen Ausgang nehmen können, wo die Machtzentren der Kolonialisten konzentriert sind, sondern nur vom Land her. Aber in vielen afrikanischen Ländern ist die Entwicklung der Arbeiterbewegung und politischer Massenkämpfe in den Städten der Aufnahme des bewaffneten Kampfes auf dem Land vorausgegangen und hat die Kräfte herausgebildet, die den bewaffneten Kampf im Land organisiert haben. In Azania kann der gegenwärtige Aufschwung in den Städten dazu beitragen, daß die Organisationen des bewaffneten Befreiungskampfes, insbesondere der PAC, der gegenwärtig vor allem vom Exil aus operiert, ihre Verbindungen mit den Kämpfen im Land erneut festigen und die Voraussetzungen für die Aufnahme der bewaffneten Kämpfe schaffen können.

Über die RAF, die Bewegung und uns

Der Tod von Sigurd Debus, die eiskalte Feststellung der Justizbehörden, daß „*auch die anderen Gefangenen ihren Hungerstreik abgebrochen*" hätten – eine Formulierung, die die lächelnde Berechnung dieses Todes und seiner Wirkung durch die Staatsschutzbehörden enthüllt – das war ein Sieg der politischen Reaktion in diesem Land. Ein leichter Sieg dazu. Wie war das möglich?

gek. Unmittelbar lag es daran, daß es in der gegenwärtigen, ziemlich großen, durchaus schlagkräftigen, auf Einheit drängenden demokratischen Bewegung für die Ziele dieses Hungerstreiks keine Einheit gab. Angefangen damit, daß es unter den Hungerstreikenden selbst grundsätzliche Differenzen gab. Der Streik begann als eine Aktion von mehreren hundert Gefangenen; am Ende war es nur noch ein Streik der Gefangenen der RAF unter ihren *besonderen* Forderungen. Diese Forderungen werden von den anderen Gefangenen, darunter auch von den wegen Terrorismus inhaftierten Mitgliedern der „Bewegung 2. Juni" und der „Revolutionären Zellen", programmatisch abgelehnt. Diese fordern die Eingliederung der politischen Gefangenen in den Normalvollzug und *darüber* die Aufhebung der Sonderhaftbedingungen; sowie die Beseitigung verschiedener konkreter Haftschikanen. Die Gefangenen der RAF dagegen bestanden auf ihrer Anerkennung als „Kriegsgefangene" und Zusammenlegung in „interaktionsfähigen Gruppen", mit dem erklärten Ziel, „die Bedingungen für kollektive Lern- und Arbeitsprozesse zu erkämpfen", natürlich als RAF. Mit Recht wurde daran kritisiert, daß dies die Absonderung der „Politischen" und speziell der RAF in den Gefängnissen auf die Spitze treiben würde, fast mit Anklängen an Konzentrationslager. Unmittelbar mußten die Forderungen, da die RAF-Gefangenen darauf beharrten, dennoch unterstützt werden, gegen die Praxis der Totalisolation, die Isolationsfolter, der sie unterworfen sind.

Aber die Unterstützung blieb unüberzeugt, die Bewegung gespalten, die RAF so isoliert wie je. Das hat es ermöglicht, Sigurd Debus im Rampen-

Gefangenen der RAF unter ihren *besonderen* Forderungen. Diese Forderungen werden von den anderen Gefangenen, darunter auch von den wegen Terrorismus inhaftierten Mitgliedern der „Bewegung 2. Juni" und der „Revolutionären Zellen", programmatisch abgelehnt. Diese fordern die Eingliederung der politischen Gefangenen in den Normalvollzug und *darüber* die Aufhebung der Sonderhaftbedingungen; sowie die Beseitigung verschiedener konkreter Haftschikanen. Die Gefangenen der RAF dagegen bestanden auf ihrer Anerkennung als „Kriegsgefangene" und Zusammenlegung in „interaktionsfähigen Gruppen", mit dem erklärten Ziel, „die Bedingungen für kollektive Lern- und Arbeitsprozesse zu erkämpfen", natürlich als RAF. Mit Recht wurde daran kritisiert, daß dies die Absonderung der „Politischen" und speziell der RAF in den Gefängnissen auf die Spitze treiben würde, fast mit Anklängen an Konzentrationslager. Unmittelbar mußten die Forderungen, da die RAF-Gefangenen darauf beharrten, dennoch unterstützt werden, gegen die Praxis der Totalisolation, die Isolationsfolter, der sie unterworfen sind.

Aber die Unterstützung blieb unüberzeugt, die Bewegung gespalten, die RAF so isoliert wie je. Das hat es ermöglicht, Sigurd Debus im Rampen-

licht der Öffentlichkeit jener Sonderbehandlung mittels Zwangsernährung zu unterziehen, an der er tatsächlich wohl gestorben ist (*nicht* an Unterernährung!). Dadurch erhielt sein Tod definitiv das Aussehn – ich wähle meine Worte mit Vorsicht – einer Hinrichtung, die die Gefangenenmeuterei dann auch brach, und zwar ohne nennenswerte Zugeständnisse. In dieser letzten Phase hat die demokratische Bewegung, wieder einmal, entsetzt und gelähmt zuschauen müssen. Und nun überhäuft sie sich selbst mit Vorwürfen und Selbstanklagen.

Nicht daß es für solche Vorwürfe keinen Grund gäbe, und wir als Kommunisten im KBW haben da mit uns selbst anzufangen. Es wäre nämlich *möglich* gewesen, eine Front gegen die Sonderhaftbedingungen zu errichten. Und es wäre dringend notwendig gewesen, in unserem eigenen Interesse. Das hätte gleich zu Anfang geschehen müssen, als der Streik noch breit geführt wurde, und auf Grundlage der Forderungen der Mehrzahl der Gefangenen. Als es nur noch ein Streik der RAF-Gefangenen war, war die Lage schon aussichtslos geworden.

Weil der Tod von Sigurd Debus keineswegs nur eine Niederlage für die RAF ist, sondern eine für uns alle, haben wir das Recht, es auszusprechen: die RAF-Gefangenen haben hier noch einmal mit der glitzernden Faszination des reinen Willens, der den Tod in Kauf nimmt, ihre politische Spekulation getrieben, wie es ihrer ganzen politischen Praxis entspricht. Schon eine Woche vor dem Tod von Debus waren sie von ihren Kernforderungen runter, hatten sie dieselben unverbindlichen Zusagen auf „Überprüfung" wie am Schluß. Aber es sollte ja, wie aus ihrer Erklärung vom 6. Februar hervorgeht, durch den unbefristeten Hungerstreik etwas bestimmtes bewiesen werden:

„Der Kampf hört auch im Gefängnis nicht auf, die Ziele verändern sich nicht, nur die Mittel und das Terrain, auf dem die Auseinandersetzung Guerilla/Staat, der Krieg weiter ausgetragen werden ... Wenn die militante Linke sich aneignet, was der Imperialismus in seinen Niederlagen immer wieder erfahren mußte: daß seine Macht dort endet, wo seine Gewalt nicht mehr abschreckt, hat sie das ganze Geheimnis seiner scheinbaren Unbesiegbarkeit aufgelöst."

Von ähnlich endzeitlichen Vorstellungen ist die ganze Darstellung der politischen Lage geprägt, – der Weltfeind Auge in Auge mit jenen, die „seine Gewalt nicht mehr schreckt".

„Als die politischen und militärischen Offensiven der RAF deutlich machten, daß die enorme Anstrengung der Repression unter Einsatz aller Mittel die RAF zu vernichten, gescheitert war, fiel im ‚Special Coordination Committee' des Nationalen Sicherheitsrats der USA die Entscheidung der Endlösung. Die Exekution von Andreas, Gudrun, Jan, Nina und unserer Schwestern und Brüder aus dem Kommando Martyr Halimeh. Es war der Versuch, mit ihnen die Spur ihres Kampfes, ihr Beispiel und die Kontinuität zu tilgen. ‚Die Flamme zu löschen, bevor sie zum Flächenbrand wird', um so den Menschen in den Metropolen hier die Hoffnung auf Befreiung zu nehmen. (...) Für den dritten Anlauf, den der deutsche Imperialismus nicht gegen, sondern mit dem amerikanischen Kapital, nicht selbständig, sondern als Funktion der amerikanischen Außenpolitik als Weltinnenpolitik unternimmt, ist die Vernichtung der militanten Gefangenen und der gesamten Widerstandsbewegung, die hier im Kernland des US-Staaten-Systems ... direkt angreift und die Machtfrage stellt, zwingend. (...) Gegen das menschliche Gesicht des Widerstandes, das sich auf der verbrannten Erde des bürgerlichen Widerstands und der deutschen Arbeiterbewegung vom naiven Humanismus der Ostermarsch- und Antiatombewegung über die Jugendrevolte und die Vietnamopposition zur Stadtguerilla entwickelt hat, setzen sie das entmenschlichte Gesicht von Massenmorden, weil Menschlichkeit ihre Lösung stört. (...) Die Kulmination der Hetze gegen die RAF soll um jeden Preis verhindern, daß sich der militante Protest gegen die Hochrüstung ... mit der Guerilla solidarisiert und genau ihre Erfahrung macht: daß Illegalität das befreite Gebiet des Widerstands in der BRD ist, Handlungsfähigkeit schafft." (Zit. a. taz, 25.2.)

Handlungsfähigkeit schafft! Mag der Kampf der RAF 1972 noch als Kampf gegen den US-Imperialismus begonnen haben. Er ist binnen kurzem zum individuellen Terror für den einzigen Zweck der Befreiung der eigenen Gefangenen heruntergekommen, um beim Hungerstreik gegen die Haftbedingungen zu landen, als wahrhaft letztem Mittel. Wo ist das „befreite Gebiet"?

Das „befreite Gebiet des Widerstands in der BRD" ist in Wirklichkeit gerade die errungene und verteidigte *Legalität* der Arbeiterbewegung und demokratischen Bewegung. Natürlich kann auch von einer Guerilla im Fall der RAF gar nicht die Rede sein, die „direkt angreift und die Machtfrage stellt"; erstens, weil die entscheidende Bedingung, die Unterstützung durch die große Mehrheit des arbeitenden Volkes fehlt, zweitens, weil ein noch so lang sich hinziehender Guerillakrieg sowieso nicht die Form des bewaffneten Aufstands in einem so hochorganisierten Gemeinwesen wie der BRD sein *kann*. Der bewaffnete Aufstand kann nur ein Endpunkt, eine schnelle, mit größter Geschlossenheit und Wucht geführte Aktion sein, an der sich ein Großteil der Bevölkerung mehr oder weniger aktiv beteiligt, im Zusammenwirken mit Teilen der Armee, Polizei etc., die auf die Seite des Volkes übergegangen sind. Etwas anderes können wir nicht einmal wollen. Es ist offensichtlich, daß sich dies nur denken läßt, wo entweder die Macht der herrschenden Klasse durch äußere Ereignisse (z.B. einen dritten verlorenen Krieg) aufs äußerste moralisch und materiell erschüttert ist, oder wo die Revolution das Ergebnis einer Kette sich hinziehender politischer Kämpfe ist, in denen die politische und soziale Macht der Bourgeoisie Stück für Stück gebrochen wird. Das Entscheidende dafür ist aber so oder so, daß heute mit dem Aufbau einer Einheitsfront gegen die innere Reaktion wie gegen den drohenden imperialistischen Krieg, einer Front für Demokratie und Sozialismus begonnen wird.

Und da liegt der Hase im Pfeffer, in der Frage, *für was* eigentlich gekämpft werden soll. Soweit je die RAF irgendetwas darüber gesagt hat, haben sich die Gedankengänge stets in jener Mischung eines formelhaften Marxismus-Leninismus der 1956 zusammengebrochenen KPD, bürgerlichem Antifaschismus und christlichem Humanismus bewegt, wie er über die Ziehmutter auf Ulrike und von Ulrikes „konkret"-Kolumnen auf die Bewegung kam. 1969/70 kamen noch ein paar Zitate aus dem Roten Buch dazu, und eine Kritik an der Sowjetunion, die sie der Kapitulation vor dem US-Imperialismus bezichtigte. Das war natürlich weit gefehlt. Als der sowjetische Sozialimperialismus mit seinem Übergang zur globalen Expansion in den 70er Jahren sich wieder hektisches Rouge auflegte und den *Kult* der Oktoberrevolution steigerte, je weiter er sich von ihr entfernte, umso fiebriger offenbar die Überlegungen auf Seiten derer, die sich dem Terrorismus verschrieben haben, auf dem Feld des „internationalen Klassenkampfes" den Ausweg zu finden. Das paßt zu ihrer Vorstellung von der „verbrannten Erde des bürgerlichen Widerstands und der deutschen Arbeiterbewegung" in der BRD, gepaart mit ihren Auffassungen einer Weltverschwörung der USA, im Bündnis mit dem ewigen, alten, unverbesserlichen deutschen Imperialismus, der von der „Endlösung" die Finger nicht lassen kann. Dieser Versuch einer positiven Zielbestimmung in einem der taz während des Hungerstreiks zugegangenen Dokuments macht die Gedankenlinie einmal deutlich:

„Unser Selbstfindungsschmalz gegen die Sowjet-Union, unser idealistisches Identitätsgedödel, unser ausweichendes Solidaritätsgetrân, unsere bockdumpfe, ziellose Abfahrerei wohin denn, sind nicht nur mal eben fauler Zauber, sondern sind, sag ich jetzt mal, ausrechenbar das Ausweichmanöver vor knallharten internationalen Klassenrealitäten ... Was begreifen wir so viel leichter am Moldaufrühling als an der Wüstenbewässerung und an der Bücherzensur? Was kommen uns Träume bei Polenkämpfen, aber immer noch nicht bei den Kämpfen der Bauerngenossen in Mecklenburg um jedes Jahr gutes Gemüse für jeden?" – „Man muß sich den Globus mal schnappen, die aufbrechenden Länder rund um die Erde mal ansehen: die Beiße wird knapp für die Bande der Banken und Bonzen ... Und warum wird die knapp? Weil immer mehr Leute und Völker sich den Weg schaffen zu sich selbst, rein in die erste Etappe der wirklichen Menschheitsgeschichte, vorwärts in den Sozialismus ... Geschützt und gestützt worden ist der Befreiungsprozeß der Völker durch härteste tägliche Produktionsarbeit der Proleten in den sozialistischen Ländern. Und mitten drin im Herzen der Sache, die Sowjet-Union." (taz, 27.3.)

Wenn das kein Selbstfindungsschmalz eines versprengten Haufens ist! Als wäre es nun nicht gerade dieser auf Selbstfahrlafetten daherkommende, gepanzerte „reale Sozialismus", der viel Stahl und verdammt wenig „gutes Gemüse für jeden" schafft, dieser entartete Staatssozialismus, der das Ziel einer höheren, entwickelteren menschlichen Gesellschaft, die an die Stelle des Kapitalismus treten kann, völlig verdunkelt hat. So daß Sozialismus heute paradoxerweise mit der Verstaatlichung von Kapital und Gesellschaft identifiziert wird, statt mit der Vergesellschaftung von Kapital und Staat. Das ist der Grund, warum die Arbeiterbewegung solide sozialdemokratisch bleibt, trotz sich anspannender Klassenwidersprüche; und warum die Jugendbewegung bei allem Widerspruch zum Kapitalismus „alternativ" bleibt, statt sozialistisch zu werden; daß sich hier wie dort also der Kampf darauf beschränkt, einigermaßen lebenswerte Verhältnisse *im* Kapitalismus zu erkämpfen.



Der Kampf gegen die Isolationshaft muß weitergehen. Demonstration in Frankfurt vergangenen Samstag.

cherheitsrats der USA die Entscheidung der Endlösung. Die Exekution von Andreas, Gudrun, Jan, Nina und unserer Schwestern und Brüder aus dem Kommando Martyr Halimeh. Es war der Versuch, mit ihnen die Spur ihres Kampfes, ihr Beispiel und die Kontinuität zu tilgen. ‚Die Flamme zu lö-

Front für Demokratie und Sozialismus begonnen wird.

Und da liegt der Hase im Pfeffer, in der Frage, *für was* eigentlich gekämpft werden soll. Soweit je die RAF irgendetwas darüber gesagt hat, haben sich

Staat. Das ist der Grund, warum die Arbeiterbewegung solide sozialdemokratisch bleibt, trotz sich anspannender Klassenwidersprüche; und warum die Jugendbewegung bei allem Widerspruch zum Kapitalismus „alternativ" bleibt, statt sozialistisch zu werden;



Der Kampf gegen die Isolationshaft muß weitergehen. Demonstration in Frankfurt vergangenen Samstag.

Dabei sind die Umwälzungsfermente in der Gesellschaft und in diesen Bewegungen so stark und deutlich ausgeprägt wie nie. Die Wirtschaftskrise bringt die Perversion schlagend ans Licht, die in der kapitalistischen Entwicklung der Produktivkräfte liegt: wie die Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit der Gesellschaft sich niederschlägt in der Überflüssigmachung eines Teils der Arbeiter, bei Ausdehnung der Schicht- und Überstundenarbeit für die andern; wie der gewachsene Reichtum der Gesellschaft hervorkommt in stillgelegten Fabriken, verschrotteten Maschinen, unverkäuflichen Waren, für die es keine zahlungsfähige Nachfrage mehr gibt. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung kämpft beharrlich um das materielle Lebensniveau und den Entwicklungsspielraum der ganzen Gesellschaft. In diesem Entwicklungsspielraum macht sich nun stürmisch die „alternative" Jugend-und Kulturbewegung breit, die die auf dem jetzigen Höhegrad der Gesellschaft und der Produktivkräfte gegebenen Möglichkeiten für die Individuen wenigstens ein kleines Stückchen weit und spielerisch erprobt (sagen wir nur, die Möglichkeiten, die die enorme Leistungssteigerung und Verbilligung der elektronischen Musik- und Wiedergabeinstrumente so mit sich bringt). Wobei sie von den materiellen Grundlagen ihrer eigenen Existenz so wenig Ahnung hat, wie sie sich über die materiellen Zwänge täuscht, denen sie selbst unterliegt. Die gewisse Liebesschwärmerei (ganz ohne Häme gesagt), die in der neuen Jugendbewegung herrscht, mit den endlosen Beziehungsproblemen als ihrer Gegenseite, kommt ja zuallererst aus der Zerreißung der traditionellen Beziehungen zwischen den Generationen und den Geschlechtern durch die kapitalistische Gesellschaft. Auf dieser Grundlage erst ergibt sich der Zwang wie aber auch die Möglichkeit für die Individuen, freiere, vielseitigere, selbständigere, aber auch brüchigere Beziehungen neu einzugehen.

Daß alle diese verstreuten Umwälzungsfermente der alten und Bildungsfermente einer neuen Gesellschaft, die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte mit einer recht gut organisierten Arbeiterbewegung als ihrem objektiven Kern (der sie aber subjektiv noch keineswegs ist), nicht zusammenfügen zu einer revolutionären Partei (im weiten Sinne gesprochen), das liegt allerdings entscheidend mit an den gescheiterten Versuchen der Kommunisten zur Wieder- oder Neugründung einer KP – Versuchen, die an unserer Orthodoxie gegenüber der gesellschaftlichen Realität gescheitert sind. Ungleich versteinerter war die Orthodoxie der RAF. Ist sie am Ende, sind wir – wieder so ziemlich am Anfang.

Mit dem Tod von Sigurd Debus im Hungerstreik, nach den einer unsichtbaren Dramaturgie folgenden antiken Tragödien von Stammheim, die die Linke in der einen oder andern Richtung jedenfalls zur „Katharsis", zur *Läuterung* bringen sollten, tobt nun wieder die Diskussion über die Gewaltfrage. Sabine, Hamburg, schreibt in der taz vom 14.4.:

„Aber der Kampf ist für die Bedürfnislinken weder ein inneres noch ein äußeres Erlebnis, sondern ein ihnen lästiges Gehabe von Leuten, die noch nicht begriffen haben, daß doch alles darauf ankommt, sich in der Gegenwart einzurichten und dort wohlzufühlen. ... Eine Kreatur namens Thomas Hartmann läßt sich in der taz (23.3.81, S. 3) so vernehmen: ‚Ich bleibe immer an dem Zweifel hängen, wieso der Appell für die Menschlichkeit zugunsten einer unmenschlichen Politik angerufen werden kann. Einer Politik, die abstrakten Prinzipien – Staat, Kapitalismus, Bullenterror etc. – den Kampf angesagt hat und dabei über Leichen zu gehen bereit ist. Leichen – darin sind wir uns doch einig – können auch durchaus noch Menschen aus Fleisch und Blut sein, wenn sie sich nicht mehr freuen können.' – Analysiert man den konfusen und unaufrichtig formulierten Gedankengang dieser Sätze (die natürlich aus dem noch elenderen Zusammenhang gerissen sind), so wollen sie sagen: (1) Die Kämpfer aus der Guerilla sind Unmenschen ... (2) Unmenschen haben kein Recht, Menschen zur Menschlichkeit aufzurufen. ... (4) Der Kampf gegen diesen Staat, den Kapitalismus, den Bullenterror usw. ist kein Kampf gegen grausame Realitäten, die um des gerechten und glücklichen Lebens der Menschen willen bekämpft werden müssen, sondern gegen abstrakte Prinzipien ... (5) Der Kampf gegen diesen Staat hat, wenn überhaupt, so zu erfolgen, daß jedenfalls

linken weder ein inneres noch ein äußeres Erlebnis, sondern ein ihnen lästiges Gehabe von Leuten, die noch nicht begriffen haben, daß doch alles darauf ankommt, sich in der Gegenwart einzurichten und dort wohlzufühlen. ... Eine Kreatur namens Thomas Hartmann läßt sich in der taz (23.3.81, S. 3) so vernehmen: ‚Ich bleibe immer an dem Zweifel hängen, wieso der Appell für die Menschlichkeit zugunsten einer unmenschlichen Politik angerufen werden kann. Einer Politik, die abstrakten Prinzipien – Staat, Kapitalismus, Bullenterror etc. – den Kampf angesagt hat und dabei über Leichen zu gehen bereit ist. Leichen – darin sind wir uns doch einig – können auch durchaus noch Menschen aus Fleisch und Blut sein, wenn sie sich nicht mehr freuen können.' – Analysiert man den konfusen und unaufrichtig formulierten Gedankengang dieser Sätze (die natürlich aus dem noch elenderen Zusammenhang gerissen sind), so wollen sie sagen: (1) Die Kämpfer aus der Guerilla sind Unmenschen ... (2) Unmenschen haben kein Recht, Menschen zur Menschlichkeit aufzurufen. ... (4) Der Kampf gegen diesen Staat, den Kapitalismus, den Bullenterror usw. ist kein Kampf gegen grausame Realitäten, die um des gerechten und glücklichen Lebens der Menschen willen bekämpft werden müssen, sondern gegen abstrakte Prinzipien ... (5) Der Kampf gegen diesen Staat hat, wenn überhaupt, so zu erfolgen, daß jedenfalls

keine Leichen zu beklagen sind, ganz gleich, was in den Gefängnissen und auf den Straßen dieses Staates an Bullenterror stattfinden mag. (6) ... Leben heißt sich freuen können, und wer das nicht mehr kann, ist nicht nur selber schuld, sondern braucht auch gar nicht mehr durch unmenschliche Haftbedingungen umgebracht zu werden. Denn er ist schon tot, und Tote haben keinen Grund, bessere Lebensbedingungen zu fordern."

Das ist eine ihrer Anlage nach endlose Diskussion, wenn von dieser Polemik auch einiges trifft. Dennoch, es sieht nicht so aus, als fände der massenhafte Abmarsch in den Terrorismus, die individuelle Verzweiflung, jetzt statt. Ebensowenig, daß sich ein verlogener Pazifismus wie der oben kritisierte breit macht.

„Gerade jetzt müssen wir uns umsehen: die oppositionelle Tendenz in der BRD ist bei allen Verrücktheiten, bei allem Streit, bei allen Gegensätzen stärker und selbstbewußter, als es in den letzten 35 Jahren der Fall war. Der Zerfall der Sekten hat es vielen möglich gemacht, sich ohne riesige Vorbedingungen irgendwo einzuklinken: bei BIs, bei der Anti-Atom-Bewegung, bei der Frauenbewegung, bei Friedensbewegungen, in Stadtteilgruppen, bei Alternativ-Zeitungen, Alternativ-Betrieben, bei oppositionellen Gruppen innerhalb der Gewerkschaften und nun auch bei einer Form von Hausbesetzungen, die nur noch wenig mit den früheren Häuserkampfzeiten zu tun hat ... in der Realität haben wir mehr mit den Leuten um uns zu tun als in Zeiten, in denen wir uns großmäulig auf ‚das Volk' und ‚die Massen' bezogen haben. ... Ein heißer und militanter Sommer liegt vor uns."

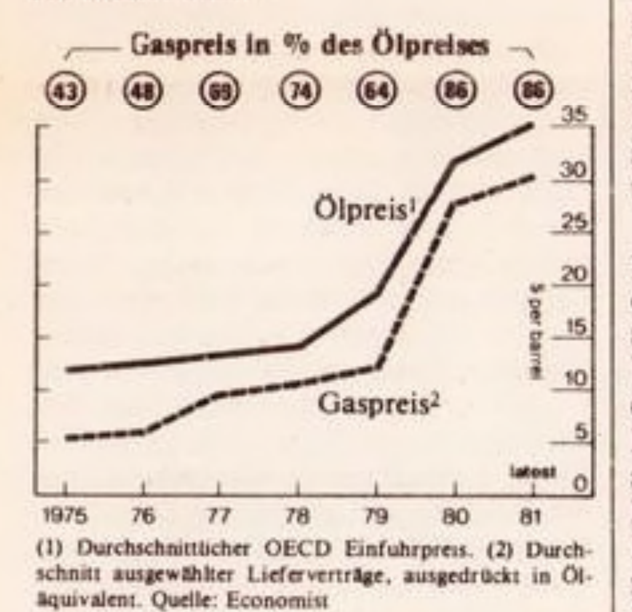
So Armin in der taz vom 15.4. Das ist ein eingeschränkter Blickwinkel, der des Westberliner Hausbesetzers eben. Aber damit kommt man schon ein Stück weiter.

USA heben Getreideembargo gegen UdSSR auf

frb. Die US-Regierung hat bekanntgegeben, daß sie das gegenüber der Sowjetunion nach deren Einmarsch in Afghanistan im Januar 1980 verhängte Getreideembargo aufgehoben habe. Es würden bereits Verhandlungen über neue Lieferungen auf Expertenebene geführt. Reagan hatte zuletzt in einem Interview mit der „Washington Post" am 27.3. seine Abneigung gegen die damals von Carter verhängte Maßnahme geäußert. Sie bürde nämlich allein den amerikanischen Farmern die Last für die Bestrafung der Sowjetunion auf. Im Wahlkampf hatte Reagan die Aufhebung des Embargos versprochen. Die Verzögerung dieses Schrittes begründet die US-Regierung damit, daß sie in der Polen-Krise keine falsche Zeichen setzen wollte. Auch die EG, die das Embargo faktisch unterlaufen hatte, will es nun offiziell fallen lassen.

Algerien kann höheren Preis für Erdgas durchsetzen

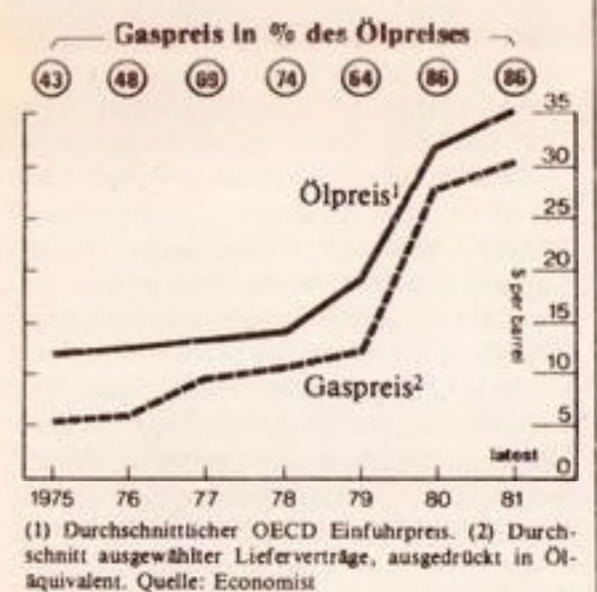
frb. Erdgas, in vielen Bereichen statt Erdöl zu verwenden, kann kaum noch als Preisdrücker gegen die Ölpreise eingesetzt werden. Vergangenes Jahr mußten die USA an Mexiko mehr zahlen als sie wollten und jetzt hat Algerien einen wichtigen Erfolg erzielt. Die belgische Distrigaz, zur Hälfte in Staatsbesitz, zahlt 4,80 $ pro Mio. BTU (British Terminal Units), 28% mehr als die Gesellschaft im Januar noch gezahlt hatte. 6,11 $ wollte Algerien als Preis setzen, was einem Rohölpreis von 40 $ je Faß entsprochen hätte. Der Vertrag ist der erste Durchbruch, nachdem die Verhandlungen mit Frankreichs Gaz de France und der us-amerikanischen El Paso gescheitert waren. Für Transport und Rückverwandlung des verflüssigten Gases würden gegenüber Rohöl Kosten von 1,70 $ für die USA und von 1 $ für Frankreich anfallen, argumentierten jene. Japan allerdings zahlt an Indonesien und an Abu Dhabi den vollen entsprechenden Preis für Flüssiggas, den es für Rohöl zahlt.



(1) Durchschnittlicher OECD Einfuhrpreis. (2) Durchschnitt ausgewählter Lieferverträge, ausgedrückt in Öläquivalent. Quelle: Economist

Europäische Stahlkonzerne über Preiskartell einig

noch gezahlt hatte. 6,11 $ wollte Algerien als Preis setzen, was einem Rohölpreis von 40 $ je Faß entsprochen hätte. Der Vertrag ist der erste Durchbruch, nachdem die Verhandlungen mit Frankreichs Gaz de France und der us-amerikanischen El Paso gescheitert waren. Für Transport und Rückverwandlung des verflüssigten Gases würden gegenüber Rohöl Kosten von 1,70 $ für die USA und von 1 $ für Frankreich anfallen, argumentierten jene. Japan allerdings zahlt an Indonesien und an Abu Dhabi den vollen entsprechenden Preis für Flüssiggas, den es für Rohöl zahlt.



(1) Durchschnittlicher OECD Einfuhrpreis. (2) Durchschnitt ausgewählter Lieferverträge, ausgedrückt in Öläquivalent. Quelle: Economist

Europäische Stahlkonzerne über Preiskartell einig

frb. Bis 1. Mai hatte der zuständige EG-Kommissar den Stahlkonzernen die Frist verlängert, innerhalb der sie eine freiwillige Anschlußregelung an die von der EG verordneten Quoten finden sollten. In Luxemburg haben sich jetzt die 15 in Eurofer zusammengeschlossenen Monopole geeinigt. Bei den Produktionsbeschränkungen sei noch nicht alles geklärt, hieß es. Doch über die Preisstrategie sei man sich einig. An den für das zweite Quartal beschlossenen Preiserhöhungen von 10 bis 20% wollen die Konzerne auf jeden Fall festhalten. Nachdem sie sich zunächst zu Überkapazitäten gegenseitig hochkonkurriert hatten, finden sie jetzt zusammen, um die Preise dieser Überkapazitäten weiter zu treiben.

Philip Morris erweitert seinen Duft um 700 Mio. DM

frb. Knapp 60% des Zigarettenmarktes außerhalb des RGW und der sozialistischen Länder wurden bisher von 6 Monopolen kontrolliert: BAT, Philip Morris, R.J. Reynolds, Rothmans International und der Rupert-Konzern, American Brands und Imperial Tobacco. Jetzt bahnt sich unter diesen eine Verschmelzung an. Der zweite der Liste, Hauptmarke Marlboro, übernimmt für 700 Mio. DM über ein Fünftel der Anteile an Rothmans International. Zusammen übertrifft das neue Monopol damit die Produktion des Branchengrößten BAT. Verkäufer ist der Südafrikaner Anton Rupert, der zuvor 44% an Rothmans hielt. Er verprellte Reynolds, mit der er offen verhandelt hatte, um gegenüber Philip Morris den Preis zu treiben.

Rentenanpassung – Krankenversicherung der Rentner – Rentenhöhe

Rentenfinanzen höchstens bis 1985 gesichert / Renten unter 63% des letzten Nettolohns bei Frauen und 75% bei Männern

gkr. Am 1. April hatte das Bundeskabinett den Rentenanpassungsbericht 1981 und den Rentenanpassungsbericht 1982 verabschiedet. Die wichtigsten Auseinandersetzungen konzentrieren sich auf folgende Punkte: Die Krankenversicherung der Rentner, die Finanzen der Rentenversicherung und nach wie vor die Frage der '84er Reform, der Reform der Hinterbliebenenrente und in dem Zusammenhang vor allem die Gleichstellung der Frau in der Rentenversicherung:

Zur Höhe der Rentenanpassung, die 1982 wieder bruttolohnbezogen sein soll, haben wir schon nachgewiesen (vgl. KVZ 9/81): mit dem Bruttolohn hat diese Anpassung nicht mehr viel zu tun. Noch bis zum Jahre 1978, als am 1. Juli das 21. Rentenanpassungsgesetz mit seinen Maßnahmen zur Rentensenkung in Kraft trat, war die allgemeine Bemessungsgrundlage (die bei der Berechnung der Renten eine wesentliche Rolle spielt) praktisch an Durchschnittslohn und -gehalt gekoppelt, wenn auch mit 3jähriger Verspätung:

	allgem. Bemessungsgrundlage	Durchschnittsbruttolohn
1969	9780	11839
1972	12008	16335
1975	16520	21808
1978	21608	26242

Dagegen wird 1982 die allgemeine Bemessungsgrundlage 24109 DM betragen, gegenüber einem Durchschnittslohn und -gehalt von 27685 DM im Jahre 1979. Dies macht die Verlogenheit des Geschwätzes von Bruttolohnanpassung etwas deutlich. Zwar soll jetzt die Rente mit 5,8% wieder prozentual gleich steigen wie der Bruttolohn, wenn auch mit Verspätung, aber die gesenkte Basis wird auch hier zu einem weiteren realen Abstand führen. Erneut sollen diejenigen Rentner und Rentnerinnen, die, weil sie im ersten Halbjahr 1978 zum ersten Mal Rente bekamen, die Wucht der Senkung nicht in vollem Ausmaß zu spüren bekamen, zur Kasse gebeten werden. Für sie wird im kommenden Jahr die Rentenerhöhung nur 4,2% betragen.

Umstritten ist der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner. Weniger, *daß* er gezahlt werden soll, darüber sind sich Politiker und Kapitalistenverbände einig. Umstritten ist vielmehr die Art und Weise und damit vor allem, *wer* und *wie stark* dabei bluten soll. Nach der Regierungsvorlage sollen alle Rentner, die eine gesetzliche Rente bekommen, einen Beitrag von monatlich 11,8% bezahlen, den sie als Zuschuß zu ihrer Rente bekommen.

Im Abstand von 3 Jahren soll die Regierung im jeweiligen Anpassungsbericht Stellung nehmen zu der Frage, ob eine Anpassung des Beitragssatzes zur Krankenversicherung notwendig ist und ob sich daraus dann eine Veränderung des Zuschusses ergeben soll. Die Änderung gegenüber den ursprünglichen Regierungsabsichten (statt des Zuschusses sollte die Rente einmalig um den entsprechenden Prozentsatz, also 11,8%, zusätzlich erhöht werden) hat offensichtlich zwei Seiten: Zum einen wird sich dieser Zuschuß voraussichtlich nicht auf die Versorgungsansprüche im öffentlichen Dienst auswirken. Damit hätte der Protest der Gewerkschaften Erfolg gehabt. Die ursprünglichen Pläne einer zusätzlichen *Renten*erhöhung, die nie in den Taschen der Rentner gelandet wäre, hätte zwangsläufig eine entsprechende Kürzung bei der Gesamtversorgung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nach sich gezogen. Auf der anderen Seite läßt sich ein *Zuschuß leichter* kürzen, was auch beabsichtigt ist: Ab 1985 etwa soll er nicht mehr den Krankenversicherungsbeitrag vollständig abdecken. Der Maßstab dazu sei eine „gleichwertige Entwicklung des Anstieges der verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und der Rentner unter Beachtung der finanziellen Stabilität der Rentenversicherung im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung", so hieß es in der Regierungserklärung. Praktisch liefe dies auf eine Nettoanpassung hinaus. Aufgrund der real steigenden prozentualen Abgabenhöhe (Steuer und Versicherung), liegt die Nettoanpassung immer unter der Bruttoanpassung.

Während all diese Maßnahmen, zumindest zunächst, weder den Rentenversicherungen höhere Ausgaben verursachen, noch den Krankenversicherungen höhere Einnahmen bringen, da die Rentenversicherung schon bisher pauschal Krankenkassenbeiträge für die Rentner bezahlen mußte, soll eine damit verbundene Maßnahme direkt zu Mehreinnahmen der Krankenkassen von 0,8 bis 1 Mrd. DM führen: Auch auf die im öffentlichen Dienst gezahlte Zusatzversorgung, auch auf die Betriebsrenten, auch auf einmalige Auszahlungen soll ein Krankenversicherungsbeitrag erhoben werden. 2 bis 2,5 Mio. Arbeiter, Angestellte, Beamte und Bauern werden davon betroffen sein. Sie müssen für diese *zusätzliche* Rente einen Krankenkassenbeitrag bezahlen, für den sie keinen Zuschuß erhalten. Dessen Höhe ergibt sich aus dem halben Prozentsatz der jeweiligen Krankenkasse. Es ist eine der geringfügigen Änderungen, die offensichtlich auf Druck der FDP an dem Ehrenberg-Entwurf gemacht werden mußten. Dieser hatte einen einheitlichen Beitragssatz von 5,9% vorgesehen, während die vom Kabinett beschlossene Änderung vor allem Versicherte der Ersatzkassen begünstigt. Stattdessen schlägt das „Handelsblatt" unter Berufung auf Expertengespräche einen Mindestbeitrag, der von allen zu zahlen wäre, vor. Statt des Krankenkassenbeitrags nur für Empfänger von zusätzlichen Renten wäre dies von vorneherein eine Beitragserhöhung für *alle* Rentner.

Die Finanzierung der Rentenversicherung ist höchstens *bis* 1985 gesichert. Unter der ungünstigsten Annahmekombination, die die Bundesregierung in ihren Vorausberechnungen durchspielt, wäre schon 1985 eine Erhöhung der Beiträge der Rentenversicherung von 1,5% notwendig. Ungünstige Bedingungen heißt dabei: Durchschnittliche Steigerung der Löhne jährlich um 5%, nur geringfügige jährliche Zunahme der Beschäftigten und ab 1985 Absinken. Ganz so unwahrscheinlich ist diese Annahme auch nicht. Dabei weist nicht nur der DGB darauf hin, daß das finanzielle Polster der Rentenversicherung, das auf 1 Monatsausgabe bis 1985 sinken kann, viel zu gering ist. Immerhin ist die Rentenversicherung nur deshalb nach der letzten Krise 1974/75 nicht bankrott gegangen, weil sich die Kürzungen durch 20. und 21. Rentenanpassungsgesetz auf etwa 60 Mrd. DM addiert haben und gleichzeitig die Schwankungsreserve (also die Rücklagen) um 26 Mrd. DM gekürzt wurde. Das sind die Ausgaben, die die Rentenversicherung 1980 etwa in 8 Monaten tätigen mußte.

Vor allem aber gehen diese Berechnungen vom geltenden Rentenrecht aus. Daß die Renten zu niedrig sind und vor allem für Frauen viel zu niedrig, ist bekannt. Für den Durchschnitt aller Altersrenten im Januar 1981 ergibt sich folgendes Bild:

		durchschn. Altersrente	anrechenb. Versicherungj.
Arbeiter	Männer	1148	38,3
	Frauen	438	25,9
Angestellte	Männer	1579	38,6
	Frauen	777	29,0
gesamt	Männer	1296	38,4
	Frauen	554	26,9

Nicht nur die Regierung operiert in ihren Maßnahmen, sei es bei der Rentensenkung durch das 21. Rentenanpassungsgesetz, sei es bei der Einführung eines Krankenkassenbeitrags für Rentner, mit dem Argument, die Renten stiegen bei Bruttolohnanpassung schneller als die Löhne. Das ist richtig, aber aussagefähig ist schließlich allein ein Vergleich der Rentenhöhe mit dem zuletzt bezahlten Lohn, d.h. ob die Rente den Lebensstandard der Lohnabhängigen sichert, nachdem sie ihre Arbeitskraft nicht mehr verkaufen können. Für das Verhältnis von Rentenhöhe und Lohn wird oft das „Rentenniveau" herangezogen. Es gibt das Verhältnis einer Rente bei 40 Versicherungsjahren und stets durchschnittlichem Lohn zu einem Brutto(Netto-)verdienst eines Lohnabhängigen. Daran zeigt sich z.B., daß es durch das 21. Rentenanpassungsgesetz deutlich gesunken ist. Tatsächlich sagt dies Verhältnis aber aus verschiedenen Gründen wenig über die Erhaltung des Lebensniveaus der Arbeiter aus. Ein Grund ist, daß der Lohn oftmals zu Anfang eines Arbeiterlebens niedriger ist als gegen Ende. In einer interessanten Berechnung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte wird nun gezeigt, daß die Männer, die 1979 zum erstenmal Rente bekamen, durchschnittlich 75% ihres letzten Nettolohnes als Rente bekamen. Dies waren bei den Arbeitern 1979 etwa 1300 DM. Dabei sind hier nur diejenigen betrachtet, die mit 63 Jahren in Rente gehen, die im Durchschnitt mit 44 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren die längste Versicherungszeit aufweisen. Die Rechnung wird also für andere Altersrenten, diejenigen, die gezwungenermaßen erst mit 65 Rente beantragen, ungünstiger aussehen. Und schon alleine für das Jahr Rentensenkung 1980 muß etwa ein halber Prozentpunkt abgezogen werden. Noch weit darunter das „Nettorentenniveau" für Frauen: bei den Angestellten bei etwa 63%, bei den Arbeiterinnen (LVA Westfalen) bei 61%. In all diesen Fällen liegt die Rente erheblich unter dem, was der DGB fordert: 90% des letzten Nettolohnes nach einem „erfüllten Arbeiterleben", was bei 40 Versicherungsjahren sicher anzusetzen ist. Meiner Meinung nach kann man sich an diesem Richtwert gut orientieren. Er würde etwa, da in der oben erwähnten Berechnung die Abzüge mit etwa 30% angenommen sind, auf etwas weniger als 65% des letzten Bruttolohnes hinauslaufen. Offensichtlich ergibt sich aber, daß eine Belastung der Renten mit Krankenkassenbeitrag keinesfalls hingenommen werden kann. Im Gegenteil, eher wäre eine stärkere Erhöhung als die Bruttolohnanpassung notwendig. Durch höhere Beiträge, ja, aber nicht zu Lasten der Lohnabhängigen.

Helmut Schmidt sucht „deutsche Interessen" in Saudi-Arabien

Dagegen wird 1982 die allgemeine Bemessungsgrundlage 24109 DM betragen, gegenüber einem Durchschnittslohn und -gehalt von 27685 DM im Jahre 1979. Dies macht die Verlogenheit des Geschwätzes von Bruttolohnanpassung etwas deutlich. Zwar soll jetzt die Rente mit 5,8% wieder prozentual gleich steigen wie der Bruttolohn, wenn auch mit Verspätung, aber die gesenkte Basis wird auch hier zu einem weiteren realen Abstand führen. Erneut sollen diejenigen Rentner und Rentnerinnen, die, weil sie im ersten Halbjahr 1978 zum ersten Mal Rente bekamen, die Wucht der Senkung nicht in vollem Ausmaß zu spüren bekamen, zur Kasse gebeten werden. Für sie wird im kommenden Jahr die Rentenerhöhung nur 4,2% betragen.

Umstritten ist der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner. Weniger, *daß* er gezahlt werden soll, darüber sind sich Politiker und Kapitalistenverbände einig. Umstritten ist vielmehr die Art und Weise und damit vor allem, *wer* und *wie stark* dabei bluten soll. Nach der Regierungsvorlage sollen alle Rentner, die eine gesetzliche Rente bekommen, einen Beitrag von monatlich 11,8% bezahlen, den sie als Zuschuß zu ihrer Rente bekommen.

der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung", so hieß es in der Regierungserklärung. Praktisch liefe dies auf eine Nettoanpassung hinaus. Aufgrund der real steigenden prozentualen Abgabenhöhe (Steuer und Versicherung), liegt die Nettoanpassung immer unter der Bruttoanpassung.

Während all diese Maßnahmen, zumindest zunächst, weder den Rentenversicherungen höhere Ausgaben verursachen, noch den Krankenversicherungen höhere Einnahmen bringen, da die Rentenversicherung schon bisher pauschal Krankenkassenbeiträge für die Rentner bezahlen mußte, soll eine damit verbundene Maßnahme direkt zu Mehreinnahmen der Krankenkassen von 0,8 bis 1 Mrd. DM führen: Auch auf die im öffentlichen Dienst gezahlte Zusatzversorgung, auch auf die Betriebsrenten, auch auf einmalige Auszahlungen soll ein Krankenversicherungsbeitrag erhoben werden. 2 bis 2,5 Mio. Arbeiter, Angestellte, Beamte und Bauern werden davon betroffen sein. Sie müssen für diese *zusätzliche* Rente einen Krankenkassenbeitrag bezahlen, für den sie keinen Zuschuß erhalten. Dessen Höhe ergibt sich aus dem halben Prozentsatz der jeweiligen Krankenkasse. Es ist eine der geringfügigen Änderungen, die offensichtlich

gangen, weil sich die Kürzungen durch 20. und 21. Rentenanpassungsgesetz auf etwa 60 Mrd. DM addiert haben und gleichzeitig die Schwankungsreserve (also die Rücklagen) um 26 Mrd. DM gekürzt wurde. Das sind die Ausgaben, die die Rentenversicherung 1980 etwa in 8 Monaten tätigen mußte.

Vor allem aber gehen diese Berechnungen vom geltenden Rentenrecht aus. Daß die Renten zu niedrig sind und vor allem für Frauen viel zu niedrig, ist bekannt. Für den Durchschnitt aller Altersrenten im Januar 1981 ergibt sich folgendes Bild:

		durchschn. Altersrente	anrechenb. Versicherungj.
Arbeiter	Männer	1148	38,3
	Frauen	438	25,9
Angestellte	Männer	1579	38,6
	Frauen	777	29,0
gesamt	Männer	1296	38,4
	Frauen	554	26,9

Nicht nur die Regierung operiert in ihren Maßnahmen, sei es bei der Rentensenkung durch das 21. Rentenanpassungsgesetz, sei es bei der Einführung eines Krankenkassenbeitrags für Rent-

nungsfähigen Versicherungsjahren die längste Versicherungszeit aufweisen. Die Rechnung wird also für andere Altersrenten, diejenigen, die gezwungenermaßen erst mit 65 Rente beantragen, ungünstiger aussehen. Und schon alleine für das Jahr Rentensenkung 1980 muß etwa ein halber Prozentpunkt abgezogen werden. Noch weit darunter das „Nettorentenniveau" für Frauen: bei den Angestellten bei etwa 63%, bei den Arbeiterinnen (LVA Westfalen) bei 61%. In all diesen Fällen liegt die Rente erheblich unter dem, was der DGB fordert: 90% des letzten Nettolohnes nach einem „erfüllten Arbeiterleben", was bei 40 Versicherungsjahren sicher anzusetzen ist. Meiner Meinung nach kann man sich an diesem Richtwert gut orientieren. Er würde etwa, da in der oben erwähnten Berechnung die Abzüge mit etwa 30% angenommen sind, auf etwas weniger als 65% des letzten Bruttolohnes hinauslaufen. Offensichtlich ergibt sich aber, daß eine Belastung der Renten mit Krankenkassenbeitrag keinesfalls hingenommen werden kann. Im Gegenteil, eher wäre eine stärkere Erhöhung als die Bruttolohnanpassung notwendig. Durch höhere Beiträge, ja, aber nicht zu Lasten der Lohnabhängigen.

Helmut Schmidt sucht „deutsche Interessen" in Saudi-Arabien

Die Stellung Israels ist geschwächt / Geschäftsinteressen und zionistische Rücksichten

frb. Während Helmut Schmidt sich zur Reise nach Riad anschickt – wie Regierungssprecher Becker versichert, ohne Beschluß der Bundesregierung oder des Bundessicherheitsrats über die Waffenlieferungen – haben die amerikanische und die britische Regierung Zeichen gesetzt.

In den USA wurde bekannt, daß die Regierung Reagan am 2.4. entschieden hat, Saudi-Arabien die gewünschten modernen Waffen im Wert von mehreren Mrd. $ zu liefern. Es handelt sich einmal um Ausrüstungen, die Reichweite und Kampfkraft der saudischen Flugzeuge erhöhen, sowie um die Lieferung von fünf Awacs-Flugzeugen in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts. Noch unter der Regierung Carter hatten die USA die Lieferung von 62 F 15 Kampfflugzeugen zugesagt, aber ausdrücklich ohne Zusatztanks und zusätzliche Bewaffnung.

Israel läuft gegen die Entscheidung Sturm. Die Regierung erklärte, damit würde der „Friden im Nahen Osten untergraben und die Sicherheit Israels ernsthaft gefährdet." In den USA selbst soll der halbe Senat gegen die Lieferungen sein, Edward Kennedy hat härtesten Widerstand angekündigt. Das Geschäft sei eine Bedrohung für Israel.

Problemlos stellt sich die Sache offenbar nur für Margret Thatcher. Natürlich würde England Waffen und auch Panzer liefern, wenn Saudi-Arabien nur wolle, erklärte sie zu Riad.

Die Konkurrenz also lauert schon. Daher der Druck, den die westdeutschen Kapitalisten machen. Wenn das Waffengeschäft scheitert, so BDI-Präsident Rodenstock nach seiner Erkundungsreise im März, werde Saudi-Arabien auch zivile Aufträge an westdeutsche Unternehmen streichen.

Um die Ölversorgung geht es nur allgemein. Zwar kam letztes Jahr bereits ¼ des in Westdeutschland verbrauchten Rohöls aus Saudi-Arabien nach 17% im Jahr zuvor, aber dies liegt vornehmlich in der Kompetenz der Ölkonzerne, die Westdeutschlands Versorgung kontrollieren. Denn mehr als ¾ der westdeutschen Importe saudischen Ursprungs gehen durch die Hände von US-Konzernen. Immerhin aber liegt der saudische Preis um 4 $ je Faß unter dem vergleichbaren Öls.

Dem westdeutschen Kapital geht es darum, Märkte zu erobern, die sich auftun durch die Öleinnahmen der OPEC-Länder; dadurch im Export Ausgleich zu finden für Märkte, die im Innern durch höhere Ölpreise verloren gegangen sind. Nach der ersten Ölpreiserhöhung war dies noch weitgehend gelungen. Mit 4,5 Mrd. DM war der Warenaustausch mit Saudi-Arabien 1974 in die roten Zahlen gerutscht, 1978 und 1979 war ein Überschuß zugunsten der BRD erreicht. 1980 aber schloß die Bilanz wieder mit –5,6 Mrd. DM.

Laut Bundesstelle für Außenhandelsinformation ist Saudi-Arabien „weltweit einer der interessantesten Absatzmärkte", mit Abstand der bedeutendste in der arabischen Welt. Die Bauindustrie kassierte von den insgesamt 47 Mrd. DM Auslandsaufträgen in den letzten fünf Jahren 27 Mrd. DM aus Saudi-Arabien. Den Export führt die Automobilindustrie an, gefolgt von der Elektroindustrie und dem Maschinenbau.

Mehr noch als bisher kommt es auf Großaufträge an. Investitionen von 300 Mrd. $ sieht der saudiarabische Fünfjahrplan 1980–1985 vor. Doch für den Bau von Chemieanlagen, Schwerpunkt der saudischen Investitionsplanung, konnten US- und japanische Firmen die Aufträge an Land ziehen. 27% des saudischen Importmarktes halten die USA, 20% Japan, 13% die BRD, je 9% Großbritannien und Italien (Importe aus Industrieländern 1978). 1980 sanken die Aufträge an die BRD um 4%.

Einem „so guten Geschäftspartner, der sich wirklich vorbildlich verhalten hat", könne man den Panzer-Wunsch kaum abschlagen, urteilt Hans Matthöfer. Er ist ohnehin kreditverbunden und soll im Vermitteln von Aufträgen besonders agil sein.

Doch den Geschäftsinteressen mit dem saudischen Königshaus stehen andere entgegen. 118 Mio. Mark haben westdeutsche Kapitalisten in Saudi-Arabien investiert, 621 Mio. Mark aber „arbeiten" in Israel. Und nicht nur dies. Ausbau des zionistischen Brückenkopfes steht für die bisherige Nahost-Politik. Saudi-Arabien ist erklärtermaßen ein gewichtiger Teil der antizionistischen Front. So ist denn bei jenen Bourgeois, die das Gesamtinteresse zu vertreten haben, zur Richtlinie geworden, nicht Geschäfts-, sondern nur Sicherheits- und außenpolitische Interessen dürften den Ausschlag für das Waffengeschäft geben.

Doch wie sehen jene aus! Für Günther Gillessen von der „Frankfurter Allgemeinen" ist der Punkt, auf den es ankommt, die Frage: „Dient eine Waffenlieferung an Saudi-Arabien dem Schutz berechtigter deutscher Interessen?" Und flugs ist er bei der Feststellung, da Panzer keine Waren wie Autos seien, müsse von Saudi-Arabien ein politischer Preis verlangt werden, nämlich „Mitwirkung am Frieden im Nahen Osten".

Hier freilich täuschen sich die schlauen westdeutschen Diplomaten. Saudi-Arabien hat es nicht nötig, auf solche Händel einzugehen. Das westdeutsche Kapital braucht saudisches Öl und saudische Aufträge mehr, als Saudi-Arabien den Leopard II braucht. Sie versuchen, die Veränderungen wegzuleugnen, die sie überhaupt in die Lage gebracht haben, in der sie sich jetzt befinden.

An der Frage der Waffenlieferungen an Saudi-Arabien ist das positive dies, daß die zionistische Garnision geschwächt ist und auch die Karte Sadat nicht weit reicht. Das übersehen auch jene, die, sonst „links" auftretend, Panzerlieferungen an Saudi-Arabien ablehnen, weil sie Israel gefährdeten. Im Interesse des Friedens und des Selbstbestimmungsrechts der Völker könnte gerade die zionistische Aggression gegen die arabische Nation berechtigter Grund *für* die Lieferung sein.

Auslaufen der Montan-Mitbestimmung wirft praktische und theoretische Fragen auf

bsc. Im Frühjahr 1980 trat der Vorstandsvorsitzende der Mannesmann AG, Dr. Egon Overbeck, mit dem Plan an die Öffentlichkeit, den Mannesmann-Konzern so umzustruktuieren, daß die Hüttenwerke nicht länger direkter Bestandteil der Mannesmann AG sind, sondern der Mannesmann-Röhrenwerke AG werden. Das Ziel der Umstruktuierung sollte sein, jährliche Betriebskosten von ca. 50 Mio. DM zu sparen. Ein Nebeneffekt sollte sein, daß damit die Mannesmann AG aus der Montan-Mitbestimmung herausfalle. Die IG Metall wertete diesen Plan als einen Angriff auf die Montan-Mitbestimmung, lehnte mit den Stimmen der Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat dies Konzept ab, wurde aber überstimmt und führte verschiedene Aktionen auf betrieblicher und lokaler Ebene durch, bis dahin, daß der 30. Januar zum jährlichen Kampftag für den Erhalt der Montan-Mitbestimmung erklärt wurde und bundesweit Aktionen und Veranstaltungen organisiert werden.

Diese Auseinandersetzung fiel in die Wahlkampfzeit und alle bürgerlichen Parteien ergriffen die Gelegenheit zur Profilierung. Von Seiten der SPD lancierte ihr Fraktionsvorsitzender einen sogenannten Gruppenantrag, der vage formuliert beinhaltete, daß alle Unternehmen, die gegenwärtig der Montan-Mitbestimmung unterliegen, dort verbleiben sollen. Die FDP betonte ihre prinzipielle Haltung gegen Gruppenegoismus und für individuelle Freiheiten, hielt sich aber im Konkreten stark zurück. Von Seiten der CDU/CSU präsentierte Strauß nach einigen Wochen ratlosen Zögerns eine Alternative, die von Dr. Egon Overbeck stammte und beinhaltete, daß die Montan-Mitbestimmung solange gelten sollte, wie 30 Prozent des Konzerumsatzes (gegenwärtig 50 Prozent) dem Bereich der Montanindustrie entspringen. Der Gruppenantrag des H. Wehner wurde im Bundestag nie behandelt und nach den Wahlen erklärte dieser, dieser Antrag sei mit dem Ende der Legislaturperiode „zu den Akten gelegt“. Die CDU/CSU blieb bei der Overbeck-Strauß-Alternative, erhob diese aber nie in den Rang eines Gesetzentwurfs, so daß darüber praktisch auch nie verhandelt wurde. Nach den Wahlen einigten sich SPD und FDP im Rahmen der Koalitionsverhandlungen auf einen Regierungsentwurf, der beinhaltet, daß die Montan-Mitbestimmung weitere sechs Jahre gelten soll, wenn ein Konzern aus den Bedingungen der Montan-Mitbestimmung herausfalle.

Parteien ergriffen die Gelegenheit zur Profilierung. Von Seiten der SPD lancierte ihr Fraktionsvorsitzender einen sogenannten Gruppenantrag, der vage formuliert beinhaltete, daß alle Unternehmen, die gegenwärtig der Montan-Mitbestimmung unterliegen, dort verbleiben sollen. Die FDP betonte ihre prinzipielle Haltung gegen Gruppenegoismus und für individuelle Freiheiten, hielt sich aber im Konkreten stark zurück. Von Seiten der CDU/CSU präsentierte Strauß nach einigen Wochen ratlosen Zögerns eine Alternative, die von Dr. Egon Overbeck stammte und beinhaltete, daß die Montan-Mitbestimmung solange gelten sollte, wie 30 Prozent des Konzerumsatzes (gegenwärtig 50 Prozent) dem Bereich der Montanindustrie entspringen. Der Gruppenantrag des H. Wehner wurde im Bundestag nie behandelt und nach den Wahlen erklärte dieser, dieser Antrag sei mit dem Ende der Legislaturperiode „zu den Akten gelegt“. Die CDU/CSU blieb bei der Overbeck-Strauß-Alternative, erhob diese aber nie in den Rang eines Gesetzentwurfs, so daß darüber praktisch auch nie verhandelt wurde. Nach den Wahlen einigten sich SPD und FDP im Rahmen der Koalitionsverhandlungen auf einen Regierungsentwurf, der beinhaltet, daß die Montan-Mitbestimmung weitere sechs Jahre gelten soll, wenn ein Konzern aus den Bedingungen der Montan-Mitbestimmung herausfalle.

Die FDP setzte durch, daß die bestehende Montan-Mitbestimmung dahingehend geändert wird, daß die Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsräten nicht mehr von den Gewerkschaften entsandt werden, sondern von diesen vorgeschlagen und von den entsprechenden Betriebsräten gewählt werden. Dieser Regierungsentwurf wurde im März 1981 Gesetz, wobei er nicht nur die Stimmen aller SPD- und FDP-Abgeordneten bekam, sondern auch eine Handvoll Stimmen von der CDU/CSU, und zwar von Abgeordneten, die dem „Wirtschaftsrat“, eine Vereinigung sympathisierender Kapitalisten, angehören. H. Wehner interpretierte den Zweck des Gesetzes dahingehend, daß er Zeit verschaffe, um bei den nächsten Wahlen eine ausreichende (sozialdemokratische) Mehrheit im Bundestag zu erreichen. Die FDP ließ unverhohlen durchblicken, daß damit die Montan-Mitbestimmung auslaufe. Die IG Metall und der DGB haben den Regierungsentwurf abgelehnt, weil er die Montan-Mitbestimmung nicht langfristig sichere und obendrein die Stellung der Gewerkschaften schwäche.

Entstehung und Entwicklung der Montan-Mitbestimmung

Im Januar 1947 boten Vorstandsmitglieder der Gutehoffnungshütte und der Klöckner Werke in inhaltlich abgestimmten Briefen dem Vorläufer des DGB paritätische Besetzung der Aufsichtsräte an, um gemeinsam gegen die „die Wirtschaftlichkeit der Betriebe gefährdende Entflechtung der Alliierten“ vorzugehen. Die Klöckner-Werke boten sogar an, daß der Aufsichtsrat mehrheitlich von Gewerkschaftsvertretern und Vertretern der öffentlichen Hand besetzt werden solle. Von Seiten der britischen Besatzer – zu dem Zeitpunkt regierte in London die Labour-Party, die die Verstaatlichung der Großindustrie propagierte und betrieb – wurde dieser paritätischen Besetzung der Aufsichtsräte in den Unternehmen der Montan-Industrie (Bergbau und Eisen- und Stahlindustrie) zugestimmt. Die Interessen der Kapitalisten bestanden darin, ihr Eigentum zu sichern, sowohl gegenüber den alliierten Besatzungsmächten, die die bekanntesten Kohle- und Stahlbarone interniert hielten und Treuhandgesellschaften gegründet hatten, wie auch gegenüber der Arbeiterbewegung, die die Sozialisierung der Grundstoffindustrie, speziell der Montanindustrie forderte. Eine Forderung, die in dieser Formulierung zu dem Zeitpunkt praktisch von allen Parteien unterstützt wurde. Weiterhin konnten sich die Bourgeois an die Spitze der Anti-Demontage-Bewegung stellen und die Eigentumsfrage ausgeklammert lassen.

Gleich nach Verabschiedung des Grundgesetzes, worin ja die Eigentumsfrage im Sinne der Kapitalisten wieder eindeutig geklärt war, und der Gründung der BRD versuchte die Adenauer-Regierung 1950 die Montan-Mitbestimmung als „Ausnahmegesetz“ zu beseitigen und eine einheitliche drittelparitätische Besetzung der Aufsichtsräte einzuführen. IG Metall und IG Bergbau und Energie führten Urabstimmungen in der Montan-Industrie durch, in denen sich jeweils über 90 Prozent für Streik aussprachen. Im Januar 1951 einigten sich eine Regierungs- und eine Gewerkschaftsdelegation unter Hans Böckler auf die Form der bereits praktizierten Montan-Mitbestimmung.

Sämtliche Novellen der Montan-Mitbestimmung im Laufe der letzten 30 Jahre, egal, was ihr Anlaß war, brachten Veränderungen in der Zusammensetzung und im Zustandekommen von Arbeitnehmervertretern. Und jede dieser Änderungen verringerte entweder den Anteil der „betriebsfremden“ Gewerkschaftsvertreter oder schränkte das „Entsendungsrecht“ der Gewerkschaften ein.

In diesem Punkt setzen die Kapitalisten prinzipiell an und argumentieren etwa so: erstens stünde das Recht auf Zusammensetzung des Aufsichtsrates ausschließlich den Anteilseignern zu, weshalb sie auch formell auf der Wahl durch die Aktionärsversammlung beharren. Zweitens könne man in gewis-

Grundgesetzes, worin ja die Eigentumsfrage im Sinne der Kapitalisten wieder eindeutig geklärt war, und der Gründung der BRD versuchte die Adenauer-Regierung 1950 die Montan-Mitbestimmung als „Ausnahmegesetz“ zu beseitigen und eine einheitliche drittelparitätische Besetzung der Aufsichtsräte einzuführen. IG Metall und IG Bergbau und Energie führten Urabstimmungen in der Montan-Industrie durch, in denen sich jeweils über 90 Prozent für Streik aussprachen. Im Januar 1951 einigten sich eine Regierungs- und eine Gewerkschaftsdelegation unter Hans Böckler auf die Form der bereits praktizierten Montan-Mitbestimmung.

Sämtliche Novellen der Montan-Mitbestimmung im Laufe der letzten 30 Jahre, egal, was ihr Anlaß war, brachten Veränderungen in der Zusammensetzung und im Zustandekommen von Arbeitnehmervertretern. Und jede dieser Änderungen verringerte entweder den Anteil der „betriebsfremden“ Gewerkschaftsvertreter oder schränkte das „Entsendungsrecht“ der Gewerkschaften ein.

In diesem Punkt setzen die Kapitalisten prinzipiell an und argumentieren etwa so: erstens stünde das Recht auf Zusammensetzung des Aufsichtsrates ausschließlich den Anteilseignern zu, weshalb sie auch formell auf der Wahl durch die Aktionärsversammlung beharren. Zweitens könne man in gewis-

ser Weise einen moralischen Anspruch der Arbeitnehmer auf Mitbestimmung akzeptieren, insofern diese an der Bewahrung des Eigentums beteiligt sind. Drittens aber entbehren „betriebsfremde“ Gewerkschaftsvertreter jeglicher Legitimation und rechtlicher Grundlage. So haben die Kapitalisten von Anfang an (1951) die Montan-Mitbestimmung als Ausnahmegesetz und im Prinzip unvereinbar mit dem Grundgesetz verhandelt und als einen historischen Notnagel interpretiert. Und der Mitbestimmungsexperte des Arbeitgeberverbandes, Thüsing, scheut nicht die Demagogie, daß es sich bei der Montan-Mitbestimmung um „Besatzerrecht“ handele, das mit der entwickelten Souveränität der BRD nicht länger vereinbar sei.

SPD: Vom Wirtschaftsuntertan zum Wirtschaftsbürger

Im Godesberger Programm der SPD von 1959 heißt es im Abschnitt „Die Gewerkschaften in der Wirtschaft“: „Die Gewerkschaften kämpfen um einen gerechten Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit und um das Recht auf Mitbestimmung im wirtschaftlichen und sozialen Leben ... Demokratie aber verlangt Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der gesamten Wirtschaft. Der Arbeitnehmer muß aus einem Wirtschaftsuntertan zu einem Wirtschaftsbürger werden.

Die Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie und im Kohlebergbau ist ein Anfang zu einer Neuordnung der Wirtschaft. Sie ist zu einer demokratischen Unternehmensverfassung für die Großwirtschaft weiterzuentwickeln.“

Ausgangspunkt des Gerechtigkeitsanspruchs ist der Schein der Gleichheit zwischen Lohnarbeit und Kapital. Historisch wurde dieser Schein während der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte insofern bekräftigt, als die wachsende Akkumulation von Kapital und Reichtum auf der einen Seite Hand in Hand ging mit wachsendem Reichtum auf Seiten der Arbeiterklasse in Gestalt eines wachsenden Umfangs an Konsumtionsmitteln. In den Krisenjahren 1966/67 und 1974/75 traten die unvereinbaren Gegensätze zwischen Lohnarbeit und Kapital schroff hervor. Die SPD reagiert auf diese Tatsache, in dem sie die Frage der Mitbestimmung und der materiellen Besserung der Lage der Arbeiterklasse strikt trennt und die Forderung nach (Montan-)Mitbestimmung als rein politische Forderung erhebt: „Die Forderung nach Mitbestimmung ist der Ausdruck des Strebens der Menschen nach mehr Freiheit und Selbstverantwortung. Durch die Mitbestimmung sollen überall dort, wo Herrschaft über Menschen ausgeübt wird, die Betroffenen an der Ausübung und Kontrolle dieser Herrschaft in sinnvoller Weise beteiligt werden ... Arbeitnehmer und Anteilseigner sind gleichermaßen daran interessiert, die Stellung ihres Unternehmens am Markt zu erhalten und zu verbessern. Trotzdem gibt es in unternehmenspolitischen Fragen Interessensgegensätze ... Die Mitbestimmung will jedoch erreichen, daß die gegensätzlichen Interessen offen und fair ausgetragen werden ...“ (Orientierungsrahmen 85) Jetzt wird die Programmatik praktisch reaktionär, insofern die Arbeiter aufgerufen werden, sich in den Konkurrenzschlachten an die Seite ihrer Kapitalisten zu stellen. Der spätere Verweis auf das Betriebsverfassungsgesetz, das nur mittels Mitbestimmung voll ausgeschöpft werden könne, ist, gelinde gesagt, unverschämt, denn der gleiche „Orientierungsrahmen 85“ zählte einige Seiten weiter dieses Betriebverfassungsgesetz von 1972 als eine der Glanztaten sozialdemokratischer Reformpolitik auf. Der Sache nach geht es um den §112, worin im Falle von Massenentlassungen Sozialpläne vorgeschrieben werden, aber die Einigung über einen Sozialplan nicht Vorraussetzung ist für die Durchführung der Rationalisierungsmaßnahmen. Der Vorteil der Montan-Mitbestimmung ist nun der, daß Betriebsräte und Gewerkschaften durch den gewerkschaftsnahen Arbeitsdirektor in der Regel früher Kenntnis bekommen von solchen Rationalisierungsplänen, was die Abwehr überfallartiger Massenentlassungen erleichtert.

DKP: Mitbestimmung zwecks Arbeitsplatzsicherung und gegen Machtmißbrauch der Monopole

In den Thesen des Düsseldorfer Parteitags von 1971 stellt die DKP fest: „Mitbestimmung darf kein Mittel illusionärer Sozialpartnerschaft oder ‚Klassenharmonie‘ sein. Sie muß vielmehr zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Verbesserung der Lebensbedingungen, als Waffe zur Einschränkung der Macht des Großkapitals benutzt werden.

Obwohl die DKP weitergehende Vorstellungen hat, hält sie die Durchsetzung der von den Gewerkschaften entwickelten Vorschläge für ein besseres Betriebsverfassungsgesetz nach wie vor für notwendig und unterstützt die gewerkschaftlichen Forderungen zur Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Großunternehmen ... Sie (die Mitbestimmung, d. Verf.) kann nur in dem Maße verwirklicht werden, wie auch das politische Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse verändert wird.“ Nachdem die DKP einleitend ausdrücklich davor warnt, der Mitbestimmung illusionäre Inhalte zu unterschieben, tut sie selbst das im Extrem, indem sie die Mitbestimmung als ein Mittel zur Sicherung von Arbeitsplätzen bestimmt. Wo aber, wenn nicht in der Montanindustrie wurde die Zahl der Arbeitsplätze drastischer verringert? Im Ruhrbergbau wurde die Gesamtbelegschaft in den letzten 20 Jahren von über 350000 auf jetzt noch ein gutes Drittel davon verringert und in der Stahlindustrie fand und findet eine ähnliche Entwicklung statt. Was man feststellen kann, ist, daß die Montan-Mitbestimmung eine Hilfe war, um schlagartige Massenentlassungen im Stile von Ford und AEG zu verhindern und sie durch Sozialpläne zu ersetzen, die den Belegschaftsabbau und die Verminderung der Arbeitsplätze mittels Umsetzungen und früherer Verrentung abwickelten. Mitbestimmung als Mittel der Arbeitsplatzsicherung treibt die Illusion auf die Spitze, weil sie im Rahmen der kapitalistischen Warenproduktion ein grundlegendes Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise – nämlich sich selbst eine überschüssige Arbeiterbevölkerung zu produzieren – außer Kraft setzen will.

Offensichtlich hat es in der Nachkriegsgeschichte der BRD Umstände gegeben, die die Verwirklichung dieses Gesetzes modifizierten. So ist der Umfang der Produktion so gewachsen, daß bis Mitte der 60er Jahre zusätzliche Arbeitskraft angezogen wurde und war es auch bisher der Kapitalistenklasse trotz wachsender industrieller Reservearmee nicht möglich, eine qualitative Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeiterbevölkerung insgesamt durchzusetzen, weil die westdeutsche Arbeiterbewegung gewerkschaftlich einheitlich und relativ hochorganisiert ist. Mit dem Programm vom Mannheimer Parteitag 1978 nimmt die DKP eine neue Lageeinschätzung vor. Gehen die Thesen 1971 im wesentlichen von einer Offensive der Arbeiter und demokratischen Bewegung aus, so wird jetzt „die Verteidigung der in der Vergangenheit erkämpften sozialen Rechte“ als taktische Losung gegeben und in diesem Rahmen „mißt die DKP ... dem Kampf um Mitbestimmung und demokratische Kontrolle große Bedeutung bei.“ Die Charakterisierung der Mitbestimmung als soziales Recht ist unzutreffend. Da trifft die SPD-Formulierung schon eher, wenn im Orientierungsrahmen festgestellt wird: „Die Mitbestimmung will jedoch erreichen, daß die gegensätzlichen Interessen offen und fair ausgetragen werden.“ Das trifft deshalb eher, weil die Mitbestimmung und gerade auch die Montan-Mitbestimmung keine materiellen und sozialen Vorteile beinhaltet, sondern ausschließlich formelle Positionen festlegt, die gegen Willkürakte der Kapitalisten genutzt werden können. Im übrigen ordnet die DKP die Mitbestimmung sehr weitgehend in ihr Konzept einer „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ ein: „Die Arbeiterklasse ist für eine Mitbestimmung der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften, die vom Arbeitsplatz über den Betrieb und das Unternehmen bis hin zur Mitentscheidung in der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik reicht.“ Auch angesichts der von der DKP selbst getroffenen Kräfteeinschätzung riecht dieses Konzept mehr nach Unterwanderung aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche und kann die „Wende“ nur von außen erhofft werden.

Welche Konsequenzen aus dem Scheitern der Montan-Mitbestimmung ziehen?

Der Vorstoß des Dr. Egon Overbeck, das praktische Vorgehen bei Hoesch-ESTEL und jetzt bei Krupp, wo Massenentlassungen ohne die bisher üblichen Sozialpläne anstehen, signalisieren, daß sich die Konkurrenzlage auf dem europäischen Stahlmarkt so weit zugespitzt hat und die konsolidierte industrielle Reservearmee in Westdeutschland so stark angeschwollen ist, daß die notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen jetzt und sofort durchgezogen werden müssen und können, und nicht der etwas langwierige und kostspielige Weg von gütlich abgestimmten Sozialplänen gegangen werden muß.

Der Hauptnutzen der Montan-Mitbestimmung bestand darin, daß sie half, in den Krisen das ruckartige Freisetzen von Arbeitern zu dämpfen – tatsächlich fand es ja in nicht unerheblichem Umfang über die Leiharbeiter statt – und, im Rahmen des Prozesses der ständigen Freisetzung von lebendiger Arbeit, diesen zu kanalisieren. Diese Milderungen wurden bezahlt mit der ebenso gewohnheitsmäßigen Zustimmung auf schrankenlose Vernutzung der Arbeitskraft insbesondere in Hochkonjunkturzeiten; die Ablehnung von Überstunden und Überschichten ist in der Stahlindustrie wirklich unüblich. Sowieso ging zu Beginn der 60er Jahre die Einführung von Sozialplänen und die Einführung des Conti-Schichtsystems parallel. Auch goldene Ketten sind vor allem Ketten.

In ihrer Begründung für die Montan-Mitbestimmung heben die Sozialdemokraten stärker den praktischen Nutzen hervor, während die DKP sie in ihr Demokratisierungskonzept einordnet. Beide haben theoretisch falsche Vorraussetzungen (siehe auch KVZ 34/80 Seite 14/15). Praktisch wird mit dem schroffen Aufbrechen der Widersprüche zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse der Boden für Mitbestimmungsillusionen zusehends beseitigt. Aber praktisch bleibt das Problem, für welche Rechte die Arbeiterklasse innerhalb des Kapitalismus kämpfen muß, um im Rahmen dieser Ordnung ihre Haut so teuer wie möglich zu verkaufen, und für welche Rechte die Arbeiterbewegung kämpfen muß, um die Durchsetzung ihrer sozialistischen Interessen vorzubereiten. SPD und DKP behaupten ja mehr oder minder weitgehend, mit der Mitbestimmung den Dreh für beide Probleme gefunden zu haben. Damit sind sie jetzt beide in der Krise. Und tatsächlich findet in der Gewerkschaft ja so etwas wie eine Strategiedebatte statt, worin die Frage der Erfahrungen mit der (Montan-)Mitbestimmung ein Punkt ist.

Um das Problem an einem Beispiel anzureißen: In der jüngsten Ausgabe der gewerkschaftlichen Monatshefte ist eine Rede von Gerhard Leminsky wiedergegeben mit dem Titel „Wandel gewerkschaftlicher Strategien nach dem 2. Weltkrieg“ und dem Untertitel „Zwischen institutioneller Orientierung und Besinnung auf die eigene Kraft“. Leminsky ist, salopp gesagt, einer der Cheftheoretiker des DGB. Ausgehend von dem Tatbestand zu-

sche Vorraussetzungen (siehe auch KVZ 34/80 Seite 14/15). Praktisch wird mit dem schroffen Aufbrechen der Widersprüche zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse der Boden für Mitbestimmungsillusionen zusehends beseitigt. Aber praktisch bleibt das Problem, für welche Rechte die Arbeiterklasse innerhalb des Kapitalismus kämpfen muß, um im Rahmen dieser Ordnung ihre Haut so teuer wie möglich zu verkaufen, und für welche Rechte die Arbeiterbewegung kämpfen muß, um die Durchsetzung ihrer sozialistischen Interessen vorzubereiten. SPD und DKP behaupten ja mehr oder minder weitgehend, mit der Mitbestimmung den Dreh für beide Probleme gefunden zu haben. Damit sind sie jetzt beide in der Krise. Und tatsächlich findet in der Gewerkschaft ja so etwas wie eine Strategiedebatte statt, worin die Frage der Erfahrungen mit der (Montan-)Mitbestimmung ein Punkt ist.

Um das Problem an einem Beispiel anzureißen: In der jüngsten Ausgabe der gewerkschaftlichen Monatshefte ist eine Rede von Gerhard Leminsky wiedergegeben mit dem Titel „Wandel gewerkschaftlicher Strategien nach dem 2. Weltkrieg“ und dem Untertitel „Zwischen institutioneller Orientierung und Besinnung auf die eigene Kraft“. Leminsky ist, salopp gesagt, einer der Cheftheoretiker des DGB. Ausgehend von dem Tatbestand zu-

nehmender Angriffe der Kapitalisten in allen Fragen, der Lockerung der Verbindungen zwischen den Gewerkschaften und allen Parlamentsparteien und reaktionären Maßnahmen seitens des Staatsapparates schlägt er vor: „An die Stelle institutioneller Ansätze ist die Problemorientierung getreten. Und da die Probleme meist im Betrieb auftreten, ist eine Verstärkung dessen (notwendig) ..., was man mit Betriebspolitik beschreiben könnte.“ Diese Schlußfolgerungen sind nicht ungefährlich, weil es gerade jetzt auf gesetzliche Regelungen gegen den Verbrauch der Arbeitskraft ankommt, wie die Beseitigung der Schichtarbeit und die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. In einer Lage, wo die industrielle Reservearmee anschwillt, muß die Arbeiterbewegung gerade auf einheitliche, gesetzliche Regelungen dringen.

Leminsky wirft auch das Problem des Verhältnisses der Arbeiterbewegung zur demokratischen Bewegung im Zusammenhang der Bürgerinitiativen gegen die Zerstörung der Lebensbedingungen auf. Er schlägt dazu vor, daß die Gewerkschaften diesen Zusammenhang von Produktion und Reproduktion sehen und neue „Formen der Konfliktaustragung entwickeln“ müssen, womit er größere Massenaktionen zwecks Druck auf den Staatsapparat meint. Letztlich kommt er dazu, daß die Zeiten „geschlossener Systeme“ vorbei sind und es mehr auf den einzelnen „konkreten Fortschritt“ ankommt. Dies wäre die unangenehmste Schlußfolgerung aus der veränderten Lage, daß nämlich die Arbeiterbewegung mit dem Scheitern dieses reformistischen Weges auch die sozialistische Perspektive selbst aufgeben soll.

Paritätische oder Montan-Mitbestimmung?

Alle Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie und des Kohlebergbaus (Montanindustrie), deren Umsatz zu mehr als 50 Prozent aus diisen Bereichen kommt.

Zusammensetzung des Aufsichtsrats:

ein Neutraler plus von den restlichen Mitgliedern je die Hälfte Vertreter der Anteilseigner und Vertreter der Arbeitnehmer.
Die Vertreter der Anteilseigner scheiden sich in zwei Sorten:
Vertreter der Anteilseigner plus einem unabhängigen, den Anteilseignern nahestehenden Aufsichtsratsmitglied, der von erstgenannten gewählt wird.
Die Vertreter der Arbeitnehmer scheiden sich in vier Sorten:
1. ein Arbeiter des Unternehmens und 2. ein Angestellter des Unternehmens; 3. Vertreter der Gewerkschaften, die im Unternehmen vorherrschen; diese wurden bisher von den betreffenden Gewerkschaften entsandt, müssen aber jetzt erst von diesen vorgeschlagen und von den Betriebsräten mehrheitlich gewählt werden. 4.

gerufen werden, sich in den Konkurrenzschlachten an die Seite ihrer Kapitalisten zu stellen. Der spätere Verweis auf das Betriebsverfassungsgesetz, das nur mittels Mitbestimmung voll ausgeschöpft werden könne, ist, gelinde gesagt, unverschämt, denn der gleiche „Orientierungsrahmen 85“ zählte einige Seiten weiter dieses Betriebverfassungsgesetz von 1972 als eine der Glanztaten sozialdemokratischer Reformpolitik auf. Der Sache nach geht es um den §112, worin im Falle von Massenentlassungen Sozialpläne vorgeschrieben werden, aber die Einigung über einen Sozialplan nicht Vorraussetzung ist für die Durchführung der Rationalisierungsmaßnahmen. Der

standards der Arbeiterbevölkerung insgesamt durchzusetzen, weil die westdeutsche Arbeiterbewegung gewerkschaftlich einheitlich und relativ hochorganisiert ist. Mit dem Programm vom Mannheimer Parteitag 1978 nimmt die DKP eine neue Lageeinschätzung vor. Gehen die Thesen 1971 im wesentlichen von einer Offensive der Arbeiter und demokratischen Bewegung aus, so wird jetzt „die Verteidigung der in der Vergangenheit erkämpften sozialen Rechte“ als taktische Losung gegeben und in diesem Rahmen „mißt die DKP ... dem Kampf um Mitbestimmung und demokratische Kontrolle große Bedeutung bei.“ Die Charakterisierung der Mitbe-

Paritätische oder Montan-Mitbestimmung?

Alle Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie und des Kohlebergbaus (Montanindustrie), deren Umsatz zu mehr als 50 Prozent aus diisen Bereichen kommt.

Zusammensetzung des Aufsichtsrats:

ein Neutraler plus von den restlichen Mitgliedern je die Hälfte Vertreter der Anteilseigner und Vertreter der Arbeitnehmer.
Die Vertreter der Anteilseigner scheiden sich in zwei Sorten:
Vertreter der Anteilseigner plus einem unabhängigen, den Anteilseignern nahestehenden Aufsichtsratsmitglied, der von erstgenannten gewählt wird.
Die Vertreter der Arbeitnehmer scheiden sich in vier Sorten:
1. ein Arbeiter des Unternehmens und 2. ein Angestellter des Unternehmens; 3. Vertreter der Gewerkschaften, die im Unternehmen vorherrschen; diese wurden bisher von den betreffenden Gewerkschaften entsandt, müssen aber jetzt erst von diesen vorgeschlagen und von den Betriebsräten mehrheitlich gewählt werden. 4.
ein unabhängiges, den Vertretern der Arbeitnehmer nahestehendes Aufsichtsratmitglied, das von den vorgenannten Arbeitnehmervertretern gewählt wird.
Der *Arbeitsdirektor* ist Mitglied des vom Aufsichtsrat bestimmten Vorstandes, zuständig für Personal- und Sozialfragen und darf nicht gegen die Mehrheit der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat bestimmt werden.



Pressekonferenz der IG Metall: *Herr Loderer, wie steht es denn mit der Kassenlage der IG* (Loderer: Gut!) *Metall?* Loderer: Ausgezeichnet! (Gelächter). *Umfangreiche Streikmaßnahmen – erwarten Sie da Schwierigkeiten!* Loderer: Sie dürfen davon ausgehen, daß wir nicht Vabanque spielen ... Sie dürfen also davon ausgehen, wenn uns, der IG Metall, dieser Kampf aufgezwungen wird, wir ihn so führen, angemessen an dem, wie die vorausgegangenen Kämpfe geführt worden sind und zwar mit vollem Einsatz und ich hoffe auch mit dem entsprechenden Erfolg.

Im US-Kohlebergbau steht langer Streik bevor

Es geht um den Rentenfonds und um die Rechte der Gewerkschaft

frb. Nach weniger als einer Woche sind die erneuten Verhandlungen im amerikanischen Kohlebergbau unterbrochen, ohne daß ein neuer Termin vereinbart worden wäre. Seit 29. März sind die Bergarbeiter im Streik. Das erste Verhandlungsergebnis, das der Gewerkschaftsvorstand bereits angenommen hatte, haben die 160000 Mitglieder der UMW, der Gewerkschaft der Bergarbeiter, in Urabstimmung mit ⅔-Mehrheit abgelehnt. Im südlichen West Virginia, einem Zentrum des Bergbaus, betrug die Ablehnung um die 90%.

Alles richtet sich auf einen langen Kampf ein. Nach Angaben der Industrie ist die nationale Produktion auf die Hälfte gesunken. In den Appalachen hielten Streikposten zwei Tage lang einen Kohlenzug auf, nichtgewerkschaftliche Minen werden zu blockieren versucht. Die Kapitalisten schaffen gekaufte Streikbrecher heran, und es wird bereits von Zusammenstößen berichtet. Auch Schießereien werden gemeldet.

B.R. Brown, Verhandlungsführer des Kapitalistenverbandes, ist zugleich Präsident des zweitgrößten der mit der Öl- und Stahlindustrie eng versippten Kohlebergwerke. Noch bevor die Ablehnung des neuen Vertrags bekannt war, hatte die „Business Week" jubiliert, er mache die Übertreibungen der Vergangenheit wieder gut. Letztes Jahr sei die Produktivität um 8% gestiegen und bereits die halbe Steigerung würde mehr bringen, als der Tarifvertrag koste.

Doch die Rechnung der Kapitalisten ist nicht aufgegangen. Sie wähnten die Gewerkschaft schwach wegen des 111-Tage-Streiks 1977/78, doch die Arbeiter sehen jetzt dessen Fortsetzung als notwendig an. „Es geht um das gleiche wie damals. Es ist eine bloße Fortsetzung", heißt es.

Drei Punkte waren es vor allem, die die Arbeiter zur Ablehnung des bereits ausgehandelten Vertrags zwangen. Einmal ging es um eine Änderung des Passus, der für alle Fremd- und Untervertragsarbeiten die Beschäftigung von UMW-Mitgliedern verlangt. Es mußte befürchtet werden, daß mit dieser Änderung die immer weiter um sich greifende Praxis der großen Gesellschaften legalisiert würde, Teile der Produktion an kleine Unternehmen zu vergeben, die nicht in der Gewerkschaft sind. Es darf nämlich in den USA eine Gewerkschaft in einem Unternehmen nur aktiv werden, wenn sie bei einer von mindestens 30% der Belegschaft beantragten geheimen Abstimmung unter staatlicher Aufsicht die Mehrheit erringt. Gegenwärtig fördern gewerkschaftliche Minen nur 50% der US-Kohle, während es 1970 noch 70% waren. „Hätten wir diesen Vertrag durchgehen lassen", sagte einer der lokalen Präsidenten gegenüber dem „Guardian", „so hätte es in fünf Jahren keine United Mine Workers Gewerkschaft mehr gegeben."

Ein weiterer Kernpunkt war die Beseitigung der Abgabe von 1,90 $ je Tonne, die die Unternehmen in die gewerkschaftliche Rentenkasse zu zahlen haben, wenn sie nichtgewerkschaftliche Kohle durch Endverarbeitungen schicken, die gewerkschaftlich organisiert sind. Die Beseitigung der Abgabe, die 52 cents über der für gewerkschaftlich gewonnene Kohle liegt, hätte die Tore für die Produktionsverlagerung auf nichtgewerkschaftliche Unternehmen weit geöffnet.

Drittens schließlich hatte der Gewerkschaftsvorstand einer Probezeit von 45 Tagen für unerfahrene Bergarbeiter zugestimmt, damit die Gesellschaften sehen könnten, ob „es sich um einen guten Mann handele." Die Mitglieder allerdings sahen darin eine moderne Version von Schwarzen Listen. Noch nie hatte sich die Gewerkschaft auf einen Probestatus eingelassen, sondern stets ab dem ersten Arbeitstag Schutz gewährt.

Erreicht hatte die Gewerkschaftsführung eine Lohnerhöhung von 3,30 $ über die dreijährige Laufzeit, Einführung von Witwenrenten ab 1982 und Verbesserung der zahnmedizinischen Versorgung. Andererseits wurden weitere Feiertage als Arbeitstage zugelassen und eine Kommission eingerichtet, die den Plan einer Auflösung des Rentenfonds in betriebliche Rentenkassen „untersuchen" sollte. Diese Pläne aber waren schon Auslösepunkt für den Streik 1977/78. Damals hatten die Unternehmen kurzerhand ihre Zahlungen an die Rentenkasse storniert, mußten aber wegen des Streiks zurückstecken.

Interview mit einem Bezirksvorstandsmitglied der IG Druck und Papier

Kannst Du kurz über den aktuellen Stand der Tarifverhandlungen in den Bereichen Druck und Papier berichten?

In der Papierindustrie hat die IG Druck und Papier in der Hauptsache linear 7,5% mehr Lohn und Gehalt gefordert. Nach vier Spitzengesprächen steht dem ein Angebot von 4,1% der Unternehmer gegenüber. In der Druckindustrie lautete die Forderung 8%, Anhebung der Ausbildungsvergütungen um den gleichen Prozentsatz wie beim Facharbeiterecklohn und Streichung der unteren Lohngruppe. Hier haben die Unternehmer im 2. Spitzengespräch am 14. April 4,2% angeboten.

Kannst Du etwas über die Form der Lohnforderungen sagen und wie schätzt Du sie ein?

Ich bleibe mal bei der Druckindustrie. Festzustellen ist, daß zahlreiche große und kampfstarke Ortsvereine wie Stuttgart, München oder Mannheim auch für die diesjährige Lohnrunde Festgeld oder Prozentforderungen mit einem Sockelbetrag gefordert haben. Die Festgeldforderungen lagen dabei um 200 DM, die geforderten Sockelbeträge lagen bei 120 – 195 DM. Fast die Hälfte der Beschäftigten in der Druckindustrie liegen in ihren Löhnen unter dem Facharbeiterecklohn, d.h. in den Lohngruppen 1 – 5. Ein Absinken der Löhne in diesen Lohngruppen würde entsprechenden Druck auf den Facharbeiterecklohn und die Löhne darüber entfalten und hier insbesondere auf die sogenannten „übertariflichen Zulagen".

Diese Ansicht scheint sich aber in der Zentralen Tarifkommission nur teilweise durchgesetzt zu haben.

Das ist richtig. Die Mehrheit der Zentralen Tarifkommission hat für den vom Hauptvorstand eingebrachten Vorschlag von 8% gestimmt. Die Betonung auf der linearen Lohnforderung nach 8% liegt eindeutig darin, den Reallohn zu verteidigen. Um das zu schaffen, müßten ca. 6% linear herauskommen. Die Forderung nach Festgeld oder Sockel ist vom Wesen der Sache her allerdings in der Streichung der untersten Lohngruppe enthalten. Sie dürfte ohne Kampf nicht durchzusetzen sein. Sie bietet aber eine gute Möglichkeit, von den Kapitalisten eine zusätzliche Anhebung der unteren Lohngruppen zu fordern, womit die Verhandlungskommission bei dem nächsten Spitzengespräch am 29. April unbedingt beginnen muß.

Der Lohnkampf wird derzeit hauptsächlich von der IG Metall geführt.

Tarifautonomie und die unterschiedlichen Laufzeiten der Lohn- und Gehaltstarife bringen es mit sich, daß die Gewerkschaften einzeln und zu unterschiedlichen Zeitpunkten mit den jeweiligen Kapitalistenverbänden verhandeln. Insofern kommt dem Kampf, den die Kolleginnen und Kollegen der IG Metall derzeit führen, in der Tat besondere Bedeutung zu. Ich meine, daß wir, wenn uns die Kapitalisten gemeinsam angreifen, und das ist eindeutig der Fall, auch gemeinsam zurückschlagen müssen. Konkret heißt das, nicht nur verbale Solidarität zu üben, sondern auch im Betrieb während der Arbeitszeit die Lage im Lohnkampf zu diskutieren, die Flugblätter der Kollegen der IG Metall zu besprechen und aktive Solidarität zu üben, etwa an Versammlungen und Kundgebungen der IG Metall teilzunehmen. Dies ist zwar an einigen Orten in der Bundesrepublik auch geschehen, aber man muß diese Aktionen gerade jetzt in einer entscheidenden Phase der Lohnverhandlungen der IG Metall, die ja auch unsere Lohnverhandlungen sind, verstärken.

Wie schätzt Du den Ausgang des Tarifkampfes für Euren Bereich ein?

In der Papierindustrie hat die Zentrale Tarifkommission im letzten Spitzengespräch grünes Licht gegeben für eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 4,8%, eine Anhebung der Ausbildungsvergütungen um den gleichen Prozentsatz zuzüglich eines Zuschlages von 30 DM. Nachdem sich die Unternehmer damit schon fast einverstanden erklärt hatten, haben sie es sich nach einer Verhandlungspause anders überlegt und 4,1% angeboten. Es ist klar, daß sie von den Kapitalistenverbänden auf Linie gebracht wurden. Ein gewisser Erfolg ist, daß die breite und kampfstarke Bewegung der Metaller und die Solidarität, die sie von anderen Gewerken bekommen haben, die Kapitalisten gezwungen hat, von ihren Vorstellungen nach Lohnerhöhungen im Rahmen von Produktivitätssteigerungen runterzugehen. Jetzt geht es darum, den Reallohn wirklich zu verteidigen oder ihn halbherzig mit Rechenkunststücken – 4 vor dem Komma, aber Volumen über 5% – letztlich abzubauen. In dieser Frage gibt es auch in den Tarifkommissionen und innerhalb der Einzelgewerkschaften unterschiedliche Auffassungen. Wenn wir jetzt den Druck verschärfen, in den Betrieben Überstunden verweigern, Kundgebungen und Versammlungen über den Rahmen der IG Metall organisieren und den 1. Mai dazu nutzen, unsere Reihen zusammenzuschließen, dann kann das Vorhaben der Reallohnsenkung vereitelt werden. Geben wir an einer Stelle nach, dann ist den Kapitalisten ein Einbruch geglückt, den wir in den nächsten Jahren zu spüren bekommen. Da hilft es auch nicht, auf das Jahr 1983 zu starren, wenn die 35 Stunden-Woche erneut verhandelt werden muß.

frb. Nach weniger als einer Woche sind die erneuten Verhandlungen im amerikanischen Kohlebergbau unterbrochen, ohne daß ein neuer Termin vereinbart worden wäre. Seit 29. März sind die Bergarbeiter im Streik. Das erste Verhandlungsergebnis, das der Gewerkschaftsvorstand bereits angenommen hatte, haben die 160000 Mitglieder der UMW, der Gewerkschaft der Bergarbeiter, in Urabstimmung mit ⅔-Mehrheit abgelehnt. Im südlichen West Virginia, einem Zentrum des Bergbaus, betrug die Ablehnung um die 90%.

Alles richtet sich auf einen langen Kampf ein. Nach Angaben der Industrie ist die nationale Produktion auf die Hälfte gesunken. In den Appalachen hielten Streikposten zwei Tage lang einen Kohlenzug auf, nichtgewerkschaftliche Minen werden zu blockieren versucht. Die Kapitalisten schaffen gekaufte Streikbrecher heran, und es wird bereits von Zusammenstößen berichtet. Auch Schießereien werden gemeldet.

B.R. Brown, Verhandlungsführer des Kapitalistenverbandes, ist zugleich Präsident des zweitgrößten der mit der Öl- und Stahlindustrie eng versippten Kohlebergwerke. Noch bevor die Ablehnung des neuen Vertrags bekannt war, hatte die „Business Week" jubiliert, er mache die Übertreibungen der Vergangenheit wieder gut. Letztes Jahr sei die Produktivität um 8% gestiegen und bereits die halbe Steigerung würde mehr bringen, als der Tarifvertrag koste.

Doch die Rechnung der Kapitalisten ist nicht aufgegangen. Sie wähnten die Gewerkschaft schwach wegen des 111-Tage-Streiks 1977/78, doch die Arbeiter sehen jetzt dessen Fortsetzung als notwendig an. „Es geht um das gleiche wie damals. Es ist eine bloße Fortsetzung", heißt es.

Drei Punkte waren es vor allem, die die Arbeiter zur Ablehnung des bereits ausgehandelten Vertrags zwangen. Einmal ging es um eine Änderung des Passus, der für alle Fremd- und Untervertragsarbeiten die Beschäftigung von UMW-Mitgliedern verlangt. Es mußte befürchtet werden, daß mit dieser Änderung die immer weiter um sich greifende Praxis der großen Gesellschaften legalisiert würde, Teile der Produktion an kleine Unternehmen zu vergeben, die nicht in der Gewerkschaft sind. Es darf nämlich in den USA eine Gewerkschaft in einem Unternehmen nur aktiv werden, wenn sie bei einer von mindestens 30% der Belegschaft beantragten geheimen Abstimmung unter staatlicher Aufsicht die Mehrheit erringt. Gegenwärtig fördern gewerkschaftliche Minen nur 50% der US-Kohle, während es 1970 noch 70% waren. „Hätten wir diesen Vertrag durchgehen lassen", sagte einer der lokalen Präsidenten gegenüber dem „Guardian", „so hätte es in fünf Jahren keine United Mine Workers Gewerkschaft mehr gegeben."

Ein weiterer Kernpunkt war die Beseitigung der Abgabe von 1,90 $ je Tonne, die die Unternehmen in die gewerkschaftliche Rentenkasse zu zahlen haben, wenn sie nichtgewerkschaftliche Kohle durch Endverarbeitungen schicken, die gewerkschaftlich organisiert sind. Die Beseitigung der Abgabe, die 52 cents über der für gewerkschaftlich gewonnene Kohle liegt, hätte die Tore für die Produktionsverlagerung auf nichtgewerkschaftliche Unternehmen weit geöffnet.

Drittens schließlich hatte der Gewerkschaftsvorstand einer Probezeit von 45 Tagen für unerfahrene Bergarbeiter zugestimmt, damit die Gesellschaften sehen könnten, ob „es sich um einen guten Mann handele." Die Mitglieder allerdings sahen darin eine moderne Version von Schwarzen Listen. Noch nie hatte sich die Gewerkschaft auf einen Probestatus eingelassen, sondern stets ab dem ersten Arbeitstag Schutz gewährt.

Erreicht hatte die Gewerkschaftsführung eine Lohnerhöhung von 3,30 $ über die dreijährige Laufzeit, Einführung von Witwenrenten ab 1982 und Verbesserung der zahnmedizinischen Versorgung. Andererseits wurden weitere Feiertage als Arbeitstage zugelassen und eine Kommission eingerichtet, die den Plan einer Auflösung des Rentenfonds in betriebliche Rentenkassen „untersuchen" sollte. Diese Pläne aber waren schon Auslösepunkt für den Streik 1977/78. Damals hatten die Unternehmen kurzerhand ihre Zahlungen an die Rentenkasse storniert, mußten aber wegen des Streiks zurückstecken.

Sockelbeträge lagen bei 120 – 195 DM. Fast die Hälfte der Beschäftigten in der Druckindustrie liegen in ihren Löhnen unter dem Facharbeiterecklohn, d.h. in den Lohngruppen 1 – 5. Ein Absinken der Löhne in diesen Lohngruppen würde entsprechenden Druck auf den Facharbeiterecklohn und die Löhne darüber entfalten und hier insbesondere auf die sogenannten „übertariflichen Zulagen".

Diese Ansicht scheint sich aber in der Zentralen Tarifkommission nur teilweise durchgesetzt zu haben.

Das ist richtig. Die Mehrheit der Zentralen Tarifkommission hat für den vom Hauptvorstand eingebrachten Vorschlag von 8% gestimmt. Die Betonung auf der linearen Lohnforderung nach 8% liegt eindeutig darin, den Reallohn zu verteidigen. Um das zu schaffen, müßten ca. 6% linear herauskommen. Die Forderung nach Festgeld oder Sockel ist vom Wesen der Sache her allerdings in der Streichung der untersten Lohngruppe enthalten. Sie dürfte ohne Kampf nicht durchzusetzen sein. Sie bietet aber eine gute Möglichkeit, von den Kapitalisten eine zusätzliche Anhebung der unteren Lohngruppen zu fordern, womit die Verhandlungskommission bei dem nächsten Spitzengespräch am 29. April unbedingt beginnen muß.

Der Lohnkampf wird derzeit hauptsächlich von der IG Metall geführt.

Tarifautonomie und die unterschiedlichen Laufzeiten der Lohn- und Gehaltstarife bringen es mit sich, daß die Gewerkschaften einzeln und zu unterschiedlichen Zeitpunkten mit den je-

eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 4,8%, eine Anhebung der Ausbildungsvergütungen um den gleichen Prozentsatz zuzüglich eines Zuschlages von 30 DM. Nachdem sich die Unternehmer damit schon fast einverstanden erklärt hatten, haben sie es sich nach einer Verhandlungspause anders überlegt und 4,1% angeboten. Es ist klar, daß sie von den Kapitalistenverbänden auf Linie gebracht wurden. Ein gewisser Erfolg ist, daß die breite und kampfstarke Bewegung der Metaller und die Solidarität, die sie von anderen Gewerken bekommen haben, die Kapitalisten gezwungen hat, von ihren Vorstellungen nach Lohnerhöhungen im Rahmen von Produktivitätssteigerungen runterzugehen. Jetzt geht es darum, den Reallohn wirklich zu verteidigen oder ihn halbherzig mit Rechenkunststücken – 4 vor dem Komma, aber Volumen über 5% – letztlich abzubauen. In dieser Frage gibt es auch in den Tarifkommissionen und innerhalb der Einzelgewerkschaften unterschiedliche Auffassungen. Wenn wir jetzt den Druck verschärfen, in den Betrieben Überstunden verweigern, Kundgebungen und Versammlungen über den Rahmen der IG Metall organisieren und den 1. Mai dazu nutzen, unsere Reihen zusammenzuschließen, dann kann das Vorhaben der Reallohnsenkung vereitelt werden. Geben wir an einer Stelle nach, dann ist den Kapitalisten ein Einbruch geglückt, den wir in den nächsten Jahren zu spüren bekommen. Da hilft es auch nicht, auf das Jahr 1983 zu starren, wenn die 35 Stunden-Woche erneut verhandelt werden muß.

Schlichtung in der Bauindustrie mit Erklärungsfrist

acm. Mit Erklärungsfrist bis 5. Mai hat die IG BSE Tarifkommission den Schlichtungsspruch von Hesselbach am 22.4. angenommen. Dieser sieht weiterhin eine Lohnerhöhung von 4% vor, schafft aber deutliche Verbesserungen beim 13. Monatsgehalt. Wollten die Kapitalisten eine „leistungsbezogene Staffelung", eine Bezahlung nach effektiv gearbeiteten Tagen, was wegen der häufigen „Schlechtwetter"-Ausfälle eine glatte Verschlechterung bedeutet hätte, so gilt jetzt der alte Berechnungsmodus nach Stundenlöhnen, wo für 1981 eine Anhebung von 60 auf 78 und 1982 auf 102 Stundensätze vorgesehen ist. Die Kapitalisten behaupten, dies entspreche einer Mehrbelastung von 0,8% für 1981 und einer „Vorbelastung" für 1982 von 1,2%. Damit mußten sie erheblich von ihren bisherigen Angeboten abweichen. Sie haben aber bereits Zustimmung zum Schlichtungsspruch signalisiert.

Streiks der italienischen Piloten

mah. In der Osterwoche streikten die in der autonomen Gewerkschaft (ANPAC) organisierten Piloten der Alitalia und Ati. Sie fordern Übernahme der Beschäftigten der Fluggesellschaft Itavia, die Konkurs gemacht hat, sowie Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Die Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL kritisieren die Lohnforderungen der ANPAC als überhöht und deren Streiks als ständisch. Tatsächlich haben sich die Piloten mit ihrer Aktion „Wilder Adler" in der Bevölkerung isoliert. Das ermöglichte dem Transportminister Formica die Durchsetzung einer Zwangsverpflichtung der Piloten und die strafrechtliche Verfolgung der Führer der ANPAC (angedrohte Strafen wegen Aufrufs zu Streiks trotz Zwangsverpflichtungsmaßnahme: drei Monate bis fünf Jahre Gefängnis). In den Verhandlungen hat die Regierung jetzt die Übernahme der Itavia-Beschäftigten weitgehend zugesichert, über Lohnerhöhungen zeigte die ANPAC Kompromißbereitschaft.

Neues über körperliche Wirkung der Arbeit am Sichtgerät

hev. Die Forschungsstelle für Lichtbiologie der Universitätsaugenklinik Münster hat jetzt erstmals Zusammenhänge zwischen körperlichen und psychischen Reaktionen und der Arbeit an Datensichtgeräten vorgelegt. Diese Untersuchungen widerlegen eindeutig das Dogma, daß Kunstlicht das Tageslicht ersetzt, wie es auch in den Richtlinien zur Arbeitsstättenverordnung behördlich festgeschrieben ist. Das Auge spielt eine doppelte Rolle: Erstens vermittelt es mit Hilfe des Lichtes eine Abbildung der Umwelt im Gehirn; zweitens beeinflussen die Lichtreize über eine Abzweigung des Sehnerven das sogenannte „autonome Nervensystem", verändern die Hormonausschüttung in die Blutbahn und wirken so direkt auf den gesamten Stoffwechsel des Organismus. Die Forschungsstelle konnte zeigen, daß bei künstlichem Licht, das eine vom natürlichen unterschiedliche Spektralzusammensetzung oder Farbkomponenten hat, streßbedingt deutlich höhere Blutspiegel des Hormons Cortisol nachzuweisen sind, was den Körper in eine höhere Alarmbereitschaft versetzt. Bereits nach 14 Tagen Arbeit am grünen, flimmernden Bildschirm des Datensichtgerätes traten bei den Versuchspersonen vermehrt Reizbarkeit, Depressionen und allgemeine Leistungsschwäche auf – Symptome, die auch bei Expeditionsteilnehmern im lichtarmen Polarwinter zu verzeichnen waren. Der Autor des Artikels in „Datascope" 36 (1981), Prof. Hollwich, schlägt vor, die erkannten „Störfaktoren" durch eine purpurrote Raumfarbe bei grünen Bildschirmen zu beseitigen. Dieser „harmonisierende Ausgleich" wirke den Streßfaktoren entgegen und fördere „positive Auswirkungen auf Wohlbefinden und Leistung." Dazu laufen derzeit weitere Forschungsprogramme.



Nachdem am 22. April bekannt wurde, daß der Krupp-Konzern beabsichtige, bis Ende 1982 in Hagen (2000), Bochum (1600), Rheinhausen (900) und Siegen die Belegschaft um 5300 zu verringern, wurden verschiedene Protestaktionen durchgeführt. An der Kundgebung in Hagen beteiligten sich 1200 Mann.

Chilenische Kupferarbeiter im Streik für höheren Lohn

acm. Seit dem 22.4. befinden sich die über 10000 Arbeiter der staatlichen chilenischen Kupferzeche „El Tenente" im Streik für höheren Lohn, nachdem über 95% der Belegschaft – die jährlich ca. 300000 Tonnen Kupfer, fast ein Drittel der Gesamtproduktion des Landes, produziert – das Angebot der Zeche abgelehnt haben. Die chilenische Arbeitsgesetzgebung sieht vor, daß nach 60 Tagen Streik das letzte Angebot der Kapitalisten durch die Arbeiter angenommen werden muß. Die Kapitalisten befürchten aber im Moment, daß sich der Streik auf der Zeche „El Tenente" als Fanal für weitere Belegschaften von Kupferzechen erweisen kann.

VW Brasilien droht Entlassung von 5000 an

acm. Nachdem bereits zu Jahresbeginn bei VW in Sao Bernardo do Campo im Industriegürtel von Sao Paulo 5000 Arbeiter entlassen wurden, droht jetzt die Direktion mit dem Rausschmiß von weiteren 5000, weil die Arbeiter eine von den Kapitalisten geplante Kurzarbeit um fünf Tage im Monat, mit Lohnverlusten von 17 bis 23%, abgelehnt haben. Bei der Abstimmung sprachen sich 16000 gegen und 7300 für Kurzarbeit aus. Eine Generalversammlung der Belegschaft, die gegebenenfalls den Generalstreik beschließen wird, hat noch in der letzten Woche stattgefunden, daß Ergebnis ist aber noch nicht bekannt.

Von „Fahnenflucht“ und Anteilscheinen

Zu wenig investiert hatten die van Deldens nicht. Bloß aufs falsche Pferd gesetzt. Jetzt leben sie von der „Subtanz“ – und die Arbeiter vom Nichts

kog. Gronau, Ochtrup (westliches Münsterland). Es soll wirklich keiner behaupten, man würde sich keine Mühe mit den van-Delden-Arbeitern machen. Betrachtet man die Vorgänge bei v. Delden in den letzten Monaten, kann man schon ein ganz beachtliches Repertoir an verschiedenen Manövern seitens der Betriebsführung feststellen. Hier ein chronologischer Überblick:

Mitte Dezember waren Betriebsversammlungen in den drei Betrieben in Gronau (2 Betriebe, ca. 1800 Beschäftigte) und Ochtrup (900 Beschäftigte). Es sei alles in Butter, konnte man hören, man blicke trotz der schwierigen Lage mit Zuversicht in die Zukunft, Entlassungen seien für das Jahr 1981 nicht vorgesehen. Eine Woche später wird Vergleich angemeldet, auslaufende Kredite können nicht mehr bezahlt werden, man muß die Zahlungsunfähigkeit erklären. Am 23. Dezember erneut Betriebsversammlungen: Der eingesetzte Vergleichsverwalter, Rechtsanwalt Schulz aus Bremen, randlose Brille, grauhaarig, ruhig und verständig, spricht in vertrauenserweckendem Ton zu den Beschäftigten. Die Chancen stünden gar nicht schlecht, einen Investor zu finden, der mit einer gehörigen Geldspritze dem Betrieb auf die Beine hilft, man solle jetzt nur diszipliniert weiter arbeiten und auf keinen Fall unruhig werden, oder gar den Betrieb verlassen („fahnenflüchtig“ werden). Die Löhne werden für die nächsten drei Monate auf Kredit bezahlt: Die Arbeiter treten ihre Nettolohnansprüche an eine Bank ab, die dann den Nettolohn auszahlt und somit Alleingläubiger gegenüber van Delden für den jeweiligen Monat wird. Wohlgemerkt nur den *Nettolohn*. Sämtliche Sozialabgaben, Steuern etc. werden nicht gezahlt. Wie Schulz sich wegen der Steuern mit dem Staat arrangiert hat, sei dahingestellt, aber daß die Beschäftigten 3 Monate nicht rentenversichert sind, kann keinem von ihnen egal sein. Das seien ja nur ein paar Pfennige, die das hinterher bei der Rente ausmachen würden, erklärte Schulz (er braucht ja auch nicht mit jedem Pfennig zu rechnen). Arbeitslosen- und krankenversichert sei man trotzdem.

Den ersten Monat übernimmt die Deutsche Bank die Lohnauszahlung. Das wurde ihr aber offensichtlich zu heiß, so daß für Januar und Februar eine andere Bank gesucht werden mußte, die man auch mit Ach und Krach in der BfG fand. Die ließ sich gleich von den Arbeitern unterschreiben, daß, wenn van Delden mit der Rückzahlung der Lohnsumme in Verzug gerate, die Arbeiter persönlich – anteilig auf ihren Lohn berechnet – die Zinsen dafür zu zahlen haben.

Im Januar wird dann über die Zeitung bekannt, die beiden van-Delden-Brüder (die bis zum Vergleichsantrag Geschäftsführer waren, dann ihre Ämter „zur Verfügung“ stellten) hätten Anfang Dezember vorgehabt, den Lohn der Beschäftigten um 6% zu kürzen und dafür Anteilscheine auf den Betrieb auszugeben. „Teures Klopapier“ und „dann hätt' ich keinen Handschlag mehr getan“, waren Kommentare der Arbeiter. Das müssen sich die beiden van Deldens auch gedacht haben, sie haben sich nicht getraut, den Plan durchzuführen.

Am 24.2. muß dann Konkurs angemeldet werden. Die Gerichte hatten den Vergleichsantrag abgelehnt aufgrund eines Gutachtens der IHK, das mangelnde Aussicht auf Erfolg bescheinigte. Damit taucht ein Problem auf: Seit Dezember wurde in einigen Bereichen kurzgearbeitet. Im März wird die Kurzarbeit noch ausgedehnt. Sie muß nach dem Konkurs neu angemeldet werden. Die unteren Arbeitsamtebenen trauen sich nicht, diese Anträge zu entscheiden, weil Kurzarbeit eigentlich nur dann genehmigt werden soll, wenn eine absehbar vorübergehende Schwierigkeit eines Betriebes überwunden werden soll. Das ist bei einem Betrieb, der im Konkurs steht, natürlich nicht so einfach der Fall. Die Sache geht nach Nürnberg zur Bundesanstalt.

Inzwischen, Mitte März, erneut Betriebsversammlungen: Es stünde immer noch nicht dramatisch, kein Grund zur Panik. Die Chancen stünden jetzt besser, einen Investor zu finden, weil er von allen Schulden und Verpflichtungen befreit sei. Erneute Disziplin- und Arbeitsaufrufe. Entlassungen seinen nicht geplant. – Eine Woche später genehmigt Nürnberg die Kurzarbeit. Darauf scheint Schulz nur gewartet zu haben, denn wenige Tage darauf wird bekannt, daß in den beiden Betrieben G.v. Delden und M.v. Delden jeweils 29 Beschäftigte entlassen werden, und zwar monatlich, angefangen schon im März. 29 deshalb, weil es ab 30 Arbeitern eine Massenentlassung wäre, die beim Arbeitsamt gemeldet und bei der ein Sozialplan gemacht werden müßte. Zuerst wurde Leuten gekündigt, die zwischen 59 und 62 Jahre alt sind und vorzeitig in Rente gehen müssen, als nächstes kommen „verheiratete Frauen, aus Familien, in denen der Mann für den Lebensunterhalt aufkommt“ (Westfälische Nachrichten, 31.3.). Währenddessen kriegen aber die beiden van-Delden-Brüder, die seit Dezember außer dem Namen nichts mehr mit dem Betrieb zu tun haben, noch bis Ende Mai 20000 DM im Monat. Begründung von Schulz (sinngemäß): Man könne die beiden, nachdem sie so lange das Geschäft geführt haben, doch nicht einfach so rausschmeißen ...

Trotz dieser Reihe von Unverschämtheiten ist die Stimmung unter den Arbeitern und Angestellten ruhig, eher gedrückt. Das anfänglich umfangreiche Gerüchtewesen, das sowieso meist mehr den Hoffnungen der Arbeiter als den Tatsachen entsprach, ist erstorben. Zynismus macht sich breit, und Planungen, die über einen Monat hinausgehen, werden oft abwinkend unterbrochen: „Wenn wir dann überhaupt noch hier sind ...“

Und was dann kommt ist für die meisten ungewiß. Gronau (40000 Einwohner) hat jetzt schon eine Arbeitslosenquote von 10,9%. Macht van Delden mit seinen 1800 Arbeitsplätzen dicht, wird die Quote auf etwa 25% hochschnellen. In Ochtrup (16000 Einwohner; 900 Arbeitsplätze bei v.D.) sieht das nicht besser aus, zumal außerdem noch ein Bekleidungsbetrieb mit ca. 200 Arbeitern gerade Liquidationsvergleich angemeldet hat. Daß es da den Arbeitern nicht schwer fällt, den Durchhalteaufrufen der Geschäftsleitung Folge zu leisten, ist klar. Wo sollen sie auch hin? Gelingt es trotzdem einem, woanders unterzukommen, ist er schneller weg, als man gucken kann.



Das Verwaltungsgebäude von M.v. Delden in Ochtrup (ehem. Laurenz-Werke) zeugt von der langen Tradition der Textilkapitalisten im Münsterland. Sie äußert sich auch heute noch in niedrigen Löhnen und Sozialleistungen.

40% der Beschäftigten sind Ausländer (Türken, Portugiesen vornehmlich, aber auch einige aus Holland), natürlich fast alle ungelernt. Die können wirklich nur noch sehen, daß sie wegkommen von Gronau. Bei den meisten deutschen Arbeitern ist das nicht so „einfach“. Oftmals arbeiten schon Generationen einer Familie bei v. Delden. (M.v.D. wurde 1856 gegründet, G.v.D. wenige Jahre später.) Daß Arbeiter seit Ende des Krieges bei v. D. sind, ist keine Seltenheit. Meistens arbeiten auch mehrere Familienmitglieder dort, es gibt nur wenige, die nicht mindestens einen Verwandten im Betrieb haben. Abgesehen von diesen familiären und traditionellen Bindungen an Gronau haben aber auch viele sich ein eigenes Häuschen gebaut oder eine der Betriebswohnungen gekauft, die v.D. seit 1978 verkauft, um an Bares zu kommen. Viele haben deshalb auch noch einen Haufen Schulden. So denkt kaum jemand an Abwanderung.

Die Jüngeren haben meist noch einigermaßen konkrete Vorstellungen über die Zukunft. Man denkt an Umschulung, Schule, studieren, hat vielleicht Aussicht auf andere Arbeit, denkt an selbständige Projekte. Bei den Älteren erntet man auf so eine Frage oft ein Achselzucken. Einige haben zwar Facharbeiterberufe, aber als Weber, Spinner, Textildrucker hat man nur wenig Aussicht, was anderes zu kriegen, obwohl Gronau eine ausgesprochene Textilstadt ist. Für die ungelernten Maschinenführer sieht das natürlich noch schlechter aus. So arbeitet man weiter, so lange es eben geht. „Was willste auch sonst machen ...?“ Daß man über Kampfaktionen was erreichen könnte, glaubt niemand so recht. Es sieht auch nicht so aus.

Denn woran es der Delden-Gruppe mangelt ist schlicht und ergreifend: Bares. Zwischen 1965 und '74 gliederte die Delden-Gruppe nicht weniger als 7 Betriebe an das Stammhaus G.v.D. an, zum Teil von beachtlicher Größenordnung. Darunter waren auch zwei Neugründungen in Brasilien und den USA. Damit avancierte sie Mitte der 70er Jahre zum größten Textilkonzern der Bundesrepublik mit einem Umsatz von bis zu 700 Mio. DM. Doch es war ein Koloß auf tönernen Füßen. Fast alle diese Transaktionen waren gemacht worden, ohne das nötige Eigenkapital zu haben, also im wesentlichen auf Pump; die Eigenkapitalquote fiel zusehends. Das führte zu einer ungeheuren Zinsbelastung, die nur hätte gezahlt werden können, wenn der Umsatz und somit die Profite sich weiter in solchen Höhen befunden hätten oder noch gestiegen wären. Das Gegenteil aber trat ein.

V. Delden konzentrierte sich auf Massenproduktion von Standardartikeln, und das im wesentlichen mit Kunstfasern. Darauf stellten sie die ganze Maschinerie ein, die zu großen Teilen erneuert wurde. Damit sind sie aufs Maul gefallen. Viele Chemiefasern wurden durch die Rohölverteuerung immer teurer und ließen sich nicht mehr so leicht losschlagen wie Anfang der 70er Jahre. Es wurden wieder mehr Naturfasern gekauft. Außerdem, schreibt die IHK Münster in ihrem Bericht anläßlich des Vergleichsverfahren, sei in der 2. Hälfte der 70er Jahre statt der Mengenfertigung von Standardware mehr ein breites Sortiment gefragt, um dem raschen Modewechsel gerecht zu werden.

So wurden die van Deldens ihre Ware immer schlechter los, konnten nur schwerfällig auf die geänderte Situation reagieren, mußten die Auslands- und einige Inlandsbetriebe schließen, ihr Umsatz sank auf 300 Mio. DM (1980). Da ging der Delden-Gruppe, deren Geschäftsführer auf den Textilmessen gerne das große Wort führten, die Puste aus. Ein Kredit konnte nicht bezahlt werden und der ganze Laden flog auf. (Die Angaben über die Gesamtschulden sind ziemlich unterschiedlich und liegen bei 150 bis 300 Mio. DM. Im Konkursverfahren werden aber nur noch 57,1 Mio. berücksichtigt.)

Trifft diese Pleite – wie jede im Kapitalismus – nur die Arbeiterklasse (mit 20000 DM mtl. gehen nur die van Deldens nach Hause), so ist es doch ziemlich beschämend, wenn die Gewerkschaft Textil und Bekleidung hier am Ort sich, statt den Kampf um die Sicherung der Arbeitslosen verstärkt aufzunehmen, an den Ruhe- und Ordnungsaufrufen beteiligt. Nötig ist das nicht.

Den ersten Monat übernimmt die Deutsche Bank die Lohnauszahlung. Das wurde ihr aber offensichtlich zu heiß, so daß für Januar und Februar eine andere Bank gesucht werden mußte, die man auch mit Ach und Krach in

„Eine gegenüber den beiden Supermächten unabhängige Politik“

– Für einige amerikanische Politiker gibt es offensichtlich wichtigere Dinge als den Frieden. Für sie steht die weitere Aufrüstung der europäischen NATO-Partner mit atomaren Waffen fest. Damit wird das Verhandlungsangebot im Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 unglaubwürdig.

Gerade die arbeitende Jugend muß sich dagegen zur Wehr setzen.

Zur Vorbereitung des Antikriegstages der Gewerkschaftsjugend am 1. September 1981 werden in den kommenden Monaten vielfältige Aktionen durchgeführt, um folgenden Forderungen Geltung zu verschaffen:

Brille, grauhaarig, ruhig und verständig, spricht in vertrauenserweckendem Ton zu den Beschäftigten. Die Chancen stünden gar nicht schlecht, einen Investor zu finden, der mit einer gehörigen Geldspritze dem Betrieb auf die Beine hilft, man solle jetzt nur diszipliniert weiter arbeiten und auf keinen Fall unruhig werden, oder gar den Betrieb verlassen („fahnenflüchtig“ werden). Die Löhne werden für die nächsten drei Monate auf Kredit bezahlt: Die Arbeiter treten ihre Nettolohnansprüche an eine Bank ab, die dann den Nettolohn auszahlt und somit Alleingläubiger gegenüber van Delden für den jeweiligen Monat wird. Wohlgemerkt nur den *Nettolohn*. Sämtliche Sozialabgaben, Steuern etc. werden nicht gezahlt. Wie Schulz sich wegen der Steuern mit dem Staat arrangiert hat, sei dahingestellt, aber daß die Beschäftigten 3 Monate nicht rentenversichert sind, kann keinem von ihnen egal sein. Das seien ja nur ein paar Pfennige, die das hinterher bei der Rente ausmachen würden, erklärte Schulz (er braucht ja auch nicht mit jedem Pfennig zu rechnen). Arbeitslosen- und krankenversichert sei man trotzdem.

richten, 31.3.). Währenddessen kriegen aber die beiden van-Delden-Brüder, die seit Dezember außer dem Namen nichts mehr mit dem Betrieb zu tun haben, noch bis Ende Mai 20000 DM im Monat. Begründung von Schulz (sinngemäß): Man könne die beiden, nachdem sie so lange das Geschäft geführt haben, doch nicht einfach so rausschmeißen ...

Trotz dieser Reihe von Unverschämtheiten ist die Stimmung unter den Arbeitern und Angestellten ruhig, eher gedrückt. Das anfänglich umfangreiche Gerüchtewesen, das sowieso meist mehr den Hoffnungen der Arbeiter als den Tatsachen entsprach, ist erstorben. Zynismus macht sich breit, und Planungen, die über einen Monat hinausgehen, werden oft abwinkend unterbrochen: „Wenn wir dann überhaupt noch hier sind ...“

Und was dann kommt ist für die meisten ungewiß. Gronau (40000 Einwohner) hat jetzt schon eine Arbeitslosenquote von 10,9%. Macht van Del-

vergleich angemeldet hat. Daß es da den Arbeitern nicht schwer fällt, den Durchhalteaufrufen der Geschäftsleitung Folge zu leisten, ist klar. Wo sollen sie auch hin? Gelingt es trotzdem einem, woanders unterzukommen, ist er schneller weg, als man gucken kann.

40% der Beschäftigten sind Ausländer (Türken, Portugiesen vornehmlich, aber auch einige aus Holland), natürlich fast alle ungelernt. Die können wirklich nur noch sehen, daß sie wegkommen von Gronau. Bei den meisten deutschen Arbeitern ist das nicht so „einfach“. Oftmals arbeiten schon Generationen einer Familie bei v. Delden. (M.v.D. wurde 1856 gegründet, G.v.D. wenige Jahre später.) Daß Arbeiter seit Ende des Krieges bei v. D. sind, ist keine Seltenheit. Meistens arbeiten auch mehrere Familienmitglieder dort, es gibt nur wenige, die nicht mindestens einen Verwandten im Betrieb haben. Abgesehen von diesen familiären und traditionellen Bindungen

Die Jüngeren haben meist noch einigermaßen konkrete Vorstellungen über die Zukunft. Man denkt an Umschulung, Schule, studieren, hat vielleicht Aussicht auf andere Arbeit, denkt an selbständige Projekte. Bei den Älteren erntet man auf so eine Frage oft ein Achselzucken. Einige haben zwar Facharbeiterberufe, aber als Weber, Spinner, Textildrucker hat man nur wenig Aussicht, was anderes zu kriegen, obwohl Gronau eine ausgesprochene Textilstadt ist. Für die ungelernten Maschinenführer sieht das natürlich noch schlechter aus. So arbeitet man weiter, so lange es eben geht. „Was willste auch sonst machen ...?“ Daß man über Kampfaktionen was erreichen könnte, glaubt niemand so recht. Es sieht auch nicht so aus.

Denn woran es der Delden-Gruppe mangelt ist schlicht und ergreifend: Bares. Zwischen 1965 und '74 gliederte die Delden-Gruppe nicht weniger als 7

tion reagieren, mußten die Auslands- und einige Inlandsbetriebe schließen, ihr Umsatz sank auf 300 Mio. DM (1980). Da ging der Delden-Gruppe, deren Geschäftsführer auf den Textilmessen gerne das große Wort führten, die Puste aus. Ein Kredit konnte nicht bezahlt werden und der ganze Laden flog auf. (Die Angaben über die Gesamtschulden sind ziemlich unterschiedlich und liegen bei 150 bis 300 Mio. DM. Im Konkursverfahren werden aber nur noch 57,1 Mio. berücksichtigt.)

Trifft diese Pleite – wie jede im Kapitalismus – nur die Arbeiterklasse (mit 20000 DM mtl. gehen nur die van Deldens nach Hause), so ist es doch ziemlich beschämend, wenn die Gewerkschaft Textil und Bekleidung hier am Ort sich, statt den Kampf um die Sicherung der Arbeitslosen verstärkt aufzunehmen, an den Ruhe- und Ordnungsaufrufen beteiligt. Nötig ist das nicht.

„Eine gegenüber den beiden Supermächten unabhängige Politik“

Dokument des DGB-Bundesjugendausschusses zur Friedenspolitik und Vorbereitung des Anti-Kriegstages 1981

Der folgende einstimmig gefaßte Beschluß drückt einen erheblichen Fortschritt in der Positionsbestimmung der Gewerkschaftsjugend und – in der Bedeutung – darüber hinaus aus. Niemals zuvor wurde so eindeutig gegenüber den beiden Supermächten Stellung bezogen und eine selbständige Politik betont. Auf der Grundlage des Beschlusses wird es möglich sein, „vielfältige Aktionen“ durchzuführen und die Bewegung gegen den Krieg zu stärken.

„Die Gewerkschaftsjugend des DGB fordert die Bundesregierung und alle verantwortlichen politischen Kräfte in unserem Land auf, sich mit aller Kraft für die Sicherung des Friedens in Europa und der Welt einzusetzen. Eine Politik für den Frieden muß Vorrang vor allen anderen politischen Aufgaben haben. Die Mitgliedschaft in der NATO darf in diesem Zusammenhang nicht so verstanden werden, daß sich die Bundesrepublik Deutschland der Weltpolitik einer Führungsmacht unterzuordnen und deren Sicherheitsideologie zu übernehmen hat. Die Bundesrepublik Deutschland und die Bundesregierung sind vielmehr verpflichtet, sich im westlichen Bündnis gegen jede Politik zu wehren, die zu immer größeren Rüstungsanstrenungen und verstärkter Konfrontation zwischen Ost und West führt. Sie haben demgegenüber die Aufgabe, Alternativen aufzuzeigen und einer weltweiten Politik des Friedens zum Durchbruch zu verhelfen.

Die einzige realistische Chance für eine Politik des Friedens sieht die DGB-Gewerkschaftsjugend derzeit in der Fortsetzung der Entspannungspolitik und von Verhandlungen. Sie fordert daher, die jüngsten Vorschläge der Sowjetunion genau zu prüfen und zum Anlaß für weitere Überlegungen im Sinne von Rüstungsabbau zu nehmen. Eine pauschale Ablehnung dieser Vorschläge stellt unserer Auffassung nach eine weitere Belastung der bisherigen Entspannungspolitik dar, wir fordern den Beginn von Gesprächen ohne Vorbedingungen.

Eine Politik des Friedens ist darüber hinaus nur unter voller Achtung der territorialen Integrität und nationalen Souveränität der Staaten möglich. Die Gewerkschaftsjugend bekräftigt daher ihre Verurteilung des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan. Auch die Sowjetunion muß sich nicht nur an ihren Worten, sondern insbesondere an ihren Taten messen lassen.

Mit dem Präsidentenwechsel in den USA ist der Frieden nicht sicherer geworden. Im Gegenteil:

– Die Pläne für eine internationale Eingreiftruppe zur Sicherung von Rohstoffquellen in fremden Staaten sind offenbar weit gediehen.

– Für einige amerikanische Politiker gibt es offensichtlich wichtigere Dinge als den Frieden. Für sie steht die weitere Aufrüstung der europäischen NATO-Partner mit atomaren Waffen fest. Damit wird das Verhandlungsangebot im Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 unglaubwürdig.

– Die politischen Vorbereitungen für die Aufhebung des Verbotes der Produktion der Neutronenbombe wurden begonnen. Welche Konsequenzen soll der Bau dieser Waffen haben, die die Gefahr eines begrenzten Atomkrieges selbst nach Einschätzung von Militärexperten wesentlich erhöht?

Die Gewerkschaftsjugend erwartet von allen politischen Verantwortlichen, diese Fragen öffentlich zu klären und sich einer solchen Politik nicht unterzuordnen. In der Europäischen Gemeinschaft muß auch im Bereich der Abrüstung, der Entspannung und der Friedenssicherung eine gegenüber den beiden Supermächten unabhängige, an europäischen Interessen orientierte Politik entwickelt werden. Daß dies möglich ist, zeigt die Entwicklung einer eigenständigen Position der EG zur Situation in Nahost.

Die Gewerkschaftsjugend wird sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, daß die Politik der Entspannung fortgesetzt und weiterentwickelt wird und nicht weiter zu einer Politik der kontrollierten Aufrüstung verkommt. Gleichzeitig fordert sie einen konsequenten Abbau des Rüstungsexports, denn der Export von Waffen ist unvereinbar mit einer Politik der Friedenssicherung.

Überlegungen, das Fach Wehrkunde an den allgemeinbildenden Schulen einzuführen, lehnt die Gewerkschaftsjugend ebenso entschieden ab, wie sie schon immer den Wehrkundeunterricht in der DDR verurteilt hat. Äußerungen von Politikern über zuviel „Pazifismus in der Jugend“ zeigen darüber hinaus eine bedenkliche Tendenz auf. Gerade die arbeitende Jugend muß sich dagegen zur Wehr setzen.

Zur Vorbereitung des Antikriegstages der Gewerkschaftsjugend am 1. September 1981 werden in den kommenden Monaten vielfältige Aktionen durchgeführt, um folgenden Forderungen Geltung zu verschaffen:

- Sofortiger Beginn von Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung in Europa ohne Vorbedingungen und mit dem Ziel, keine weitere Stationierung atomarer Waffen in Ost und West zuzulassen.
- Sofortige Ratifizierung von SALT II.
- Erarbeitung konkreter Abrüstungsmaßnahmen in Ost und West mit dem Ziel, eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu schaffen.
- Keine Stationierung der Neutronenbombe in Europa.
- Keine Beteiligung der Bundeswehr an einer internationalen Eingreiftruppe.
- Keine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Entwicklung neuer Waffensysteme.
- Konsequenter Abbau des Rüstungsexports mit dem Ziel eines Verbotes.
- Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion in den betroffenen Betrieben unter Beteiligung der Gewerkschaften.
- Schaffung eines Abrüstungsamtes und eines entsprechenden Bundestagsausschusses mit weitreichenden Kontrollmöglichkeiten, insbesondere für Rüstungsproduktion, -export, Einhaltung konkret vereinbarter Abrüstungsschritte und für die Ausrüstung der Bundeswehr.
- Parallel dazu schrittweise Senkung des Verteidigungshaushaltes und Umverteilung zugunsten der Entwicklungshilfe und von sozialen und Friedensdiensten.
- Ausbau der Friedensforschung und Einführung des Faches „Friedenserziehung“ in den allgemeinbildenden Schulen.“

Selbstverwaltete Jugendhäuser in Frankfurt

bil. Vor fast 10 Jahren wurden in Frankfurt die ersten leerstehenden Häuser besetzt. Jugendliche haben sich diese Häuser genommen und Jugendzentren daraus gemacht. Hauptauseinandersetzung mit der Stadt war immer, ob die Jugendhäuser selbstverwaltet sind oder nicht. Oft waren die Führer dieser Bewegung für selbstverwaltete Jugendhäuser nicht mehr jugendlich. Die Politisierungsstrategie, die mit großer Begeisterung die Verbindung von Studenten- und Arbeiterjugend suchte, hatte leicht missionarischen Charakter. Die Jugendzentrumsbewegung der siebziger Jahre war davon geprägt. Fortschrittlich war daran der Bezug auf die Arbeiterbewegung. Illusionär die Vorstellung, die Intelligenz müsse die Arbeiterjugend auf den richtigen Weg führen und die dazu gehörigen pädagogischen Konzepte. Die „Undankbarkeit“ der Jugendlichen, ihre Ablehnung, sich einfach zwanghaft stundenlang hinzusetzen und diskutieren zu müssen, hat sicher zur Desillusionierung beigetragen. Heute gibt es längere Erfahrung mit den selbstverwalteten Jugendhäusern. Sie sind keine „revolutionären Keimzellen“ einfach so. Der Charakter der Kämpfe für und in den Jugendhäusern ist heute Ausdruck praktischer Bewegungen der Schüler- und Arbeiterjugendlichen, die sich unterschiedlich darstellen. Zwar sind es auch heute – jedenfalls in den großen Städten, auf dem Land nimmt die Entwicklung einen anderen Charakter an – oft noch Bewegungen der Oberschüler, von denen Hausbesetzungen für Jugendhäuser ausgehen. Diese Jugendhäuser werden dann später oft von Arbeiterjugendlichen übernommen. Die „Führer“ aus der Studentenbewegung gibt es nicht mehr. Selten werden Jugendhäuser gemeinsam von Gymnasiasten und Arbeiterjugendlichen zusammen besucht. In der Regel – nach Stadtteilen verschieden – sind es feste Gruppen, die im Jugendhaus sind. Insgesamt ist diese Entwicklung fortschrittlich. Den Gewerkschaften kommt dabei eine wichtige Rolle zu, die sie bislang ungenügend wahrnehmen.

13 Jugendhäuser in Selbstverwaltung sind in Frankfurt durchgesetzt worden. Sie haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft freier Jugendinitiativen zusammengeschlossen, in der 17 Initiativen mitarbeiten. 17 Häuser der „offenen Tür“ unterhält die Stadt. Die Hausordnung eines städtischen Jugendhauses sieht beispielsweise vor: „Intimitäten jeder Art sind in allen Räumlichkeiten des Clubs verboten. Wer dagegen verstößt bekommt Hausverbot auf Dauer. Außerdem werden die Eltern davon benachrichtigt ... Die Clubordnung gilt auch für die Zu- und Abgänge des Jugendhauses. Das Hinabwerfen von Zigarettenkippen, Getränkeflaschen und -dosen ist ebenso wie das Liegenlassen dieser Gegenstände verboten und wird schwerstens geahndet“. Zu den freien Kinder- und Jugendinitiativen ist die Stadt auf andere Art intim: Das Geld wird zusammengestrichen. 1,2 Millionen sind den selbstverwalteten Jugendzentren vom Magistrat für 1981 bewilligt; knapp 7 Millionen erhalten die städtischen Häuser der offenen Tür. Die selbstverwalteten Jugendhäuser und -initiativen fordern finanzielle Gleichstellung aller Kinder- und Jugendeinrichtungen; für 1981 2,1 Millionen Mark sofort. Die beiden nachfolgenden Berichte beschreiben den Alltag in selbstverwalteten Jugendhäusern. Sie sind Ergebnis von Gesprächen und eines gemeinsamen Bildungsurlaubs.

Jugendclub Griesheim: Ahornstraße

bil. Der Jugendclub in Griesheim existiert seit 1972. Eine Juso-Initiative war Gründerin. Bis vor zwei Jahren bestand der Vorstand aus „Förderern“, die selbst mit dem Club nichts zu tun hatten. Heute bildet die Mehrheit der Jugendlichen den Vorstand. Der Jugendclub liegt direkt neben der Ahornstraße in Griesheim. Die Ahornstraße galt bis 1977 offiziell als Notunterkunft. Auch wenn sie heute nicht mehr so heißt, ist sie nach wie vor ein Ghetto. In ihr wohnen die gedrücktesten Teile der Arbeiterklasse, eine bunte Vielfalt von Familien, die per Gerichts-

quen, wie die Kartenspieler oder die Landfahrerkinder, die gerade zusammen mit ausländischen Jugendlichen eine Clique bilden, aber die Cliquen wechseln oft untereinander. Bestimmte Grundregeln sind starr: Da sind die anerkannten „Persönlichkeiten“ im Club, denen sich die anderen unterordnen müssen; die Freundin des anderen ist tabu; wer den Schlüssel zum Club hat, an den muß man sich halten.

Die Arbeitslosigkeit wird als vorübergehend empfunden. „Vielleicht finde ich wieder etwas, oder auch nicht“. Wenn einer von ihnen wieder



Am 30. April wird das städtische Jugendzentrum Kaiserslautern in der Bumiller-Raab-Stiftung eröffnet. Dieses Jugendzentrum ist nicht das, wofür seit mehr als 20 Jahren gekämpft wird. Sowieso steht die Forderung seit längerem nach einem selbstverwalteten Kultur- und Jugendzentrum im „Waschbrett“, einem privaten Lokal, was die Stadt ankaufen soll. Glaubt der Stadtrat und die Verwaltung etwa, durch die Eröffnung ihres Provisoriums hätte sich die Forderung nach einem selbstverwalteten Zentrum erledigt und könnte das „Waschbrett“ endlich abgerissen werden? Weder Räumlichkeiten noch Konzeption entsprechen den Forderungen der Jugend. *Bild:* Demontration Dezember 1980.

„Kuckucksnest“: Selbstverwaltetes Jugendhaus in Sachsenhausen

bil. „Wie soll es gelaufen sein mit dem Jugendhaus? Kasy hat es aufgemacht, bzw. erst der Micki Scholz, der hat sich da überhaupt eingesetzt. Kasy hat dann – ich weiß auch nicht wie – den Schuppen hier gekriegt. Dann haben sie die ganze Zeit geschwätzt, die ganze Zeit nur geschwätzt und nichts gemacht. Ja, einfach geschwätzt, was sie machen *können*“, erklärt Rainer die Gründung des selbstverwalteten Jugendhauses in Sachsenhausen vor ungefähr sechs Jahren. Das Kuckucksnest ist neben dem von der Stadt verwalteten Jugendtreff am Affentorplatz das einzige Jugendzentrum für 4000 Jugendliche im Stadtteil. Öffentliche Einrichtungen im Stadtteil gibt es kaum. Zwei Spielplätze, einen Sportplatz und zwei Kneipen gibt es in den Arbeitersiedlungen Heimatring und der Kisselsiedlung, aus der die meisten Jugendlichen kommen. Die Sachsenhäuser Altstadt ist zu einem Touristenzentrum ausgebaut, durch das allabendlich tausende von Amerikanern usw. geschleust werden. Früher, und auch heute zum Teil noch, mußten sich die Jugendlichen zwischen den Wohnblocks und auf den beiden Spielplätzen treffen. Es gab ständig Krach. Auf die

sein. Anfang '80 machte der Magistrat einen erneuten Versuch, die Miete rückwirkend ab März einzukassieren. Die Jugendlichen zahlen nicht, aber die Stadt zieht die Miete vom Gesamtetat der freien Jugendinitiativen ab. Jetzt konnten einige Renovierungen durchgesetzt werden. Den ganzen Winter über war die Benutzung des Jugendhauses kaum möglich, da die Räume nicht beheizbar waren. Versammlungen konnten nur in einem kleinen Raum gemacht werden, wo sich die Jugendlichen einen Ofen hingestellt haben. „Heizung wird erst im Sommer gelegt. Im Januar hat es angefangen, da haben sie Toiletten gemacht. Da hatten wir erstmal keine Toiletten. Jetzt sind die Toiletten fast fertig und müssen immer noch seit Januar gestrichen werden und die Heizung wird erst im Sommer reingemacht. Fenster haben sie schon gemacht. Sie haben hier großen Pfusch hingelegt. Hier zieht's in jedem Eck. Sie haben es nicht verschweißt und verspachtelt“. Die Stadt will eine Autobahn durch das Gelände des Jugendhauses bauen. Die Heimatringsiedlung wäre dann von allen Seiten eingekesselt: Bahnlinie, die zweispurige Mörfelder Landstraße – eine

rufen (*drei Jugendliche bilden den Vorstand*) und dann wird was beredet. Dann kommt die Vollversammlung, dann wird noch mal abgestimmt und wenn beide für gut abstimmen, bzw. der Vorstand stimmt nicht ab – der schlägt halt vor – dann ist es gut.“ Regelmäßig kommen ungefähr 60 Jugendliche, wenn Disko ist, auch 100 in das Jugendhaus. Die Hälfte sind Schüler, die andere Hälfte Lehrlinge und Jungarbeiter. Die meisten Lehrlinge sind in Kleinbetrieben, viele haben die Lehrstelle gewechselt oder die Lehre abgebrochen und arbeiten jetzt. Einige sind in der Gewerkschaft. Hauptproblem ist das geringe Entgelt in der Lehre – 1 200 Mindestlohn, sagen sie, auf dem Bildungsurlaub wäre nötig – und die Schikanen, denen viele gerade im Kleinbetrieb ausgesetzt sind. Eine heftige Debatte, ohne Einheit, gibt es über die Frage, ob man sich dagegen wehren kann oder nicht. Ich frage, was sie im Jugendhaus machen. „Hier kannst Du alles machen, Fußballspielen, Tischtennis, Kicken, alles was es so gibt. Spiele machen, Kartenspielen und als Treff halt, um zu labern. Wir machen Disko hier, es ist zwar eine Verreckerdisko, aber es geht, mit Plattenspieler

schlossen, in der 17 Initiativen mitarbeiten. 17 Häuser der „offenen Tür“ unterhält die Stadt. Die Hausordnung eines städtischen Jugendhauses sieht beispielsweise vor: „Intimitäten jeder Art sind in allen Räumlichkeiten des Clubs verboten. Wer dagegen verstößt bekommt Hausverbot auf Dauer. Außerdem werden die Eltern davon benachrichtigt ... Die Clubordnung gilt auch für die Zu- und Abgänge des Jugendhauses. Das Hinabwerfen von Zigarettenkippen, Getränkeflaschen und -dosen ist ebenso wie das Liegenlassen dieser Gegenstände verboten und wird schwerstens geahndet“. Zu den freien Kinder- und Jugendinitiativen ist die Stadt auf andere Art intim: Das Geld wird zusammengestrichen. 1,2 Millionen sind den selbstverwalteten Jugendzentren vom Magistrat für 1981 bewilligt; knapp 7 Millionen erhalten die städtischen Häuser der offenen Tür. Die selbstverwalteten Jugendhäuser und -initiativen fordern finanzielle Gleichstellung aller Kinder- und Jugendeinrichtungen; für 1981 2,1 Millionen Mark sofort. Die beiden nachfolgenden Berichte beschreiben den Alltag in selbstverwalteten Jugendhäusern. Sie sind Ergebnis von Gesprächen und eines gemeinsamen Bildungsurlaubs.

Jugendclub Griesheim: Ahornstraße

bil. Der Jugendclub in Griesheim existiert seit 1972. Eine Juso-Initiative war Gründerin. Bis vor zwei Jahren bestand der Vorstand aus „Förderern“, die selbst mit dem Club nichts zu tun hatten. Heute bildet die Mehrheit der Jugendlichen den Vorstand. Der Jugendclub liegt direkt neben der Ahornstraße in Griesheim. Die Ahornstraße galt bis 1977 offiziell als Notunterkunft. Auch wenn sie heute nicht mehr so heißt, ist sie nach wie vor ein Ghetto. In ihr wohnen die gedrücktesten Teile der Arbeiterklasse, eine bunte Vielfalt von Familien, die per Gerichtsbeschluß dort hinverwiesen worden sind, Familien mit bis zu zehn Kindern, hoher Ausländeranteil – vorwiegend türkische und jugoslawische Familien – und einige Zigeuner- und Landfahrerfamilien. Ständig ist die Abhängigkeit vom städtischen Sozialamt, dessen Kontrollgänge für die Naturalleistungen – Möbel, Kleider usw. – hingenommen werden. Dumpfe Wut gegen den Staat und unterwürfiges Anbiedern bei den Behörden – Polizei und Sozialamt – mischen sich. Ungefähr 160 Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren leben in der Ahornstraße. Die meisten haben die Sonderschule besucht, den Hauptschulabschluß haben wenige. Die Jugendlichen, die in den Jugendclub kommen – eine feste Gruppe bis zu 30 Jugendlichen – haben fast alle nur zeitweise Arbeit. Die Regel ist Gelegenheitsarbeit. Zu Hause haben sie meist kein eigenes Zimmer. Oft hausen 10 – 11 Personen in einer Wohnung. Es gibt kaum einen, der noch nicht mit der Polizei zu tun hatte oder beim Jugendgericht war. Razzien sind keine Seltenheit.

In den Jugendclub kommen fast ausschließlich Jugendliche aus der Ahornstraße. Er spiegelt in gewisser Weise die Ghettosituation wider. Jugendliche der angrenzenden Kiefernstraße kommen nicht, weil alles, was mit der Ahornstraße zu tun hat, als „Abstieg“ empfunden wird. In Griesheim gibt es für den ganzen Stadtteil nur noch einen anderen städtischen Jugendtreff in der Linkstraße. Der Jugendclub ist für die Jugendlichen oft von morgens an ihr Treff. Der Schlüssel wird delegiert. Wer den Schlüssel hat, mit dem müssen sich die anderen gut verstehen. Die Jugendlichen nutzen die Räume, sie spielen oder wälzen ihre Probleme. Es gibt bestimmte Cliquen, wie die Kartenspieler oder die Landfahrerkinder, die gerade zusammen mit ausländischen Jugendlichen eine Clique bilden, aber die Cliquen wechseln oft untereinander. Bestimmte Grundregeln sind starr: Da sind die anerkannten „Persönlichkeiten“ im Club, denen sich die anderen unterordnen müssen; die Freundin des anderen ist tabu; wer den Schlüssel zum Club hat, an den muß man sich halten.

Die Arbeitslosigkeit wird als vorübergehend empfunden. „Vielleicht finde ich wieder etwas, oder auch nicht“. Wenn einer von ihnen wieder Arbeit hat, rückt er auf. Arbeit heißt Geld, Zigaretten und die Möglichkeit, eine Diskothek zu besuchen. Die Konflikte im Jugendclub drehen sich um diese Bedingungen: Arbeitslosigkeit, Eltern, Freundin, Alkohol, immer wieder auftretende Schlägereien, Polizei, die Jugendstrafanstalt. Die Beschlußfassung über Veranstaltungen oder Fahrten mit dem Club verläuft in der Regel informell. Gegenüber „den Ausländern“ besteht Haß: „Die nehmen uns die Arbeitsplätze weg“. Ausländische Jugendliche, die vor einigen Jahren noch in den Club kamen, sind jetzt weggeblieben. Schlägereien waren damals an der Tagesordnung. Einige ausländische Jugendliche, die noch im Club sind, gelten nicht als solche, weil sie deutsch sprechen und gut im Sport oder kräftig sind.

Mit den Mädchen ist es ähnlich. Vom Gerede her sind sie „Sexualobjekt“. Sie müssen sich unterordnen und haben im Club nicht viel zu sagen. Die Behandlung der Mädchen stellt sich hier aber, glaube ich, weniger als Problem der Unterdrückung der Frau. Für die Jugendlichen in der Ahornstraße besteht nicht die im Kapitalismus notwendige Armut der Arbeiterklasse gegenüber dem von ihnen als Kapital produziertem Reichtum, sondern direktes Elend. Mit dem Staat sind sie auf Gedeih und Verderb verflochten. Er teilt das Geld aus, unterhält und kontrolliert sie. Die Polizei kann Gegner sein, aber man kann sich ihr auch andienen. Weil sie nicht tagtäglich als produzierende Klasse das Kapitalverhältnis erneuern, geht ihnen auch das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse, die Fähigkeit und Möglichkeit das Kapitalverhältnis zu sprengen, verloren. Das macht gemeinsamen Kampf für diesen Teil der Jugend schwierig.

„Kuckucksnest“: Selbstverwaltetes Jugendhaus in Sachsenhausen

bil. „Wie soll es gelaufen sein mit dem Jugendhaus? Kasy hat es aufgemacht, bzw. erst der Micki Scholz, der hat sich da überhaupt eingesetzt. Kasy hat dann – ich weiß auch nicht wie – den Schuppen hier gekriegt. Dann haben sie die ganze Zeit geschwätzt, die ganze Zeit nur geschwätzt und nichts gemacht. Ja, einfach geschwätzt, was sie machen *können*“, erklärt Rainer die Gründung des selbstverwalteten Jugendhauses in Sachsenhausen vor ungefähr sechs Jahren. Das Kuckucksnest ist neben dem von der Stadt verwalteten Jugendtreff am Affentorplatz das einzige Jugendzentrum für 4000 Jugendliche im Stadtteil. Öffentliche Einrichtungen im Stadtteil gibt es kaum. Zwei Spielplätze, einen Sportplatz und zwei Kneipen gibt es in den Arbeitersiedlungen Heimatring und der Kisselsiedlung, aus der die meisten Jugendlichen kommen. Die Sachsenhäuser Altstadt ist zu einem Touristenzentrum ausgebaut, durch das allabendlich tausende von Amerikanern usw. geschleust werden. Früher, und auch heute zum Teil noch, mußten sich die Jugendlichen zwischen den Wohnblocks und auf den beiden Spielplätzen treffen. Es gab ständig Krach. Auf die Frage, was da los ist, sagt er: „Nix, ist los im Louisa Park. Wir können da nichts machen. Andere gehen in die Kneipe und schlucken Einen. Da kannst Du nur rumsitzen und dir die Wampe vollpumpen“. Eine Gruppe von Jugendlichen aus dem Südboxverein – oben in der Kisselsiedlung – hatte damals die Räume von der Stadt verlangt. „Das Jugendzentrum hat zuerst dem Verein gehört, dem Kinderverein, oder so was. Dann kam der Micki Scholz irgendwann einmal wieder und hat den Kasy rausgeschmissen und hat es mit denen vom Südboxverein aufgebaut und alles selbergemacht. Die ganze Inneneinrichtung haben sie gemacht. Früher war auch mal nur Gymnasium da, die haben laufend diskutiert, was sie machen könnten, Cafe und Disko hier usw. Gemacht haben sie nichts.“ Warum sie abgehauen sind? „Weil der Micki Scholz runterkam. Wenn der gesagt hat, das ist so, dann war das auch so, ja und dann sind sie weggeblieben“. Die Entwicklung, die Rainer beschreibt, ist in einer Reihe von Jugendhäusern so gelaufen.

Das Jugendhaus selbst besteht aus mehreren alten Schuppen. Es gibt kaum Räume, wo die Jugendlichen sich aufhalten können. Eine Autowerkstatt haben sie selbst gebaut. Mehrere Gruppen können nichts machen, weil die Räume fehlen. Um die Ausstattung gibt es seit Jahren Krach. Die Jugendlichen fordern mehr Räume – einen Anbau – und Renovierung. 1979 reagierte der Magistrat mit einem „Gestattungsvertrag“, der monatliche Mietzahlungen von 850 Mark vorsah. Die Vollversammlung beschloß: „Keinen Pfennig Miete kriegt die Stadt von uns“. Der Gestattungsvertrag sah nicht einmal die normalen Mieterrechte vor und sollte jederzeit widerruflich sein. Anfang '80 machte der Magistrat einen erneuten Versuch, die Miete rückwirkend ab März einzukassieren. Die Jugendlichen zahlen nicht, aber die Stadt zieht die Miete vom Gesamtetat der freien Jugendinitiativen ab. Jetzt konnten einige Renovierungen durchgesetzt werden. Den ganzen Winter über war die Benutzung des Jugendhauses kaum möglich, da die Räume nicht beheizbar waren. Versammlungen konnten nur in einem kleinen Raum gemacht werden, wo sich die Jugendlichen einen Ofen hingestellt haben. „Heizung wird erst im Sommer gelegt. Im Januar hat es angefangen, da haben sie Toiletten gemacht. Da hatten wir erstmal keine Toiletten. Jetzt sind die Toiletten fast fertig und müssen immer noch seit Januar gestrichen werden und die Heizung wird erst im Sommer reingemacht. Fenster haben sie schon gemacht. Sie haben hier großen Pfusch hingelegt. Hier zieht's in jedem Eck. Sie haben es nicht verschweißt und verspachtelt“. Die Stadt will eine Autobahn durch das Gelände des Jugendhauses bauen. Die Heimatringsiedlung wäre dann von allen Seiten eingekesselt: Bahnlinie, die zweispurige Mörfelder Landstraße – eine Hauptverkehrsstraße – und die neue Autobahn. Die letzten Grünstreifen würden wegfallen. Rainer sagt: „Die schließen erst das Jugendhaus, wenn wir ein anderes gleichwertiges kriegen, haben wir gesagt. Die Anwohner sind auch gegen die Autobahn. Erst waren sie gegen das Jugendhaus, jetzt sind sie wieder dafür, weil das Jugendhaus gegen die Autobahn ist“. Es gibt eine gemeinsame Initiative, die aus Mietern, dem Kleingärtnerverein und dem Jugendhaus besteht, um gegen die Autobahn vorzugehen.

Ich frage ihn nach der Selbstverwaltung und Sozialarbeitern. „Zuerst war da der L., das war ein Käskopp, der hat nichts gerafft. Dann kam R., der hat das ein bißchen geschmissen, aber der auch nicht so. Der K. ist der beste von allen, der steht voll hinter allem. Vorschriften konnten sie uns keine machen, aber sie konnten sich halt nicht durchsetzen, die wurden ausgelacht. Die sind dann meist von alleine gegangen, haben sich „freiwillig“ entschlossen zu gehen. Was willst Du auch als Sozialarbeiter, wenn du hier rein gehst und wirst nicht akzeptiert, so als ob du überhaupt nicht da bist und machst nur noch Buchhaltung. Was willst Du dann noch hier?“. Auf die Frage, seit wann sie selbstverwaltet sind: „Seit Januar. Vorher haben die Jugendlichen entschieden, was hier drin zu machen ist, aber die eigentliche Selbstverwaltung, wenn wir z.B. was bauen wollen oder so, da mußten wir immer den Verein fragen. Der Verein stand über allem drüber, der war das, was wir jetzt sind, der Kurt, der H. und ich. Früher haben wir keine Vollversammlungen gemacht, da wurde in Gruppen beschlossen und das wurde dann auch gemacht. Jetzt wird der Vorstand einberufen (*drei Jugendliche bilden den Vorstand*) und dann wird was beredet. Dann kommt die Vollversammlung, dann wird noch mal abgestimmt und wenn beide für gut abstimmen, bzw. der Vorstand stimmt nicht ab – der schlägt halt vor – dann ist es gut.“ Regelmäßig kommen ungefähr 60 Jugendliche, wenn Disko ist, auch 100 in das Jugendhaus. Die Hälfte sind Schüler, die andere Hälfte Lehrlinge und Jungarbeiter. Die meisten Lehrlinge sind in Kleinbetrieben, viele haben die Lehrstelle gewechselt oder die Lehre abgebrochen und arbeiten jetzt. Einige sind in der Gewerkschaft. Hauptproblem ist das geringe Entgelt in der Lehre – 1 200 Mindestlohn, sagen sie, auf dem Bildungsurlaub wäre nötig – und die Schikanen, denen viele gerade im Kleinbetrieb ausgesetzt sind. Eine heftige Debatte, ohne Einheit, gibt es über die Frage, ob man sich dagegen wehren kann oder nicht. Ich frage, was sie im Jugendhaus machen. „Hier kannst Du alles machen, Fußballspielen, Tischtennis, Kicken, alles was es so gibt. Spiele machen, Kartenspielen und als Treff halt, um zu labern. Wir machen Disko hier, es ist zwar eine Verreckerdisko, aber es geht, mit Plattenspieler und zwei Boxen. Moped- und Autoreparieren, das machen wir alles hier. Das kannst Du ja wohl in einer Gartenkneipe nicht. Früher gab es Cliquen, da war es stärker getrennt. Die Kleinen gehen von 11 – 15 oder 16 Jahre, dann gibt es uns, die Großen *(ungefähr bis 24 Jahre)*. Wir sind hinten im Schuppen und dann gibt es die Gruppe im Büro, die kommen sich bißchen als was besseres vor“. Was ist wenn ein neuer ins Jugendhaus kommt? „Der wird beguckt und wenn er halt Scheiße baut, wenn er stänkert, dann wird er rausgeschmissen. Meistens wenn sie stänkern und den Weibern nachstellen oder die Chefs sind, dann fliegen sie raus“.

Mädchen kommen weniger ins Jugendhaus, ungefähr ein Drittel sind Mädchen. Entweder kommen sie mit einer Freundin, oder sind mit einem der Jugendlichen fest befreundet. Das Verhältnis ist widersprüchlich. Rainer sagt, daß er nichts von Gleichberechtigung hält. „Die Mädchen können halt keine 30 kg schleppen.“ Für gleiche Bezahlung ist er, aber gegen Gerede von Gleichberechtigung. Widersprüchlich ist es deshalb, weil die Mädchen oft nur Anhängsel sind, wenn z..B. Skatabend ist. Viele Aktivitäten – Fußball – werden von der Mehrheit der männlichen Jugendlichen beschlossen. Andererseits sagt Rainer, als es wieder Krach zwischen C. und O. gibt, daß sie den Typ doch links liegen lassen soll. „Du bist blöd, wenn Du immer alles für ihn machst. Laß ihn ein paar Tage laufen, dann kommt er wieder an. Wenn er Dir in meiner Gegenwart eine knallt, kriegt er se.“ Ein paar Mädchen haben jetzt gesagt, daß sie was selber machen wollen, wo sie allein sind.

Verschmutzen die Bauern die Gewässer?

sal. Nicht erst durch die Blockadedrohungen der Elbfischer vor kurzem oder die spektakulären Aktionen der Organisation „Green Peace" gegen die Verschmutzung der Elbe und die Verklappung von Industrieabfällen in die Nordsee ist die katastrophale Situation der Gewässer in der BRD bekannt. Auch die Urheber dieser Verschmutzung, vor allem die chemische Industrie wie aber schon die Kapitalisten insgesamt, sind weit bekannt. Nichtsdestotrotz gibt es immer wieder Versuche von interessierter Seite, von den Kapitalisten abzulenken, indem die Schuld auf fremde Staaten oder einzelne Bevölkerungsgruppen wie die Bauern geschoben wird. Deshalb wollen wir uns an dieser Stelle einmal mit dem letzten Argument auseinandersetzen wie auch auf die Zustand der Gewässer Schleswig-Holsteins eingehen.

Mineraldüngung – Auswirkungen auf das Grundwasser

sal. Häufig wird, wenn von der Verschmutzung der Gewässer (Flüsse und Seen, Grundwasser) die Rede ist, den Bauern ein gut Teil Schuld in die Schuhe geschoben. Diese Vorwürfe sind sicher mit dem Anwachsen der „alternativen" Bewegung noch größer geworden, zumal Teile dieser Bewegung prinzipiell gegen „Chemie" in der Landwirtschaft polemisieren. Neben dem Pflanzenschutz ist vor allem die Mineraldüngung Ziel der Angriffe, zu Unrecht, wie wir meinen. Dies wollen wir im folgenden nachweisen.

Prinzipiell gibt es zwei Möglichkeiten, wie Mineraldünger in Gewässer gelangen können. Die weitaus geringere Bedeutung dabei hat die Erosion. Darunter versteht man das Abtragen der oberen Bodenteilchen durch Wasser oder auch Wind. Dies wird lediglich in extremen Hanglagen von Bedeutung sein, wenn durch äußerst starke Niederschläge der Dünger, der dann aber erst vor kurzer Zeit gestreut worden sein muß, weggeschwemmt wird, so daß Mineralstoffe in hoher Konzentration in nahe gelegene Gewässer gelangen können. Entscheidende Bedeutung aber hat das Sickerwasser. Der Anteil der Niederschläge, der weder von den Pflanzen aufgenommen noch im Boden gespeichert wird, sickert tief in den Boden, wo er im Grundwasser landet. Dies kann in Flüsse und Seen münden, aber auch die kommunale Trinkwasserversorgung speist sich zumeist aus dem Grundwasser. Da über das Sickerwasser auch die Mineralstoffe transportiert werden, muß dies zum Nachweis einer möglichen Umweltverschmutzung durch die Düngung untersucht werden.

Klar, daß solche Untersuchungen nicht großflächig praktisch durchgeführt werden können. Die einzige Methode, mit der dies annähernd möglich ist, sind Lysimeterversuche. Bei einem Lysimeter handelt es sich um kleinere Freilandparzellen, die sich z.B. in einem Betonmantel befinden, dessen Tiefe 1 m beträgt, wo der Boden abfällt und mit einer Öffnung versehen ist, an der das austretende Wasser aufgefangen wird. Dies kann dann auf Rückstände untersucht werden. Wenn außerdem die Pflanzen, die auf diesen Parzellen wachsen, auf ihre Mineralgehalte untersucht werden, kann man recht genaue Bilanzen erstellen, was mit den zugeführten Düngern passiert. Allerdings sind diese Bilanzen in der Regel nicht ausgeglichen, da zum einen die Mineralstoffe in die Luft entweichen können (z.B. durch Verdunstung) bzw. durch Niederschläge dazukommen, zum anderen ein Zeil der Düngermengen im Boden festgelegt wird bzw. im Boden festgelegt Vorräte frei werden. Ohnehin beträgt der Vorrat des Bodens normalerweise ein Vielfaches der zugeführten Düngermengen.

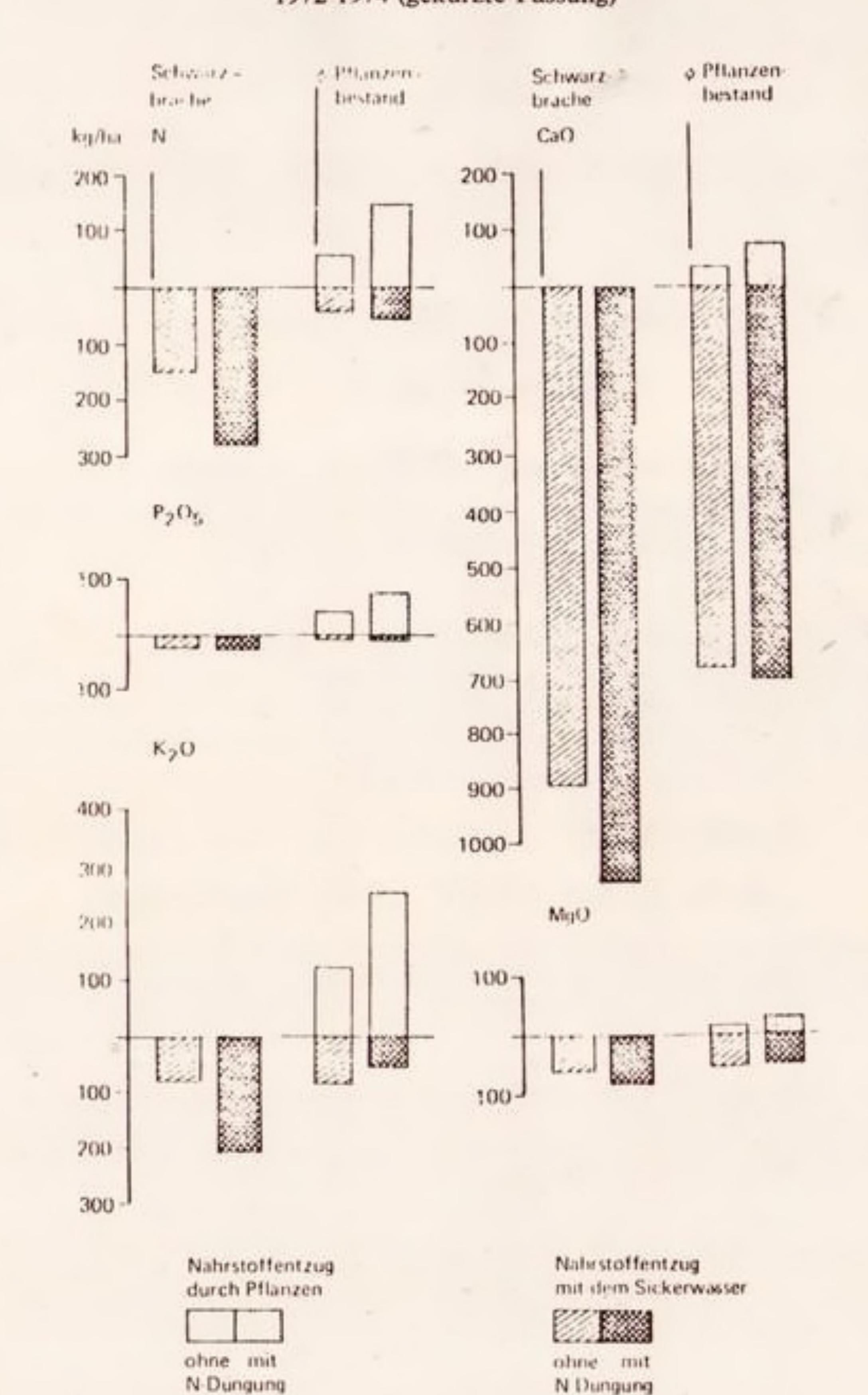
Natürlich hängen die Nährstoffmengen, die versickern, von vielen Faktoren ab, von der Witterung, der Art des Bodens, der Kultur, die jeweils angebaut wird, wie auch, ob eine bestimmte Düngermenge auf einmal oder in mehreren Teilgaben ausgebracht wird.

Dennoch: Das Schaubild zeigt, daß die Auswaschung von Nährstoffen bei Mineraldüngung immer niedriger ist als bei einem ungedüngten und unbebauten Boden, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Dabei sind die Mengen bei den einzelnen Mineralstoffen ganz unterschiedlich, wobei sich die enorme Kalkauswaschung in den Haushalten ja auch bemerkbar macht, z.B. in Form der Verkalkung von Wasserkesseln.

Natürlich läßt sich nicht ausschließen, daß es in Einzelfällen durch Düngung zu Verschmutzungen kommt. Aber prinzipiell wird der Bauer schon von sich aus dafür sorgen wollen, daß dies nicht passiert, schließlich ist der Dünger ein nicht geringer Kostenfaktor. Letztlich verschleiern die Angriffe auf die Bauern nur die wirkliche Ursache für die zunehmende Zerstörung der Naturbedingungen, stattdessen wird die Ursache einzelnen Individuen in die Schuhe geschoben.

Nährstoffeinwaschung in 1 m Bodentiefe und Nährstoffentzug der Pflanzen in Abhängigkeit von der Stickstoffdüngung

Mittelwerte eines dreijährigen Lysimeterversuches auf Sandboden in kg/ha, 1972-1974 (gekürzte Fassung)



sal. Das Schaubild zeigt die Auswirkungen der Düngung auf die Hauptnährstoffe Stickstoff (N), Phosphor (als P2O5), Kali (als K20), Kalk (CaO) und Magnesium (MgO). Bei dem Pflanzenbestand handelt es sich um den rechnerischen Durchschnitt aus Versuchen mit Gemüse, Hackfrüchten, Getreide und Grünland. Bei allen Versuchen erfolgte eine einheitliche Düngung mit 100 kg/ha P2O5 und 160 kg/ha K2O, in den rechten Säulen außerdem mit 160 kg/ha N. Bei Schwarzbrache handelt es sich um unbebautes Land. (aus: BASF Mitteilungen für den Landbau 1/77, S. 126 ff)

Gewässergüte in Schleswig-Holstein

Düngungseinflüsse viel geringer als Abwasserwirkungen

jöf. Alle Oberflächengewässer Schleswig-Holsteins – wie der BRD überhaupt – sind mehr oder weniger stark mit Abwässern belastet. Die Ab-

rien und Einzeller). Nach aktuellen Untersuchungen des Landesamtes für Wasserhaushalt müssen folgende Fließgewässer den oben genannten

um eine biologische oder chemische Stufe erweitert wurden, hat sich die Situation gebessert, so an der Flensburger Förde oder am Selenter und Großen Plöner See, wo jetzt eine Abwasserringleitung die Anliegergemeinden über eine zentrale Kläranlage entsorgt. Zaghafte Besserungstendenzen sieht man auch an der Schlei, und sogar für den Rhein gilt ähnliches. Und das, obwohl der Düngemittelverbrauch überall immer noch zunimmt. Das stützt die These, daß die Nährstoffauswaschung aus landwirtschaftlichen Nutzflächen nur eine geringe Rolle spielen

Bundesweite Warnstreiks in der Metallindustrie

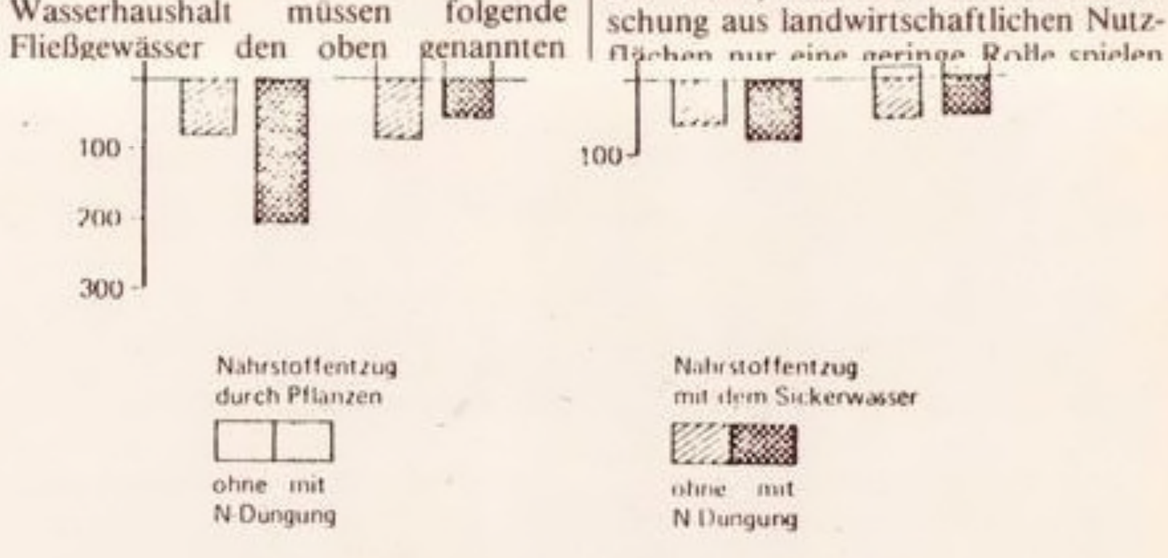


gelangen können. Die weitaus geringere Bedeutung dabei hat die Erosion. Darunter versteht man das Abtragen der oberen Bodenteilchen durch Wasser oder auch Wind. Dies wird lediglich in extremen Hanglagen von Bedeutung sein, wenn durch äußerst starke Niederschläge der Dünger, der dann aber erst vor kurzer Zeit gestreut worden sein muß, weggeschwemmt wird, so daß Mineralstoffe in hoher Konzentration in nahe gelegene Gewässer gelan-

nicht großflächig praktisch durchgeführt werden können. Die einzige Methode, mit der dies annähernd möglich ist, sind Lysimeterversuche. Bei einem Lysimeter handelt es sich um kleinere Freilandparzellen, die sich z.B. in einem Betonmantel befinden, dessen Tiefe 1 m beträgt, wo der Boden abfällt und mit einer Öffnung versehen ist, an der das austretende Wasser aufgefangen wird. Dies kann dann auf Rückstände untersucht werden. Wenn

die Auswaschung von Nährstoffen bei Mineraldüngung immer niedriger ist als bei einem ungedüngten und unbebauten Boden, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Dabei sind die Mengen bei den einzelnen Mineralstoffen ganz unterschiedlich, wobei sich die enorme Kalkauswaschung in den Haushalten ja auch bemerkbar macht, z.B. in Form der Verkalkung von Wasserkesseln.

Natürlich läßt sich nicht ausschließen, daß es in Einzelfällen durch Düngung zu Verschmutzungen kommt. Aber prinzipiell wird der Bauer schon von sich aus dafür sorgen wollen, daß dies nicht passiert, schließlich ist der Dünger ein nicht geringer Kostenfaktor. Letztlich verschleiern die Angriffe auf die Bauern nur die wirkliche Ursache für die zunehmende Zerstörung der Naturbedingungen, stattdessen wird die Ursache einzelnen Individuen in die Schuhe geschoben.



sal. Das Schaubild zeigt die Auswirkungen der Düngung auf die Hauptnährstoffe Stickstoff (N), Phosphor (als P2O5), Kali (als K20), Kalk (CaO) und Magnesium (MgO). Bei dem Pflanzenbestand handelt es sich um den rechnerischen Durchschnitt aus Versuchen mit Gemüse, Hackfrüchten, Getreide und Grünland. Bei allen Versuchen erfolgte eine einheitliche Düngung mit 100 kg/ha P2O5 und 160 kg/ha K2O, in den rechten Säulen außerdem mit 160 kg/ha N. Bei Schwarzbrache handelt es sich um unbebautes Land. (aus: BASF Mitteilungen für den Landbau 1/77, S. 126 ff)

Bundesweite Warnstreiks in der Metallindustrie



jöf. Daß die Warnstreiks der IG Metall vom vergangenen Mittwoch in Schleswig-Holstein mit Demonstrationen verbunden waren wie auf diesem Bild aus Gladbeck im Ruhrgebiet, ist uns nicht bekannt geworden. Aber auch hier wurde in den Großbetrieben gestreikt, so in Flensburg bei Danfoss und bei der Schiffbaugesellschaft, in Kiel bei Krupp-MaK, Ortopedia und bei den Howaldtswerken. Ganz unproblematisch scheint das Zustandekommen allerdings nicht mehr gewesen zu sein. Bei etlichen Kollegen herrscht Unmut und Zweifel, weil sie die Verhandlungstaktik der Tarifkommission und des Vorstandes als zu wenig entschlossen ansehen. In den kleine Tarifkommissionen scheint die Einstellung verbreitet zu sein, daß ein kümmerliches Verhandlungsergebnis einem Streik vorzuziehen sei. Die Beteiligung am Streik war bei der Krupp-MaK noch gut, aber es wurde auch deutlich, daß dies das letzte Mal sein müsse, wo ohne Streikgeld die Arbeit niedergelegt wurde. Für einen Abschluß wie den anvisierten von 4,7% auf 13 Monate würden sich kaum noch genug Kollegen finden lassen, die dafür Gewerkschaftsflugblätter verteilen würden. Wenn so ein Endergebnis rauskäme, sollte die Gewerkschaft sich man schon Regale kaufen, für die vielen Gewerkschaftsbücher, die sie dann zurückkriegen würde, konnte man hören. Es wird wirklich Zeit, mit der Urabstimmung zu beginnen.

Ergebnisse von Betriebsratswahlen in Kiel

jöf. Während bei HDW fünf Kandidaten der RGO-Liste der KPD (ehemals KPD/ML) in den Betriebsrat gewählt wurden bei einer Wahlbeteiligung von knapp über 50%, ging bei der Krupp-MaK die IG Metall gestärkt aus den Wahlen hervor. 65% der Arbeiter und 61% der Angestellten gingen zur Wahl. Bei den Arbeitern gab es nur eine IG Metall-Liste. Bei den Angestellten bekam die DAG nur noch drei Kandidaten durch (vorher vier), die IG Metall diesmal sieben (vorher fünf). Das ist gut, aber es gibt auch Ungereimtheiten. So erhielt auf der Arbeiterliste – bei Persönlichkeitswahl – jemand die viertmeisten Stimmen, der beim Warnstreik im März weitergearbeitet hat.

Gewässergüte in Schleswig-Holstein

Düngungseinflüsse viel geringer als Abwasserwirkungen

jöf. Alle Oberflächengewässer Schleswig-Holsteins – wie der BRD überhaupt – sind mehr oder weniger stark mit Abwässern belastet. Die Ab-wässer sind industrieller, kommunaler oder häuslicher Herkunft, viel soll angeblich aus landwirtschaftlichen Betrieben und aus Düngemitteln kommen.

Bundeseinheitlich werden die chemischen, biologischen und bakteriologischen Ergebnisse einer Gewässeruntersuchung in einer Güteklasseneinteilung zusammengefaßt, die mit Zwischenstufen von I bis IV reicht (I: unbelastet bis sehr gering belastet, Laichgewässer für Edelfische; I-II: gering belastet, kaum Nährstoffzufuhr; II: mäßig belastet, gutes Fischwasser, große Artenvielfalt; II-III: kritisch belastet, Fischsterben infolge Sauerstoffmangel möglich, viel Algen; III: stark verschmutzt, örtlich Faulschlamm, Fischsterben periodisch; III-IV: sehr stark verschmutzt, Fische können nur noch lokal begrenzt leben; IV: übermäßig verschmutzt, stark mit Giftstoffen belastet, nur noch Bakte-

rien und Einzeller). Nach aktuellen Untersuchungen des Landesamtes für Wasserhaushalt müssen folgende Fließgewässer den oben genannten Klassen zugeteilt werden: Treene II-III, Stör III bis II-III (IV beim Vorfluter der Kläranlage Neumünster), Eider II-III bis II (III kurz unterhalb der Kläranlage Rendsburg), Wilster Au von II bis III, Pinnau III, Krückau II-III, Bramau II, Osterau II-III, Radesforder Au III-IV. Für Seen und Förden gibt es keine entsprechende Klassifizierung: die Schlei gilt als „übermäßig mit Nährstoffen angereichert ... Sichttiefe oft nur 20 cm, keine höheren Wasserpflanzen mehr", der Große Plöner See, der Selenter See, der Ratzeburger und der Domsee beispielsweise weisen einen großen Produktionsüberschuß auf. Die Seen mit einem Unterschuß an Pflanzennährstoffen kann man an einer Hand aufzählen.

Kommt die Gewässerbelastung nun von unzureichend geklärten Abwässern her oder von den Äckern? Dort, wo in den letzten zehn Jahren verstärkt Kläranlagen installiert und vorhandene

um eine biologische oder chemische Stufe erweitert wurden, hat sich die Situation gebessert, so an der Flensburger Förde oder am Selenter und Großen Plöner See, wo jetzt eine Abwasserringleitung die Anliegergemeinden über eine zentrale Kläranlage entsorgt. Zaghafte Besserungstendenzen sieht man auch an der Schlei, und sogar für den Rhein gilt ähnliches. Und das, obwohl der Düngemittelverbrauch überall immer noch zunimmt. Das stützt die These, daß die Nährstoffauswaschung aus landwirtschaftlichen Nutzflächen nur eine geringe Rolle spielen kann.

Eine großräumige und sehr gründliche Untersuchung im Honigau-Gebiet (bei Preetz) über die Beeinflussung der Wassergüte durch die Landwirtschaft ergab dann auch: Aus der Landbewirtschaftung bevorzugt emittierte Stoffe sind Kalzium, Nitrat (Pflanzennährstoff), Magnesium und Natrium. Die Nährstoffe Nitrat, Ammonium, Phosphat und Kalium werden sehr wenig emittiert. Beziehungen zur Düngung deuten sich im Gewässer nur vage durch Konzentrationserhöhungen an. Größer als die Düngungseinflüsse sind Jauche- und Gülleeinleitungen aus der Tierhaltung; allerdings sind das lokal eng begrenzte Verschmutzungen. Wenn bei der Düngung und der Bodenbearbeitung der Uferstreifen der Gewässer ausgespart wird, können Mineraldünger im Gewässer keinen Schaden anrichten.

Veranstaltungskalender

Donnerstag, 30. April

1. Mai-Veranstaltung des KBW

Kiel, Gaststätte Waidmannsruh, Eckernförder Str./Ecke Kopperpahler Allee, 19.30 Uhr

Freitag, 1. Mai

Der DGB stellt dieses Jahr seine Mai-Veranstaltungen unter das Motto: Vollbeschäftigung, Mitbestimmung, soziale Sicherheit.

Kiel: Ab 8 Uhr mit Spielmannszügen Wecken in den Stadtteilen. Demonstration um 9 Uhr vom Wilhelmsplatz zum Rathausplatz, wo um 10 Uhr eine Kundgebung stattfindet. Es spricht Jan Sierks, Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Nordmark.

Kiel-Friedrichsort: Die Belegschaften von Krupp-MaK, Lindenau und Sauer & Sohn sind aufgerufen, sich um 8 Uhr am Stettiner Platz zu trefen und von dort in einem Autokorso zum Wilhelmsplatz zu fahren.

Lübeck: Demonstrationszug der ÖTV um 9 Uhr vom Hafen zum Brink, dort um 10 Uhr Vereinigung mit den Zügen der anderen Einzelgewerkschaften. Abschlußkundgebung um 10.30 Uhr auf dem Rathausplatz, es spricht Elfriede Hoffmann vom Vorstand der HBV.

Neumünster: Demonstration ab 9.30 Uhr vom Kleinflecken zum Gewerkschaftshaus in der Karlstraße. Auf der Kundgebung dort spricht Hermann Rappe, stellv. Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik. Anschließend singen der Gewerkschaftschor und die Teilnehmer das Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit".

Dienstag, 5. Mai

Kiel: Treffen zur Vorbereitung der III. Sozialistischen Konferenz: "Handelt es sich um ein 'Wettrüsten' zwischen USA und UdSSR oder um ein 'Totrüsten'? Kiel, Räucherei, Preetzer Str. 35, Fotoraum, 20 Uhr.

1. Mai-Demonstration des DGB in Hamburg

Abmarsch: 9 Uhr U/S-Bahn Barmbek
12 Uhr Kundgebung auf dem Legien-Platz

1. Mai-Volksfest in den Messehallen

Themen des Festes: Frieden, Polen, Anti-AKW, Wohnungsnot, Schulkampf, Umweltschutz, Frauen, Schwule, Lesben. Zu den Themen finden Arbeitsgruppen statt. Großes Kulturprogramm. 1. Mai, Einlaß ab 14 Uhr. Eintritt 12 DM, Schüler 6 DM

1. Mai-Veranstaltung der DGB-Jugend Hamburg

15 Uhr Gewerkschaftshaus. Es spielen die „bots". Eintritt: 5 DM

11.30 Uhr Kundgebung des DGB in Stade

Filmsaal der gewerblichen Berufsschule Stade. Es spricht Bildungssenator v. Hassel, Bremen

1. Mai-Platzkonzert des DGB in Stade

Pausenhof des Berufsschulzentrums Stade

Leserbrief

„Krise in der GEW" KVZ Nr.13, S.15

In dem Artikel zur „Krise in der GEW" wird behauptet, „daß sich die GEW an den drängenden Fragen vorbeiügt und die ökonomistische Politik betreibt". Wir halten diese Auffassung für grundlegend falsch:

1. Die GEW hat sich nie darauf beschränkt, sich mit den Arbeitsbedingungen der Lehrer zu befassen. In jeder Nummer der HLZ (Hamburger Lehrerzeitung) sind kürzere oder längere Artikel zu pädagogischen Fragen der Lernbedingungen der Schüler (z.B. SEPl, 10. Hauptschuljahr, BGJ, Broschüren zu UEs wie Faschismus, 1. Mai wurden herausgegeben usw.). Ebenso werden in den BGs (Betriebsgruppen), den Fachgruppen und den Schulkreiskonferenzen ständig Fragen wie Ausländerunterricht, Gesamtschulstruktur u.ä. behandelt. Statt in einem großen Rundschlag die Politik der GEW als ökonomistisch zu kritisieren, wäre es nützlicher, sich mit einer dieser Fragen auseinanderzusetzen (z.B. HLZ vom Februar 8 Seiten 'Pädagogische Diskussion').

2. Es gibt in der GEW eine lange Auseinandersetzung, in der wir die Kräfte unterstützt haben, die sich dafür eingesetzt haben, daß sich die GEW intensiv um die Arbeitsbedingungen der Lehrer kümmert. Von daher halten wir es auch für einen Fortschritt, daß der Kampf der GEW um die Arbeitszeitverkürzung der Lehrer seit ungefähr den letzten 2 bis 3 Jahren

3. Abgesehen davon, daß die Kritik an der Politik der GEW falsch ist, setzt der Artikel dem auch positiv nichts nützliches entgegen. Der Autor stellt die Auffassungen der Hauptseminarleiterin v.d. Lieth entgegen, die neben den „unzulänglichen Rahmenbedingungen der Reformen", hohen Klassenfrequenzen und der Schulbürokratie gleichberechtigt die „Polarisierung innerhalb der Kollegien", „Eltern, die ihre Mitbestimmungsrechte in oft destruktiver Weise wahrnehmen" und „eine veränderte Schülermentalität" für die Probleme der Lehrer verantwortlich macht. Wir halten diese Einschätzung v.d. Lieths für falsch und sind dagegen, daß solche Positionen kritiklos in der KVZ zitiert worden sind.

4. An Stelle des Kampfes um bessere Arbeits- und Lernbedingungen an den Schulen fordert der Autor, man solle in der GEW eine Debatte um die Erziehung beginnen. In einer Situation, in der die Behörde durch Gesetze, wie Nichtzuweisung von dringend benötigten Mitteln oder Verweigerung von erträglichen Arbeitsbedingungen grundlegende Voraussetzungen für die Erziehung der Schüler verhindert, bleibt eine Debatte um die Erziehung, die losgelöst von der Realität geführt wird, fruchtlos. Besser wäre es schon, zur Meinungsbildung um die Gesamtschule beizutragen. In solchen konkreten Zusammenhängen hat auch eine Debatte um Erziehung einen Sinn.

GEW an den drängenden Fragen vorbeiügt und die ökonomistische Politik betreibt". Wir halten diese Auffassung für grundlegend falsch:

1. Die GEW hat sich nie darauf beschränkt, sich mit den Arbeitsbedingungen der Lehrer zu befassen. In jeder Nummer der HLZ (Hamburger Lehrerzeitung) sind kürzere oder längere Artikel zu pädagogischen Fragen der Lernbedingungen der Schüler (z.B. SEPl, 10. Hauptschuljahr, BGJ, Broschüren zu UEs wie Faschismus, 1. Mai wurden herausgegeben usw.). Ebenso werden in den BGs (Betriebsgruppen), den Fachgruppen und den Schulkreiskonferenzen ständig Fragen wie Ausländerunterricht, Gesamtschulstruktur u.ä. behandelt. Statt in einem großen Rundschlag die Politik der GEW als ökonomistisch zu kritisieren, wäre es nützlicher, sich mit einer dieser Fragen auseinanderzusetzen (z.B. HLZ vom Februar 8 Seiten 'Pädagogische Diskussion').

2. Es gibt in der GEW eine lange Auseinandersetzung, in der wir die Kräfte unterstützt haben, die sich dafür eingesetzt haben, daß sich die GEW intensiv um die Arbeitsbedingungen der Lehrer kümmert. Von daher halten wir es auch für einen Fortschritt, daß der Kampf der GEW um die Arbeitszeitverkürzung der Lehrer seit ungefähr den letzten 2 bis 3 Jahren
intensiv geführt wird.

Artikel dem auch positiv nichts nützliches entgegen. Der Autor stellt die Auffassungen der Hauptseminarleiterin v.d. Lieth entgegen, die neben den „unzulänglichen Rahmenbedingungen der Reformen", hohen Klassenfrequenzen und der Schulbürokratie gleichberechtigt die „Polarisierung innerhalb der Kollegien", „Eltern, die ihre Mitbestimmungsrechte in oft destruktiver Weise wahrnehmen" und „eine veränderte Schülermentalität" für die Probleme der Lehrer verantwortlich macht. Wir halten diese Einschätzung v.d. Lieths für falsch und sind dagegen, daß solche Positionen kritiklos in der KVZ zitiert worden sind.

4. An Stelle des Kampfes um bessere Arbeits- und Lernbedingungen an den Schulen fordert der Autor, man solle in der GEW eine Debatte um die Erziehung beginnen. In einer Situation, in der die Behörde durch Gesetze, wie Nichtzuweisung von dringend benötigten Mitteln oder Verweigerung von erträglichen Arbeitsbedingungen grundlegende Voraussetzungen für die Erziehung der Schüler verhindert, bleibt eine Debatte um die Erziehung, die losgelöst von der Realität geführt wird, fruchtlos. Besser wäre es schon, zur Meinungsbildung um die Gesamtschule beizutragen. In solchen konkreten Zusammenhängen hat auch eine Debatte um Erziehung einen Sinn.
(Lehrerzelle Altona)

Schwierigkeiten bei der Durchführung des bundesweiten IGM-Warnstreiks im Bezirk Hamburg

edd. Als dieser Artikel verfaßt wurde, wurde in Hessen noch verhandelt. Dennoch sind einige Anmerkungen und Betrachtungen zu dem bundesweiten Warnstreik der IG Metall am Mittwoch, dem 22. April, sicherlich auch darüberhinaus aufschlußreich und lehrreich.

Während im Bezirk Hamburg sich rund 350000 Arbeiter, Angestellte und Auszubildende an den Warnstreiks der IGM mit Demonstrationen und Kundgebungen in den letzten Wochen beteiligten, waren es am 22. April nach Angaben der Bezirksleitung nur 25000.

Das deutet schon auf die Schwierigkeiten hin, die die Gewerkschaftsmitgliedschaft und die Vertrauensleute mit dem Warnstreik hatten. Der Termin und die Planung durch den Vorstand wurden erst während der Ostertage gerüchteweise und erst am letzten Ostertag offiziell durch Rundschreiben bekannt. Die ganze Aktion war darauf angelegt, daß der Vorstand gar nicht vorhatte, die Mitglieder zu mobilisieren, sondern wiederholt zu „drohen", um über eine Entscheidung über die Anträge aus mittlerweile 2 Tarifgebieten (Nordverbund, einstimmiger Antrag der Tarifkommission mit 351 Stimmen und NRW) nicht zu entscheiden.

Der Aufruf der IGM wurde den meisten Vertrauensleuten über das Radio und das Fernsehen bekannt. Das Flugblatt der IGM mit dem zentralen Aufruf erschien erst Dienstag früh. Darin riefen alle Bezirksleitungen und der Vorstand zu „Warnstreiks und Demonstrationen am 22. April vormittags" auf. Näheres würden die Ortsverwaltungen bekanntgeben.

Während die ersten Warnstreiks ganz offensichtlich zur Festigung der Streikfront dienten, ganz entgegen dem Geschrei einiger allzu „linker" Kritiker der Gewerkschaftssozialdemokratie, stellte sich hier bald das Gegenteil heraus. Wir wollen das an einem Beispiel beleuchten: Bei AEG in Wedel wurde in den Wochen davor ein Warnstreik durchgeführt. 3 Betriebe beteiligten sich (AEG Industriestraße, AEG Hafenstraße und Idemöller). In zwei großen Demonstrationssäulen wurde durch Wedel marschiert für die Forderungen der IGM „7,7, sonst bleibt die Arbeit liegen", 125 DMark, alles andere ist ein Quark" stand auf den zahlreichen selbstgemalten Transparenten

gesungen, Forderungen von den 1300 Kollegen gerufen. Auf der Abschlußkundgebung wurde die Kampfbereitschaft durch den 2. Bevollmächtigten Engelmann und die VK-Leitungssprecher betont. Dies sollte die Vorbereitung für die Urabstimmung und den Streik sein, wurde erklärt. Die Stimmung war gut, jeder merkte, daß in Wedel in den letzten 25 Jahren zu wenig gestreikt und demonstriert wurde. Es war die erste Aktion dieser Größenordnung.

Als die norddeutschen Tarifkommissionen die Urabstimmung forderten, entsprachen sie damit dem Willen der Mitglieder im Bezirk Hamburg, die durch die Warnstreiks mobilisiert wurden. Sie taten dies auch, weil jeder Gewerkschaftler weiß, daß man mit einer Bude nur 1 bis 2 mal Warnstreik machen kann, dann schlafft es ab, weil die Kampffront abstumpft. Einige Betriebe im Bezirk waren bis zu 4 mal draußen, daß die Kollegen selber zu recht erklärten, das würden sie nicht mehr mitspielen. Und nun – anstatt Urabstimmung noch ein Warnstreik. Einige Genossen in der KVZ 16/81 im Zentralteil waren ja der Meinung, man solle noch nicht von Urabstimmung und Streik sprechen. Der bundesweite Warnstreik müßte ihnen auch die Unsinnigkeit ihrer Argumente vorgeführt haben. Waren die Warnstreiks auf der einen Seite, wie die klassenkämpferische Strömung in der IGM es schon seit Jahren forderte, für den Aufbau einer *Streikfront* dienlich, zersetzte der bundesweite Warnstreik dieses wieder.

Den Schritt, der nötig wäre zur Urabstimmung, hat der IGM-Vorstand, mit Rücksicht auf den Bundeskanzler und seine SPD/FDP-Regierung, erstmal verschoben; gleichzeitig ein 4,9%-Angebot lanciert. Das wußten alle Kollegen am 22. April durch die bürgerliche Presse und das Fernsehen. So waren die objektiven und subjektiven Bedingungen denkbar schlecht. Und dennoch, 25000 beteiligten sich 1 Stunde lang. Die IGM hatte z.B. durch den Bevollmächtigten Müllner erklärt, man solle sich kein Bein ausreißen. Diese Linie wurde durch den Boykott sämtlicher organisatorischer Mittel und die Verhinderung wirklicher Kampfaktionen, wie einem gemeinsamen Marsch von HDW, MAN und B + V durch die Innenstadt, verdeutlicht. Die Vertrauensleute standen vor dem Nichts und sollten alles aus dem Stand heraus or-

war, der IGM nicht in den Rücken zu fallen, um so die 4,9% abzuwehren, versammelten sich Kollegen in den Kantinen (z.B. AEG Schenefeld, AEG Steinhöft), führten Demonstrationen auf dem Werksgelände durch (AEG Industriestraße, B + V), blieben am Arbeitsplatz sitzen (MAN) oder führten eine Kundgebung nach einer kurzen Demonstration um und außerhalb des Werkes durch wie z.B. AEG Industriestraße und Schmalbach Lubeca in Wedel.

Durch den Boykott sämtlicher organisatorischer Mittel sollte der politische Zweck erreicht werden, die Streikfront zu zerfasern. Dies gelang jedoch nicht. Bei MBB z.B. versammelten sich zwar nur 1000 Arbeiter in einer Halle zu einer Kundgebung (beim ersten Warnstreik waren es 3000), diese schrieben aber auf ein Klopapierrolle ihre Forderung nach sofortiger Urabstimmung und Streik, für die volle Durchsetzung der 7,7%, mindestens aber 125 DM! Überall verurteilten die VK-Leiter die 4,9% und dennoch, die IGM ging damit wieder in die hessischen Verhandlungen. Auf verschiedenen Kundgebungen wurde jedoch die Einheit für die Forderungen nochmals bekräftigt und: Sie sollen *voll* erfüllt werden durch *Streik*.

Viele, die nicht mitmachten, hatten die Schnauze voll von der Warnstreikerei. Einige, gerade im Bereich der unteren Gruppen, konnten sich einen dritten oder vierten mehrstündigen Verdienstausfall nicht leisten, machten darum nicht mit. Alles Potential, das für einen schweren Arbeitskampf durch die IGM hätte mobilisiert werden können. Viele Versammlungen während der Wanrstreiks zeigten den Vertrauenskörpern jedoch die Verpflichtung, auch in Hessen einzugreifen, gegen einen zu niedrigen Abschluß in Form von Telegrammen und Anrufen vorzugehen.

Denn jedem ist klar, wenn ein Abschluß nicht annähernd die Reallohnsicherung bringt, die Mindestlöhne nicht abgesichert werden, verspielt die IG Metall das Vertrauen in den Belegschaften, was sie sich durch diese Tarifbewegung erkämpft hat. Dieses der Rettung der Bundesregierung und der Volkswirtschaft zu opfern, muß sich jeder Sozialdemokrat in der Gewerkschaft genau überlegen. Nützen tut das

ren, sondern wiederholt zu „drohen", um über eine Entscheidung über die Anträge aus mittlerweile 2 Tarifgebieten (Nordverbund, einstimmiger Antrag der Tarifkommission mit 351 Stimmen und NRW) nicht zu entscheiden.

Der Aufruf der IGM wurde den meisten Vertrauensleuten über das Radio und das Fernsehen bekannt. Das Flugblatt der IGM mit dem zentralen Aufruf erschien erst Dienstag früh. Darin riefen alle Bezirksleitungen und der Vorstand zu „Warnstreiks und Demonstrationen am 22. April vormittags" auf. Näheres würden die Ortsverwaltungen bekanntgeben.

Während die ersten Warnstreiks ganz offensichtlich zur Festigung der Streikfront dienten, ganz entgegen dem Geschrei einiger allzu „linker" Kritiker der Gewerkschaftssozialdemokratie, stellte sich hier bald das Gegenteil heraus. Wir wollen das an einem Beispiel beleuchten: Bei AEG in Wedel wurde in den Wochen davor ein Warnstreik durchgeführt. 3 Betriebe beteiligten sich (AEG Industriestraße, AEG Hafenstraße und Idemöller). In zwei großen Demonstrationssäulen wurde durch Wedel marschiert für die Forderungen der IGM „7,7, sonst bleibt die Arbeit liegen", 125 DMark, alles andere ist ein Quark" stand auf den zahlreichen selbstgemalten Transparenten
und Schildern. Arbeiterlieder wurden

Urabstimmung noch ein Warnstreik. Einige Genossen in der KVZ 16/81 im Zentralteil waren ja der Meinung, man solle noch nicht von Urabstimmung und Streik sprechen. Der bundesweite Warnstreik müßte ihnen auch die Unsinnigkeit ihrer Argumente vorgeführt haben. Waren die Warnstreiks auf der einen Seite, wie die klassenkämpferische Strömung in der IGM es schon seit Jahren forderte, für den Aufbau einer *Streikfront* dienlich, zersetzte der bundesweite Warnstreik dieses wieder.

Den Schritt, der nötig wäre zur Urabstimmung, hat der IGM-Vorstand, mit Rücksicht auf den Bundeskanzler und seine SPD/FDP-Regierung, erstmal verschoben; gleichzeitig ein 4,9%-Angebot lanciert. Das wußten alle Kollegen am 22. April durch die bürgerliche Presse und das Fernsehen. So waren die objektiven und subjektiven Bedingungen denkbar schlecht. Und dennoch, 25000 beteiligten sich 1 Stunde lang. Die IGM hatte z.B. durch den Bevollmächtigten Müllner erklärt, man solle sich kein Bein ausreißen. Diese Linie wurde durch den Boykott sämtlicher organisatorischer Mittel und die Verhinderung wirklicher Kampfaktionen, wie einem gemeinsamen Marsch von HDW, MAN und B + V durch die Innenstadt, verdeutlicht. Die Vertrauensleute standen vor dem Nichts und sollten alles aus dem Stand heraus or-
ganisieren. Da aber auch der Wille da

schen Verhandlungen. Auf verschiedenen Kundgebungen wurde jedoch die Einheit für die Forderungen nochmals bekräftigt und: Sie sollen *voll* erfüllt werden durch *Streik*.

Viele, die nicht mitmachten, hatten die Schnauze voll von der Warnstreikerei. Einige, gerade im Bereich der unteren Gruppen, konnten sich einen dritten oder vierten mehrstündigen Verdienstausfall nicht leisten, machten darum nicht mit. Alles Potential, das für einen schweren Arbeitskampf durch die IGM hätte mobilisiert werden können. Viele Versammlungen während der Wanrstreiks zeigten den Vertrauenskörpern jedoch die Verpflichtung, auch in Hessen einzugreifen, gegen einen zu niedrigen Abschluß in Form von Telegrammen und Anrufen vorzugehen.

Denn jedem ist klar, wenn ein Abschluß nicht annähernd die Reallohnsicherung bringt, die Mindestlöhne nicht abgesichert werden, verspielt die IG Metall das Vertrauen in den Belegschaften, was sie sich durch diese Tarifbewegung erkämpft hat. Dieses der Rettung der Bundesregierung und der Volkswirtschaft zu opfern, muß sich jeder Sozialdemokrat in der Gewerkschaft genau überlegen. Nützen tut das
der Klasse nicht.

Veranstaltungskalender

Filme

Züri Brännt. Kein Dokumentarfilm, sondern parteiliche Darstellung der Kämpfe in Zürich von Seiten der Jugendbewegung. Abaton, 16. bis 30.4. 15.30 und 20.30 Uhr.

Musik

Morgenrot, „alles Gute kommt von unten", Fabrik 30.4.21 Uhr.

Theater

Der zufällige Tod des Christian K., Polizeistaatsatire, Malersaal, 2.5., 20.30 Uhr, **Die Dreigroschenoper**, Schauspielhaus, 29.4. 20Uhr, 3.5. 15 und 20 Uhr;

Veranstaltungen

Streitgespräch: Disziplin in der Schule – Probleme, Handlungsmöglichkeiten, Forderungen, 6.5. um 19 Uhr, Curio-Haus, Räume A,B und C.

5,2% - Abschluß bei Ölmühlen

cld. Am 23.4.81 haben sich die IG Chemie und der Verband der Hamburger Ölmühlenkapitalisten auf einen Abschluß von 5,2% und einer Einmalzahlung von 50 DM geeinigt. Betroffen von der Vereinbarung sind ca. 2000 Arbeiter und Angestellte der Hamburger Ölmühlen Noblee und Thörl, Thörls Ölwerke, Hobum und Ölmühle Hamburg AG. Der 5,2%-Abschluß bringt für die Lohn- und Gehaltsgruppe I 105 DM, für die Gruppe III 125 DM und für die Gruppe VII 210 DM. Von den Arbeitern wird der Abschluß kritisiert, weil er unter der Inflationsrate von 5,6% liegt und die Lage der Ölmühlenkapitalisten ausgesprochen gut ist. Die Ölmühle Hamburg hat gerade ihren Jahresbericht für 1980 vorgelegt. Aus ihm geht hervor, daß die Produktion erneut gesteigert werden konnte auf über 1 Million Tonnen Saaten im Jahr. Der Profit hat sich um 9 Mio. DM erhöht, so daß die Aktionäre wieder eine Dividende von 25% einstreichen können. Die Kapitalisten jammern zwar, daß 1981 ein schlechtes Jahr würde. Dem steht aber gegenüber, daß sie die Produktion ausweiten. Es wird gerade eine neue Anlage gebaut, die die Verarbeitung von Soja von 80 t in der Stunde auf 150 t in der Stunde erhöht.

Für die Normalschichtarbeiter und die Angestellten in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen bringt der Abschluß eine Senkung des Reallohns. Für die Schichtarbeiter bleibt der Reallohn gerade gleich, weil durch steuer- und sozialversicherungsfreie Schichtzuschläge die Erhöhung des Nettolohns größer ist, als die Erhöhung des Bruttolohns.

Der neue Tarifvertrag tritt am 1. Mai in Kraft.

10000 gegen Schulschließung

cld. 10000 haben sich gegen die Schließung der Schule Göhlbachtal in Harburg ausgesprochen. Die Schule Göhlbachtal ist ein Gymnasium, über dessen Zukunft im Schulentwicklungsplan der Behörde keine Aussagen gemacht wurden. Nach Abschluß der Diskussion um den Schulentwicklungsplan in der Deputation wurde der Schulleitung mitgeteilt, daß sie dieses Jahr keine 5. Klasse einrichten dürfte, weil die Schließung der Schule geplant sei. Gegen diese Maßnahme der Schulbehörde, die versuchte auf kaltem Weg die Schulschließung ohne Diskussion durchzusetzen, gab es sofort heftigen Protest. Eltern, Schüler und Lehrer waren sich einig, die Schule darf nicht geschlossen werden. Und die Schüler gingen auf die Straße und verteilten Flugblätter.

Mit Unterstützung der Eltern und des Kollegiums errichteten Schüler auf dem Gelände der Schule vor und über Ostern ein Zeltlager, um ihren Protest gegen die Schulschließung zum Ausdruck zu bringen. Die Aktion war ein voller Erfolg. In Unterschriftenlisten trugen sich über 10000 Leute ein, die gegen die Schulschließung protestierten.

Grolle hat sich bis heute nicht zu der Schulschließung geäußert. Es gibt noch nicht mal von Seiten der Behörde eine Begründung, warum die Schule geschlossen werden soll. Die Eltern, Schüler und Lehrer haben Grolle aufgefordert, nach Harburg zu kommen und seine Maßnahmen zu rechtfertigen.

Vollversammlung der Umschüler am Berufsfortbildungswerk

ebn. Am 23.4. fand am Berufsfortbildungswerk eine Vollversammlung statt. Es beteiligten sich etwa 2/3 der ca. 400 Umschüler, Fortzubildenden, Rehabilitanden und ausländischen Jugendlichen. Auf Einladung der Teilnehmervertretung waren auch der Schulleiter, ein Gewerkschaftssekretär des DGB sowie die Schulsprecher einiger anderer Hamburger Umschulungs- und Rehabilitationseinrichtungen erschienen. Die Diskussion drehte sich vor allem um die Schwerpunkte Ausbildungsbedingungen an der Schule, Forderungen zum Unterhaltsgeld und zu den Kostenträgern (Sozialversicherungen). Zum ersten Schwerpunkt wurden vor allem die folgenden Probleme vorgebracht: Zu kleine und zu laute Räume, zu große Kurse (bis zu 30 Teilnehmern), organisatorische Mängel an der Schule, häufiger Stundenplanwechsel und Lehrerwechsel, Unterrichtsausfall, fehlende Lernmittel, verspätete Ausstattung der Kurse mit Lernmitteln (Bücher, Zeichengeräten etc.), zu große Unterschiede in den Vorkenntnissen der Teilnehmer ein und desselben Kurses usw. Hinter diesen Problemen stecken vor allem Finanzierungsschwierigkeiten, da das Arbeitsamt die Kurse nach dem Prinzip „Der billigste Anbieter erhält den Zuschlag" vergibt.

Im Rahmen der Diskussion über den zweiten Schwerpunkt wurde die Forderung nach einem Unterhaltsgeld in Höhe von 90% des vorherigen Nettolohnes, jedoch mindestens 1200 DM monatlich bekräftigt. Im Zusammenhang mit dem dritten Schwerpunkt wurde die Forderung nach Selbstverwaltung der Sozialversicherungen und Bezahlung der Beiträge durch die Unternehmer erhoben, sowie die Forderung nach Kontrolle der Gewerkschaften bei Vergabe von Umschulungsmaßnahmen. Die Teilnehmervertretung rief alle Umschüler auf, sich in einem eigenen Block an der diesjährigen 1. Mai-Demonstration zu beteiligen.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 413080 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/394904; verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 – 12/16: Bernhard Peters, Für die Seiten 13 – 15: Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Bernd Wagner, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Diese Zeitung erscheint wöchentlich und kostet als Einzelexemplar 1 DM; Jahresabonnement 50 DM (zzgl. 8,40 DM Postgebühr), Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. 4,20 DM Postgebühr), Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. 2,30 DM Postgebühr). Abbestellungen sollen spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein, sonst verlängert sich das Abonnement automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen bitte an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt / M. 2, Telefon 0611/730234.

Wir müssen erst wieder einen Begriff des Sozialismus gewinnen

Diskussionsveranstaltung zur Lage in Polen

ulh. Cirka 200 Leute waren zu der Diskussionsveranstaltung ,,Polen – Freiheit, Unabhängigkeit und Brot'' gekommen. Die Veranstaltung begann mit einem 70-minütigen Referat des Genossen Koenen. Anschließend wurde noch fast 2 Stunden interessant und sachlich über Einzelfragen sowie die Gesamteinschätzung der Lage in Polen diskutiert.

Thesen des Referats

– Der Aufstand in Polen 1956 hatte fortschrittlichen Charakter. Er wurde von einer demokratischen Bewegung getragen, die sich gegen Zwangskollektivierung und Ausplünderung wandte. Es kam nicht zum Umsturz der Verhältnisse, weil das Regime Gomulka als innerer Kitt wirkte angesichts der westdeutschen Remilitarisierung und des Revanchismus.

– Der westdeutsche Revanchismus, der seinen Ausdruck in der Gründung der NPD fand, wurde von der Gewerkschafts- und demokratischen Bewegung bekämpft. Resultat dieser Bewegung – wie verschroben auch immer – waren die Ostverträge der Brandt-Regierung.

– Die Bedeutung der polnischen Ereignisse für die Weltrevolution liegen darin, daß 2 Prinzipien herausgestellt werden: 1. Das Recht der Arbeiterklasse (auch im Sozialismus) auf Bildung einheitlicher Massenorganisationen unabhängig von der Partei der Arbeiterklasse. 2. Die Form der Selbstverwaltung der Betriebe und aller gesellschaftlichen Einrichtungen unabhängig von Partei und Gewerkschaft, die Aufhebung des Staatsmonopolismus.

– Wir müssen erst wieder einen Begriff des Sozialismus gewinnen. Sozialismus bedeutet gerade Rücknahme der Staatstätigkeit und der Kapitalfunktion zugunsten unmittelbarer gesellschaftlicher Tätigkeit. Für die polnische Bewegung sind politische Formen der BRD wie Parlamentarismus und Pluralismus in bestimmter Weise Vorbild, weil sie gegen die Herrschaft des Staatsmonopols gerichtet sind. – Die katholische Ideologie hat in Polen andere Funktion als in imperialistischen Ländern. Sie war direktes Organ des Widerstands und trug zur Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität bei. Die Kirche wird direkt von den jeweiligen Gemeinden finanziert und hat noch den Charakter der Volkskirche. In der Bewegung wird häufig christliches Vokabular benutzt, weil der Kommunismus zutiefst verhaßt ist aufgrund seiner Entartung zum Staatsmonopol.

Die Kritik des BWK

– In seinem Buch über Polen gibt der Genosse Koenen der Sowjetunion Mitschuld an Hitlers Polenüberfall: Durch
Brandt-Regierung.

– Die Bedeutung der polnischen Ereignisse für die Weltrevolution liegen darin, daß 2 Prinzipien herausgestellt werden: 1. Das Recht der Arbeiterklasse (auch im Sozialismus) auf Bildung einheitlicher Massenorganisationen unabhängig von der Partei der Arbeiterklasse. 2. Die Form der Selbstverwaltung der Betriebe und aller gesellschaftlichen Einrichtungen unabhängig von Partei und Gewerkschaft, die Aufhebung des Staatsmonopolismus.

– Wir müssen erst wieder einen Begriff des Sozialismus gewinnen. Sozialismus bedeutet gerade Rücknahme der Staatstätigkeit und der Kapitalfunktion zugunsten unmittelbarer gesellschaftlicher Tätigkeit. Für die polnische Bewegung sind politische Formen der BRD wie Parlamentarismus und Pluralismus in bestimmter Weise Vorbild, weil sie gegen die Herrschaft des Staatsmonopols gerichtet sind. – Die katholische Ideologie hat in Polen andere Funktion als in imperialistischen Ländern. Sie war direktes Organ des Widerstands und trug zur Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität bei. Die Kirche wird direkt von den jeweiligen Gemeinden finanziert und hat noch den Charakter der Volkskirche. In der Bewegung wird häufig christliches Vokabular benutzt, weil der Kommunismus zutiefst verhaßt ist aufgrund seiner Entartung zum Staatsmonopol.

Die Kritik des BWK

– In seinem Buch über Polen gibt der Genosse Koenen der Sowjetunion Mitschuld an Hitlers Polenüberfall: Durch
den deutsch-sowjetischen Vertrag sei eine 4. Teilung Polens festgelegt worden. Damit nimmt Koenen eine Milderung der Kriegsschuld Hitlerdeutschlands vor. Tatsache ist dagegen, daß der sogenannte Geheimvertrag über Polen erst vom Hess-Verteidiger ausgegraben wurde und offensichtlich gefälscht ist. Außerdem hat Mao Zedong den Einmarsch der SU in Polen gerechtfertigt.

– Mit seiner Kritik an der Politik der Sowjetunion nimmt Koenen eine neue Geschichtsschreibung seitens der kommunistischen Bewegung vor. Er wirft der Sowjetunion Kolonialpolitik vor. Die sozialistischen Regimes in Osteuropa nach 1945 bezeichnet er als Besatzungsmächte. Er kritisiert Chinas Haltung zur Sowjetunion, wie sie in der Generallinie 1963 niedergelegt ist. Er spricht den BRD-Imperialisten ihre Aggressivität ab, indem er es für falsch hält, eine ungebrochene Linie von Wilhelm II über Hitler zu Helmut Schmidt zu ziehen. Das läuft auf Vaterlandsverteidigung hinaus.

– Das Polenbuch ist eine Anhäufung wilder Spekulationen. Die chinesischen Kommunisten haben die Einschätzung Stalins so gut es ging geklärt. Besser kann dieses Problem nicht geklärt werden, solange nicht in Rußland eine erneute Revolution stattfindet und die Untersuchungen von russischen Kommunisten vorgenommen werden.

– Der Genosse Koenen nimmt eine Beschönigung der Interessen der BRD-Imperialisten vor. Die Ostpolitik der Brandt-Regierung war keine Abschwächung der Widersprüche, sondern eine Zuspitzung: Es ging den BRD-Imperialisten um Handelsoffensive.

– Die Einschätzung der polnischen Bewegung ist völlig wischi-waschi. Begriffe wie ,,gesellschaftliche Selbstorganisation'' vertreten die Trotzkisten.

Antwort des Referenten auf den BWK

– Frömmigkeit gegenüber der Geschichte der Arbeiterbewegung hilft uns nicht weiter. Der Kampf des polnischen Volkes hat neue historische Tatsachen ans Licht gebracht. Dem muß man sich stellen.

– Zur 4. Teilung Polens. Das Zusatzabkommen existiert und seine Existenz wird heute von der Sowjetunion nicht mehr bestritten; daran ändert auch nichts, wenn der Hess-Verteidiger als Erster den Vertrag zitiert hat. Der BWK sagt, die Gebiete Polens, die die Sowjetunion sich in dem Vertrag zugesprochen hat, gehörten ursprünglich der SU. Das kann man nur sagen, wenn man das revolutionäre Rußland als legitimen Vertreter des Zarenreichs betrachtet, denn der Zar hat sich diese Gebiete bei der 3. Teilung Polens im 18. Jahrhundert genommen. Der Anschluß Polens an die Sowjetunion hatte jedenfalls mehr den Charakter einer Annexion; Volksbefragung wurde schon gar nicht vorgenommen.

– Der Farbwechsel der Sowjetunion muß vor 1956 angefangen haben und hat sich ausgedrückt in Großmachtchauvinismus und Hegemonismus. Sowieso war die gesamte russische Revolution ein äußerst komplizierter Vorgang aufgrund der objektiven Bedingungen: kleine Arbeiterbewegung und Vorherrschaft bäuerlicher Produktionsverhältnisse. Lenin hat schon sehr früh Stalins Politik gegenüber anderen Nationalitäten kritisiert und festgestellt: Kratz an manchem Kommunisten und Du findest einen großrussischen Chauvinisten.

– Zur neuen Geschichtsschreibung. Nicht richtig ist, daß Polen Kolonie der Sowjetunion war und die Regimes nach 1945 Besatzungsmächte waren; das ist auch gar nicht behauptet worden. Tatsache aber ist, daß diese Regierungen nicht in voller nationaler Souveränität zustande kamen und daß z.B. am Potsdamer Abkommen nur die Großmächte beteiligt waren, die Ergebnisse des 2. Weltkrieges nicht von allen beteiligten Staaten fixiert wurde.

– Um das Verhältnis BRD-Polen zu beurteilen, sind die Schulden der Polen bei der BRD kein Maßstab. Diese Schulden hat Polen gemacht, um sich aus der Umklammerung der Sowjetunion zu lösen. Die BRD hat gegenwärtig kein Interesse an einer Schwächung Polens und einem eventuellen Staatsbankrott.

te jedenfalls mehr den Charakter einer Annexion; Volksbefragung wurde schon gar nicht vorgenommen.

– Der Farbwechsel der Sowjetunion muß vor 1956 angefangen haben und hat sich ausgedrückt in Großmachtchauvinismus und Hegemonismus. Sowieso war die gesamte russische Revolution ein äußerst komplizierter Vorgang aufgrund der objektiven Bedingungen: kleine Arbeiterbewegung und Vorherrschaft bäuerlicher Produktionsverhältnisse. Lenin hat schon sehr früh Stalins Politik gegenüber anderen Nationalitäten kritisiert und festgestellt: Kratz an manchem Kommunisten und Du findest einen großrussischen Chauvinisten.

– Zur neuen Geschichtsschreibung. Nicht richtig ist, daß Polen Kolonie der Sowjetunion war und die Regimes nach 1945 Besatzungsmächte waren; das ist auch gar nicht behauptet worden. Tatsache aber ist, daß diese Regierungen nicht in voller nationaler Souveränität zustande kamen und daß z.B. am Potsdamer Abkommen nur die Großmächte beteiligt waren, die Ergebnisse des 2. Weltkrieges nicht von allen beteiligten Staaten fixiert wurde.

– Um das Verhältnis BRD-Polen zu beurteilen, sind die Schulden der Polen bei der BRD kein Maßstab. Diese Schulden hat Polen gemacht, um sich aus der Umklammerung der Sowjetunion zu lösen. Die BRD hat gegenwärtig kein Interesse an einer Schwächung Polens und einem eventuellen Staatsbankrott.

Die Kritik des KABD

– Die Einschätzung des polnischen Staates ist unscharf. Der Staat ist kapitalistischer Ausbeuter, es gibt eine polnische Bourgeoisie. In den Betrieben wird nach dem Gewinnprinzip gewirtschaftet. Es gibt gerade kein Staatsmonopol mehr. Es handelt sich um kapitalistische Selbstverwaltung; deshalb braucht Polen heute eine sozialistische Revolution.

– Wenn man Selbstverwaltung im Sinne des jugoslawischen Modells fordert, so ist das eine Revision Lenins.

– Die Einschätzung der kämpfenden Bewegung in Polen ist falsch. KOR und Kuron fordern Parlamentarismus, es handelt sich um bürgerliche Demokraten, nicht um Revolutionäre. Die Widersprüche innerhalb der Solidarität sind falsch eingeschätzt, z.B. Walesa hat sich als staatstragend profiliert.

Antwort des Referenten auf den KABD

– Die Kritik ist flau und trifft nicht die Probleme der osteuropäischen Länder. Daß die Betriebe nach Gewinnprinzip arbeiten, ist nicht das Wesentliche; die Bourgeois sind nicht die Fabrikdirektoren, sondern die Parteibürokraten, die die politische Macht innehaben.

– Die Vorstellung von Sozialismus als Staatsmonopol ist falsch. Sozialismus bedeutet Vergesellschaftung und frei assoziierte Arbeiter. Die Sowjetunion und China haben den Sozialismus aus unterentwickelten Produktionsverhältnissen aufgebaut. Dort war die Vergesellschaftung eine Vergewaltigung ihrer Ökonomie und hat sich als Fessel der Produktivkräfte ausgewirkt. Dagegen trägt der Aufbau der Solidarnosc z.B. Züge der Rätebewegung und der direkten Demokratie, das ist die Richtung der gesellschaftlichen Selbstverwaltung.

Stellungnahmen einzelner Diskussionsteilnehmer

– Wie konnte es zu falschen Sozialismus-Vorstellungen kommen? Die revolutionäre Bewegung in Westdeutschland hat bestimmte Urteile, z.B. über Stalin, aus der Generallinie einfach übernommen; die Generallinie enthält aber Fehler. Heute vertritt die KP Chinas die Generallinie nicht mehr. Sie hatte darin die Bewegungen 1953 und 1956 in Osteuropa – nachdem sie diese zunächst unterstützt und Kritik an Stalin geübt hatte – als konterrevolutionär eingeschätzt und sich angesichts der Kritik Chruschtschows an Stalin zum großen Stalin-Verteidiger aufgeschwungen. China hat damals Jugoslawien als revisionistisch abgeurteilt und damit der fortschrittlichen Bewegung in Osteuropa geschadet. Diese Fehler müssen offen kritisiert werden. Auch wenn die Arbeiterklasse in einem Land die Macht hat, können schwere Fehler gemacht werden. Werden sie nicht aufgedeckt, kommt es zu Verkrustungen und einem falschen Bild vom Sozialismus. Fehler, die die Sowjetunion gemacht hat, sind wegen des allgemeinen Vorbild-Charakters erstmal mit übernommen worden, z.B. das Konzept der totalen Planwirtschaft. Von solchen falschen Vorstellungen über ideale Sozialismusmodelle muß man sich lösen.

– Die Rolle Walesas ist nicht positiv.

tung der gesellschaftlichen Selbstverwaltung.

Stellungnahmen einzelner Diskussionsteilnehmer

– Wie konnte es zu falschen Sozialismus-Vorstellungen kommen? Die revolutionäre Bewegung in Westdeutschland hat bestimmte Urteile, z.B. über Stalin, aus der Generallinie einfach übernommen; die Generallinie enthält aber Fehler. Heute vertritt die KP Chinas die Generallinie nicht mehr. Sie hatte darin die Bewegungen 1953 und 1956 in Osteuropa – nachdem sie diese zunächst unterstützt und Kritik an Stalin geübt hatte – als konterrevolutionär eingeschätzt und sich angesichts der Kritik Chruschtschows an Stalin zum großen Stalin-Verteidiger aufgeschwungen. China hat damals Jugoslawien als revisionistisch abgeurteilt und damit der fortschrittlichen Bewegung in Osteuropa geschadet. Diese Fehler müssen offen kritisiert werden. Auch wenn die Arbeiterklasse in einem Land die Macht hat, können schwere Fehler gemacht werden. Werden sie nicht aufgedeckt, kommt es zu Verkrustungen und einem falschen Bild vom Sozialismus. Fehler, die die Sowjetunion gemacht hat, sind wegen des allgemeinen Vorbild-Charakters erstmal mit übernommen worden, z.B. das Konzept der totalen Planwirtschaft. Von solchen falschen Vorstellungen über ideale Sozialismusmodelle muß man sich lösen.

– Die Rolle Walesas ist nicht positiv.
Er macht zuviel Wirbel um die Kirche. Daß die Kirche eine derart fortschrittliche Rolle spielt, stimmt nicht.

– Die Polenfrage wird sich im praktischen Kampf des polnischen Volkes entscheiden und nicht auf der Ebene der großen Politik. Die Drei-Welten-Theorie orientiert da falsch; die Schwächung der Supermächte durch Länder der zweiten oder der dritten Welt bringt für Polen nicht die Ergebnisse – das polnische Volk muß selber kämpfen.

– Die Rolle des KOR und die Position z.B. von Kuron ist noch unklar. Ist es richtig, sie wie früher als Bürgerrechtsbewegung abzutun?

– Wie ist das Verhältnis von Parteibasis zu Parteispitze?

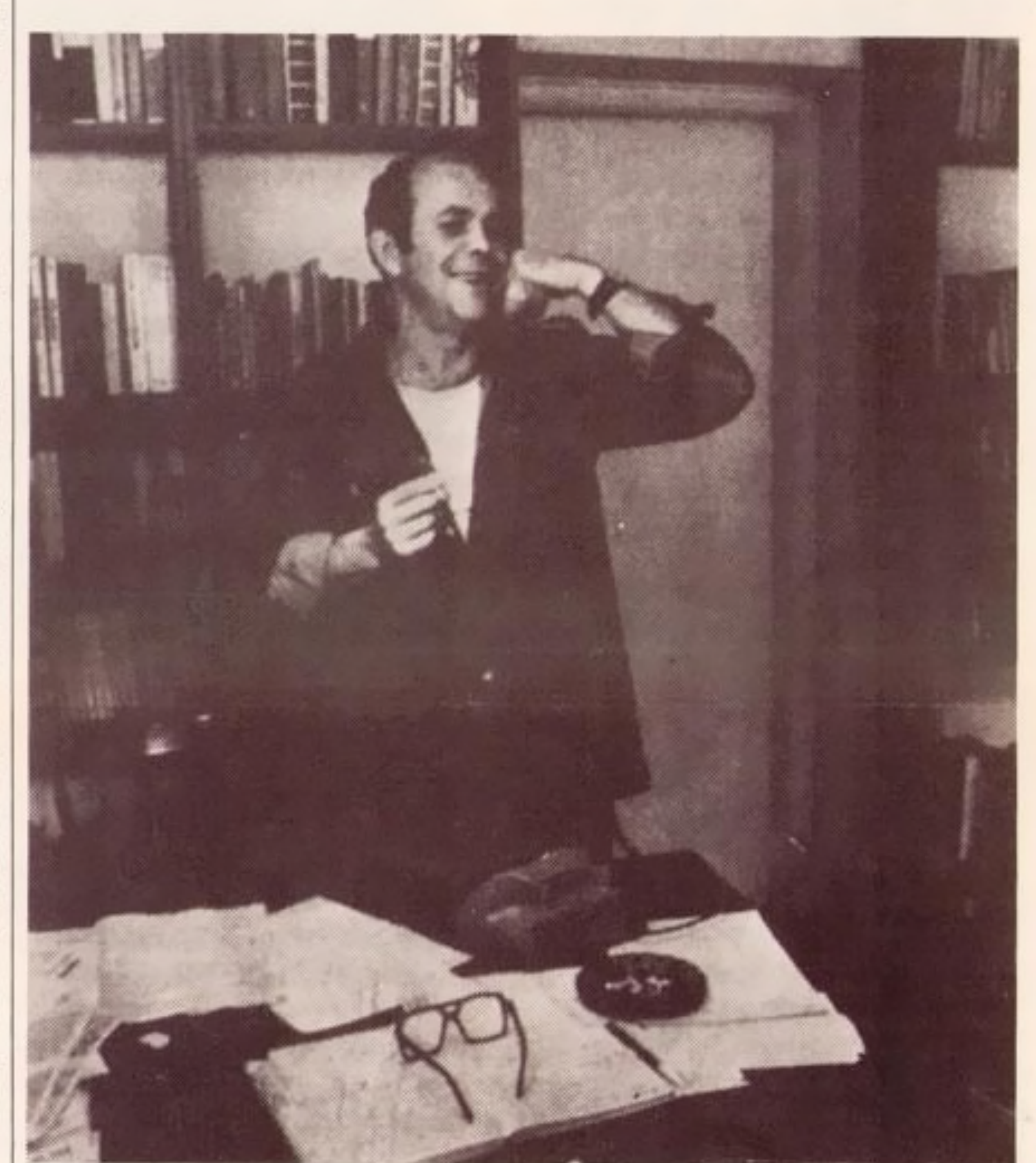
– Ist die Abhängigkeit Polens von der BRD nicht doch größer geworden?

Worauf es jetzt ankommt

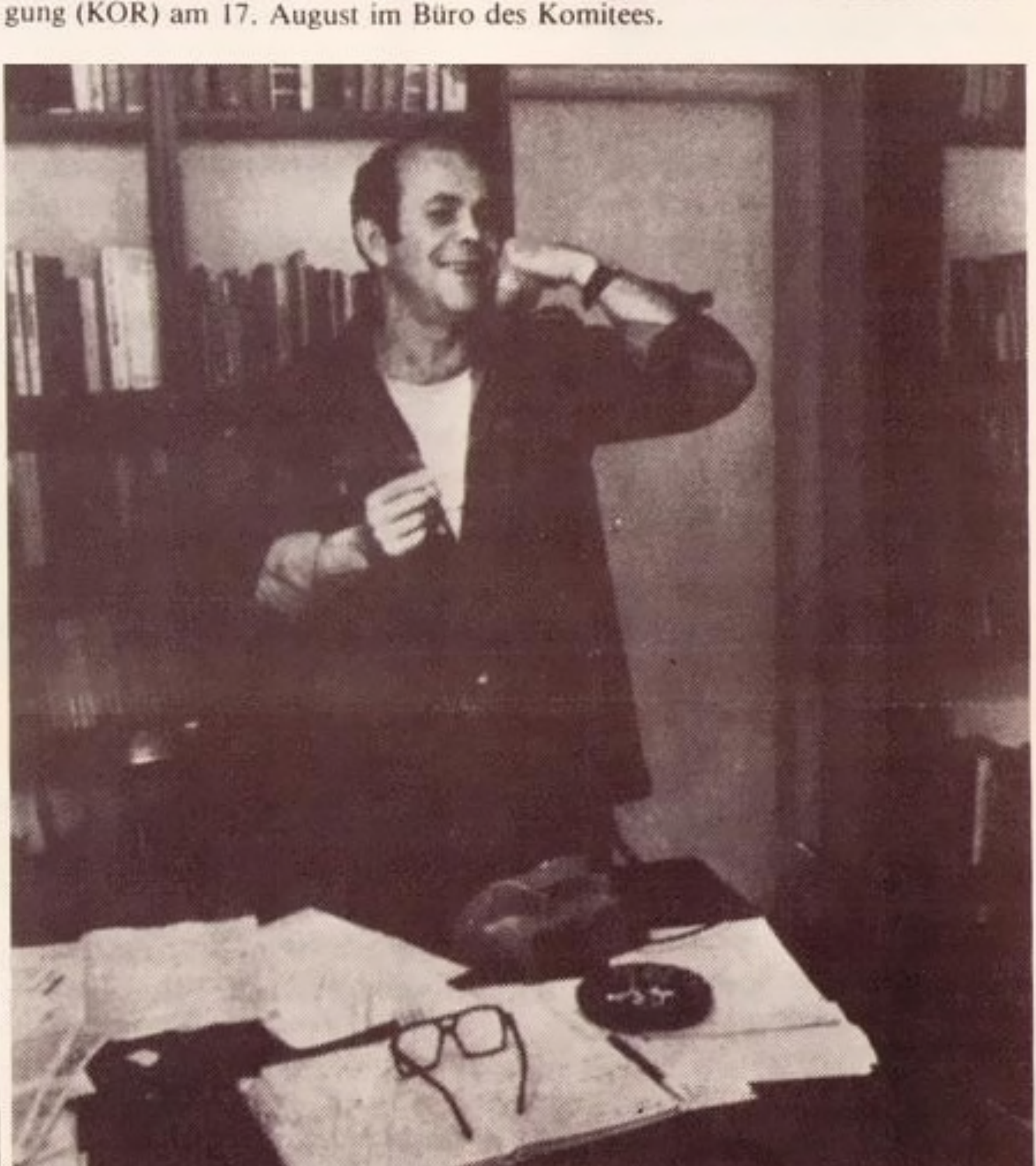
Die Lage in Polen ist schwierig, das liegt an den innerparteilichen Verhältnissen. Das Zerbröckeln der Partei bringt die Gefahr der Intervention der Sowjetunion näher. Die BRD-Regierung nimmt Rücksicht auf die Sowjetunion, indem sie gegenwärtig die Propagandalinie ausstreuen läßt, daß die Polen ja auch langsam zu weit gingen und sich nicht wundern mußten, wenn die Sowjetunion sich das nicht länger angucken würde. Deshalb kommt es darauf an, die polnische Bewegung gerade am 1. Mai deutlich zu unterstützen und z.B. das Projekt von Heinz Brandt – Sammlung für eine Druckausrüstung für die Solidarnosc – mit allen Kräften zu fördern.



Diskussionsveranstaltung zur Einschätzung der Lage in Polen in Hamburg.



Jacek Kuron, einer der Führer des Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KOR) am 17. August im Büro des Komitees.



Jacek Kuron, einer der Führer des Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KOR) am 17. August im Büro des Komitees.



Vor dem Haupteingang der Leninwerft haben Arbeiter ein Holzkreuz für die während der Streiks 1970 umgekommenen Arbeiter aufgestellt.

Eugène Pottier – „Soldat und Dichter der Revolution"

acm. Eugène Pottier – 1816 geboren und aufgewachsen als Proletarier – ist einer der bekanntesten revolutionären Dichter der französischen und internationalen Arbeiterklasse. Durch die Juli-Revolution 1830 und die Erfahrungen der 1848er Revolution geprägt, war seine Dichtkunst vollständig von den Interessen der Arbeiterbewegung, die langsam heranwuchs, erfüllt. Aber er war nicht nur als Dichter Vorkämpfer der sozialen Revolution. Schon kurz nach der Gründung der I. Internationalen wurde er Mitglied der französischen Sektion. 1870 wurde er als Vertreter in die Pariser Gewerkschaftskammer gewählt und während der Pariser Commune wurde er Deputierter. Nach deren blutigen Niederschlagung blieb ihm nur die Flucht und erst 1880, nach der Amnestie der Communarden, konnte er nach Frankreich zurückkehren. Die hier vorgestellten Gedichte sind Zeugnisse scharfer Anklage gegen die Herrschaft der Bourgeoisie und die Kraft der emporstrebenden Klasse, der Zukunft der gesellschaftlichen Entwicklung.

DIE INTERNATIONALE

Zum letzten Kampf! Ihr alle,
Ihr Völker im Verein!
Die Internationale
Wird alle Menschheit sein!

Auf, ihr Verdammte des Planeten,
Auf, Hungerknechte, aus dem Sumpf!
Vernunft bricht aus den Morgenröten.
Aus Schlünden donnert sie Triumph.
Macht endlich Schluß mit dem Gewesnen!
Es stürzt die Welt. Der Tag ist nah.
Denn heut sind wir die Auserlesnen.
Wir waren nichts, jetzt sind wir da!

Wir wissen, daß uns glücklich mache
Kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun.
Genossen, unsrer Freiheit Sache
Kann nur in unsren Händen ruhn!
Packt, bis es brüllt, das Ungeheuer,
Und schafft dem Geist ein freies Gleis!
Wir blasen jetzt ins eigne Feuer.
Schlagt auf den Stahl, er ist noch heiß!

Staat und Gesetz gehn über Leichen.
Die Steuer wird zum Massenmord.
Wo gibt es Pflichten für den Reichen?
Des Armen Recht? Ein leeres Wort!
Genug! Es sprechen jetzt die Knechte,
Und das Gesetz der Gleichheit spricht:
Nicht eine Pflicht mehr ohne Rechte
Und keine Rechte ohne Pflicht!

Abscheulich blähn sich diese Götzen,
Die Herrn von Schacht und Eisenbahn,
Sie machten unser Blut zu Schätzen,
Sie haben unser Gut vertan.
In Stahltresoren liegt's vergraben.
Wann machen wir die Rechnung glatt?
Das Volk will ja nur wiederhaben,
Was man dem Volk gestohlen hat.

Die Herrscher machen uns betrunken.
Der Zauber muß zu Ende sein.
Drum werft ins Heer der Freiheit Funken!
Dann schlägt es mit dem Kolben drein.
Wenn sie uns zwingen, die Barbaren,
Soldat zu spielen noch einmal,
Wir werden unsre Kugeln sparen
Für unsren eignen General.

Arbeiter, Bauern, kommt zu Ende!
Wir sind der Schaffenden Partei!
Die Welt gehört in unsre Hände.
Der Reichen Schonzeit ist vorbei.
Sie sogen Blut aus unsren Wunden.
Reißt ihnen ab den Heiligenschein!
Erst wenn das Geiervolk verschwunden,
Wird unsre Welt voll Sonne sein!

Zum letzten Kampf! Ihr alle,
Ihr Völker im Verein!
Die Internationale
Wird alle Menschheit sein!

DENN DIE COMMUNE WAR SCHON DA!

Ein Donnerschlag war die Commune.
Paris war stolz. Denn sie war schön.
Noch steht im Pulverrauch der Hüne,
Als wär es gestern erst geschehn.
Es wissen, Blut noch an den Klauen,
Jesuit und Geldsack, was geschah,
Die ihrer Macht nicht mehr vertrauen.
Denn die Commune war schon da!

Die Schlacht hat Straßen aufgerissen.
Sie dezimierte unsre Reihn.
Der Freiheit Pflug, der Gleichheit Wissen
Riß Spuren in die Herzen ein.
Zehntausen fielen der Soldaten.
Doch wo das Blut man rinnen sah,
Ging es schon auf als junge Saaten.
Denn die Commune war schon da!

Sie fluchte dem geblähten Götzen,
Der hoch auf seiner Säule stand,
Und lügnerischen Kriegsgesetzen.
Die Menschheit war ihr Vaterland.
Mocht auch Chauvin die Fäuste ballen,
Der nachgemachte Attila.
Ein derber Tritt – er mußte fallen.
Denn die Commune war schon da!

Amerikaner, Europäer –
Die Arbeit droht dem Kapital.
Schon tritt die Wissenschaft uns näher;
Der Fortschritt schmiedet seinen Stahl.
Der Zukunft Sonne leuchtet allen.
Und alle Völker sind sich nah.
Es fällt der Haß, die Grenzen fallen.
Denn die Commune war schon da!

Die Arbeit fordert: Mir gehören
Land, Gruben, Fluß und Eisenbahn,
Kanäle, Schienen, Draht und Röhren,
Gebäude, Wald und Ozean!
Wir produzieren für Millionen.
Ihr Völker, rücken wir uns nah.
Sozialisiert das Gut der Drohnen!
Denn die Commune war schon da!

Die Hirne haben Licht getrunken.

Riß Spuren in die Herzen ein.
Zehntausen fielen der Soldaten.
Doch wo das Blut man rinnen sah,
Ging es schon auf als junge Saaten.
Denn die Commune war schon da!

Sie fluchte dem geblähten Götzen,
Der hoch auf seiner Säule stand,
Und lügnerischen Kriegsgesetzen.
Die Menschheit war ihr Vaterland.
Mocht auch Chauvin die Fäuste ballen,
Der nachgemachte Attila.
Ein derber Tritt – er mußte fallen.
Denn die Commune war schon da!

Amerikaner, Europäer –
Die Arbeit droht dem Kapital.
Schon tritt die Wissenschaft uns näher;
Der Fortschritt schmiedet seinen Stahl.
Der Zukunft Sonne leuchtet allen.
Und alle Völker sind sich nah.
Es fällt der Haß, die Grenzen fallen.
Denn die Commune war schon da!

Die Arbeit fordert: Mir gehören
Land, Gruben, Fluß und Eisenbahn,
Kanäle, Schienen, Draht und Röhren,
Gebäude, Wald und Ozean!
Wir produzieren für Millionen.
Ihr Völker, rücken wir uns nah.
Sozialisiert das Gut der Drohnen!
Denn die Commune war schon da!

Die Hirne haben Licht getrunken.
In neuer Atem füllt die Brust.
In den Fabriken und Spelunken
Erwacht es, wissend und bewußt.
Die Massen rufen: Tod den Reichen!
Erhebt euch! Unser Tag ist nah.
Die rote Fahne ist das Zeichen.
Denn die Commune war schon da!



STREIK

Helft alle mit! Wir müssen siegen.
Hört hin! Der Kumpel schlägt Alarm.
Und wenn wir auf die Straße fliegen –
Wir machen mit. Das macht uns warm.

Macht mit! Der Streik muß triumphieren.
Genossen, denkt an eure Pflicht!
Wo sich die Ausgeraubten rühren,
Steht ihnen bei! Verlaßt sie nicht!
Laßt uns die Einmut nicht vergessen!
Wir sind Kumpane ihrer Not.
Habt ihr auch selber nichts zu essen,
Teilt euren letzten Bissen Brot!

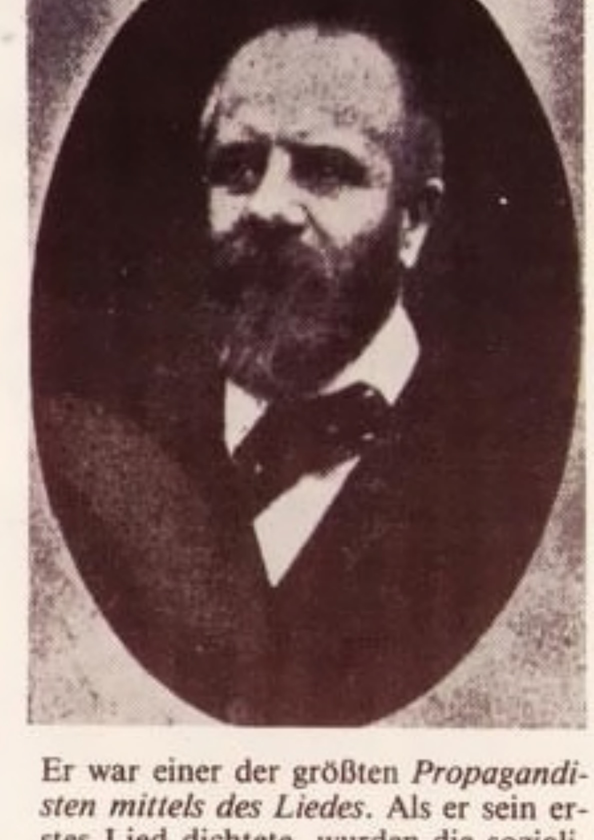
Die Kohlen aus der Tiefe raffen,
Verschwitzt und schwarz wie Höllenvieh,

STREIK

Helft alle mit! Wir müssen siegen.
Hört hin! Der Kumpel schlägt Alarm.
Und wenn wir auf die Straße fliegen –
Wir machen mit. Das macht uns warm.

Macht mit! Der Streik muß triumphieren.
Genossen, denkt an eure Pflicht!
Wo sich die Ausgeraubten rühren,
Steht ihnen bei! Verlaßt sie nicht!
Laßt uns die Einmut nicht vergessen!
Wir sind Kumpane ihrer Not.
Habt ihr auch selber nichts zu essen,
Teilt euren letzten Bissen Brot!

Die Kohlen aus der Tiefe raffen,
Verschwitzt und schwarz wie Höllenvieh,
Wenn die nichts mehr zu Tage schaffen,
Steht taub und tot die Industrie.
Wenn die nicht mehr geneigt, zu dienen,
Und machen ihre Hände leer,
Dann stehn die Bänke und Maschinen,
Das Herz der Arbeit schlägt nicht mehr.
(...)



Er war einer der größten *Propagandisten mittels des Liedes.* Als er sein erstes Lied dichtete, wurden die sozialistischen Arbeiter höchstens nach Dutzenden gezählt. Heute kennen Dutzende Millionen Proletarier das historische Lied Eugène Pottiers ... (Lenin, 3.1.1913 über Eugène Pottier).

O diese Fleisch- und Knochenfresser!
Den Reichtum, der zutage tritt,
Den schaffen sie in ihre Fässer.
Ihr einziger Gott ist der Profit.
Es ist der Mensch in ihren Klauen,
Bis er das letzte Blut verspritzt.
Mag hungernd er auf Gott vertrauen,
Wenn er Millionen ausgeschwitzt.

Ihr Aktionäre, Bankrotteure,
Ihr Junker, Gauner allesamt,
Spitzbuben, glaubt ihr, eure Ehre
Gäb euch das Recht zum Henkeramt?
Wir zeigen euch auf der Tribüne,
Als Henker dich, Kapitalist,
Weil deine trockene Guillotine
Der Hunger und die Schwindsucht ist.

Nein, soviel Leid war nicht vergebens.



Er war einer der größten *Propagandisten mittels des Liedes.* Als er sein erstes Lied dichtete, wurden die sozialistischen Arbeiter höchstens nach Dutzenden gezählt. Heute kennen Dutzende Millionen Proletarier das historische Lied Eugène Pottiers ... (Lenin, 3.1.1913 über Eugène Pottier).

O diese Fleisch- und Knochenfresser!
Den Reichtum, der zutage tritt,
Den schaffen sie in ihre Fässer.
Ihr einziger Gott ist der Profit.
Es ist der Mensch in ihren Klauen,
Bis er das letzte Blut verspritzt.
Mag hungernd er auf Gott vertrauen,
Wenn er Millionen ausgeschwitzt.

Ihr Aktionäre, Bankrotteure,
Ihr Junker, Gauner allesamt,
Spitzbuben, glaubt ihr, eure Ehre
Gäb euch das Recht zum Henkeramt?
Wir zeigen euch auf der Tribüne,
Als Henker dich, Kapitalist,
Weil deine trockene Guillotine
Der Hunger und die Schwindsucht ist.

Nein, soviel Leid war nicht vergebens.
Und Leid gebiert viel neues Leid.
Noch fühlen wir das Blut des Lebens,
Noch Glut und Wut der großen Zeit.
Laut in der Vorstadt sind die Nächte.
In ihrem Schoß brennt ein Vulkan.
Und aus dem schwarzen Bauch der Schächte
Bricht sich die glühne Lava Bahn.

DER TRAUM DES SCHMIEDS

Der Schmied hockt auf dem Amboß, schlaff und müde.
Er fällt in Schlaf; sein Kreuz wird krumm und schwach.
Da träumt ihm: hell entflammt sich seine Schmiede.
Ein Mann tritt vor und spricht: „Wann wirst du wach?"

Der Mann ist breit, behaart; ein Löwenleder
Hängt wild um ihn als Mantel und Gewand.
Blau rinnt sein Eisenblut durch seine Geäder.
Den schweren Hammer hält er in der Hand.

„Ich bin die Arbeit", sagt er, „keinen Frieden
Kenn ich, und ewig schon mein Schweiß verrinnt.
Ich türmte Stein auf Stein zu Pyramiden.
Die mir's befahlen, sind schon Staub im Wind.

Ich war von alters her Helot, geschunden,
Muränenfutter, niedrer als das Schwein,
Leibeigner, an des Herren Pflug gebunden.
Ach, neunundachtzig hört ich Freiheit schrein!

Ich frei? O nein. Wer nahm mir denn die Knebel?
Ich leb aus leerer Hand in leeren Mund.
Noch immer heiß ich räudiger Hund und Pöbel,
Glücklos, verstoßen, ausgezehrt und wund.

Einst mußt ich mit der Hand mein Brot verdienen.
Dann kam der Fortschritt, wie sie's groß genannt.
Jetzt saugt der Chef mein Blut schon mit Maschinen.
Ja, um so schneller sind wir ausgebrannt.

Wann machen wir die Rechnung mit dem Bösen,
Der ohne Recht uns plündert und entehrt?
Nur unsre eigne Faust kann uns erlösen,
Wenn sie den Schindern an die Gurgel fährt.

Das Parlament? Die Hoffnung ist zu Ende.
Den ich gewählt – ein Judas von Beruf!
Den Reichtum nehmen wir in unsre Hände,
Weil er nicht dem gehört, der ihn nicht schuf.

Ich bin es satt, daß ich mich plündern lasse.
Was, Kampf ums Dasein? Wehr dich deiner Haut!
Ich nehme Werk und Werkzeug, was ich fasse,
In meine Hand. Ich habe sie gebaut.

Hier ist das Ziel, das unumdunkelt kühne,
hier ist die Kraft, in der das Recht beruht.
Paris, du schriebst das Grundrecht der Commune
Mit unserem Blut, mit Proletarierblut.

Ihr Maigemordeten, an die Gewehre,

Ich war von alters her Helot, geschunden,
Muränenfutter, niedrer als das Schwein,
Leibeigner, an des Herren Pflug gebunden.
Ach, neunundachtzig hört ich Freiheit schrein!

Ich frei? O nein. Wer nahm mir denn die Knebel?
Ich leb aus leerer Hand in leeren Mund.
Noch immer heiß ich räudiger Hund und Pöbel,
Glücklos, verstoßen, ausgezehrt und wund.

Einst mußt ich mit der Hand mein Brot verdienen.
Dann kam der Fortschritt, wie sie's groß genannt.
Jetzt saugt der Chef mein Blut schon mit Maschinen.
Ja, um so schneller sind wir ausgebrannt.

Wann machen wir die Rechnung mit dem Bösen,
Der ohne Recht uns plündert und entehrt?
Nur unsre eigne Faust kann uns erlösen,
Wenn sie den Schindern an die Gurgel fährt.

Das Parlament? Die Hoffnung ist zu Ende.
Den ich gewählt – ein Judas von Beruf!
Den Reichtum nehmen wir in unsre Hände,
Weil er nicht dem gehört, der ihn nicht schuf.

Ich bin es satt, daß ich mich plündern lasse.
Was, Kampf ums Dasein? Wehr dich deiner Haut!
Ich nehme Werk und Werkzeug, was ich fasse,
In meine Hand. Ich habe sie gebaut.

Hier ist das Ziel, das unumdunkelt kühne,
hier ist die Kraft, in der das Recht beruht.
Paris, du schriebst das Grundrecht der Commune
Mit unserem Blut, mit Proletarierblut.

Ihr Maigemordeten, an die Gewehre,
Wenn wieder des Appells Fanale lohn!
Dann tragt ihr Toten über Land und Meere
Die rote Fahne unsrer Weltunion.

Und du, mein Freund, erheb dich aus der Gosse!
Fortschritt, Vernunft und Gleichheit schaun dich an.
Sei mehr als König du, sei Mensch, Genosse!
Du sollst die Menschheit werden, Arbeitsmann!"

Fernsehvorschau:

„Die Ehre des Samurai"

acm. Ist ein japanischer Filmklassiker der den Zerfall des feudalen Japan und seiner Traditionen anhand einer Geschichte über einen Samurai, der immer mehr heruntergekommen ist, schließlich von seiner Frau getötet wird, schildert.
Montag, 27.4., 23.00 Uhr im ARD.

„Auf Schusters Rappen"

Ein Fernsehfilm über die hereinbrechende Industrialisierung, beginnenden Zersetzung des Handwerks und Auflösung entsprechender gesellschaftlicher Normen in Deutschland.
Montag, 27.4., 21.00 Uhr im ZDF.

„Westworld"

Dieser amerikanische Science-Fiction-Film von 1973 ist eine beißende Satire „an der Vergnügungssucht der amerikanischen High Society" und „Kritik an einem Treiben, das selbst vor Mord nicht zurückschreckt", schrieb ein Kritiker. Der Film handelt vom Vergnügungspark der Zukunft, Delos, wo es für die reichen Besucher eine nachgebildete Western-Town gibt, in der man mit täuschend menschenähnlichen, computergesteuerten Robotern Revolverduelle ausführen kann und immer gewinnt. Ein Defekt in der Elektronik bildet den Ausgangspunkt für eine „Rache" der Roboter, die jetzt ihre Jäger jagen. – Der „Science-Fiction"-Effekt liegt hier weniger in der Handlung, die ja vielmehr nur eine übersteigerte Form von Disneyland oder den aufgebauten Westernstädten beinhaltet, als im technischen Beiwerk von Roboter und Computer. Die Kritik an degenerierten und perversen Formen der „Freizeitgestaltung", wo Reiseunternehmen noch aus dem Mord im Gewande der Wirklichkeitsflucht Kapital schlagen, muß darunter nicht unbedingt leiden.
Samstag, 2.5., 22.05 Uhr im ARD.

„Das fruchtbare Land"

Mit diesem Film setzt die ARD ihre Folge türkischer Spielfilme fort, die vor einigen Monaten ausgesprochen spannende wie auch die gesellschaftlichen Verhältnisse aufdeckende Filme gezeigt hatte. In das „fruchtbare Land" ziehen drei Türken aus Mittelanatolien nach Südanatolien um Arbeit zu finden. Ausbeutung und Unterdrückung und großes Elend ist das, was sie vorfinden in den Fabriken.
Montag, 4.5., 23.00 Uhr im ARD.